

zivilschutz magazin



Was passiert im Fall eines Kraftwerkunfalls?

„Notfallschutz“ – Ein Ratgeber für die Bevölkerung in der Umgebung der kerntechnischen Anlage Mülheim-Kärlich / Herausgegeben vom Ministerium des Innern und für Sport in Rheinland-Pfalz

Den rheinland-pfälzischen Bürgern, die in der näheren Umgebung des Kernkraftwerkes Mülheim-Kärlich wohnen, flatterte jüngst eine Broschüre ins Haus, herausgegeben vom Ministerium des Innern und für Sport. „Notfallschutz“ heißt der Ratgeber für die Bevölkerung, die darin ausführlich informiert wird über Maßnahmen, die im Falle eines Kraftwerkunfalls zu ergreifen sind.

„Konsequente Fortsetzung des Schutzgedankens“

Im Vorwort zu der informativen Broschüre wendet sich Kurt Böckmann, Minister des Innern und für Sport in Rheinland-Pfalz, direkt an die Bürger. Die Landesregierung, so Böckmann, habe sich „im atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich (...) davon überzeugt, daß der sichere Betrieb durch höchstmögliche Anforderungen an Auslegung und Qualität der technischen Einrichtungen gewährleistet werden kann“. Natürlich würde zwangsläufig ein Risiko eines Unfalls verbleiben, das aber „derart gering ist, daß der Betrieb des Kernkraftwerks zu verantworten ist“.

„Sicherheitsgewährleistungen und Notfallschutz bei Kernkraftwerken“ seien kein Widerspruch. Böckmann: „Es ist vielmehr für die Landesregierung eine konsequente Fortsetzung des Schutzgedankens, den mit der Anlage erreichbaren Sicherheitsstandard durch Notfallschutzmaßnahmen zu ergänzen.“

Ein „Besonderer Alarm- und Einsatzplan“ (Katastrophenschutzplan) wurde von den Behörden für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich aufgestellt. Was nun die Bürger, die in der Umgebung des Kernkraftwerks wohnen, bei einem Unfall selbst tun können, um sich und ihre Angehörigen zu schützen – darauf geht die Broschüre ein.

Drei Zonen

Wie bei einem Kernkraftwerksunfall radioaktive Stoffe heraus in die Luft oder in das Wasser gelangen können, wird in diesem „Ratgeber für die Bevölkerung“ auf leicht verständliche und anschauliche Art beschrieben; ebenso wird die Frage nach der Wirkung von Radioaktivität beantwortet.

Die Katastrophenschutzplanung für das Kraftwerk Mülheim-Kärlich bezieht sich auf drei Zonen, in die die Umgebung zur kerntechnischen Anlage eingeteilt wird:

- die Außenzone bis zu einer Entfernung von 25 km vom Standort,
- die Mittelzone bis zu einer Entfernung von 10 km vom Standort und
- die Zentralzone, welche die kerntechnische Anlage bis zu einer Entfernung von 1,5 km umschließt.

Auf einer Karte von Rheinland-Pfalz kann der Leser der Broschüre nun seinen Wohnort herausuchen und ihn der entsprechenden Zone zuordnen.

Warnung

Mit dem Thema „Warnung“ befassen sich anschließende Seiten des Ratgebers. Man geht im Falle eines Unfalls in der kerntechnischen Anlage von einer frühen Warnungsmöglichkeit aus, denn eine eventuelle Freisetzung von Radioaktivität „beginnt nach wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnissen frühestens nach mehreren Stunden, wahrscheinlich aber erst nach zwei bis drei Tagen. In dieser Zeit können Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden.“ Wichtigster Hinweis an die Bevölkerung: Bei Sirensignal von einer Minute Heulton ist sofort der Rundfunk einzuschalten und auf die Durchsagen zu achten.

Das Haus bietet bei freigesetzten radioakti-

ven Stoffen nach einem Unfall einen beträchtlichen Schutz gegen die Strahlung. Eine Skizze in der Broschüre verdeutlicht, daß ein Schutzraum im Haus den größten Schutz gewährleistet.

Wie der Bürger sich und seine Angehörigen behelfsmäßig dekontaminieren kann, welche Maßnahmen er zum Schutz ergreifen kann, wie er mit Nahrungsmitteln nach dem Freisetzen radioaktiver Stoffe umzugehen hat – dies alles vermittelt der übersichtliche Ratgeber.

Angeordnete Evakuierung

Aber nicht immer können im Falle eines Unfalls die betroffenen Bürger in ihren Häusern oder Wohnungen bleiben. „Die Bezirksregierung Koblenz hat zusammen mit der Stadtverwaltung Koblenz und den Kreisverwaltungen Mayen-Koblenz und Neuwied Pläne für eine solche angeordnete Evakuierung vorbereitet, die bis zu einer Entfernung von zehn Kilometern vom Standort des Kernkraftwerks gelten. Die vorgesehenen Wege und Auffangbereiche berücksichtigen, daß sich etwa in der Luft vorhandene radioaktive Stoffe hauptsächlich in Windrichtung ausbreiten und deshalb ihre Konzentration quer zur Windrichtung rasch abnimmt.“

Evakuierungswege, Beschaffenheit des persönlichen Notgepäcks, Fahrgelegenheiten und Sammelstellen, Notfallstationen für die Dekontaminationen oder Ausgabe-stellen für Jodtabletten – Adressen und Bezeichnungen werden in der Broschüre angegeben.

Im Anhang befinden sich zwölf Karten mit Evakuierungsrouten (je nach Windrichtung), Liste der Sammelstellen und Ausgabestellen für Jodtabletten, Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz und Maßeinheiten im Strahlenschutz. boe



NOTFALL-SCHUTZ

für die Umgebung des Kernkraftwerkes Mülheim-Kärlich. Ein Ratgeber für die Bevölkerung.

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlages aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft — nach Entfernen des Umschlages — zur Altpapiersammlung.



März
3/87

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 120406, 5300 Bonn 1
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687
Teletex 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

Was passiert im Fall eines Kraftwerkunfalls?	U 2
Umschau	2
Über die Bedeutung psychologischer Faktoren für den Zivilschutz	9
Ministerialrat Dr. Andrews zum Thema Zivilschutz	
Zum Beispiel Bamberg	13
Zivil- und Katastrophenschutz einer Stadt	
Brandschutz zwischen Himmel und Erde	21
Vorkehrungen am Kölner Dom	
„Erste-Hilfe-Kenntnisse gehören zum elementaren Gesundheitswissen“	25
Erkenntnisse wandelten sich	
Der Zivilschutz im Ausland aus Schweizer Sicht	28
Gedanken zu Bevölkerungsschutzmaßnahmen in Ost und West	
Bundesverband für den Selbstschutz	34
Technisches Hilfswerk	36
Deutsches Rotes Kreuz	43
Arbeiter-Samariter-Bund	45
Johanniter-Unfall-Hilfe	47
Malteser-Hilfsdienst	49
Deutscher Feuerwehrverband	51
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	57
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft & Technik	63
Neue Bücher	64
Das Minimagazin	U 3



Umschau

Neuer Dokumentarfilm des Technischen Hilfswerks

Seit kurzem verfügt das Technische Hilfswerk über einen neuen Dokumentarfilm mit dem Titel „Einsatz in der Wüste“. Der 16 mm Farbfilm zeigt den Einsatz einer 15köpfigen THW-Mannschaft im Sudan. Die Helfer hatten die Aufgabe, bei El Fau, südlich der Landeshauptstadt, eine große Trinkwasser-Aufbereitungs-Anlage zu bauen. Mit ihr soll die Wasserversorgung der aus den Dürregebieten Äthiopiens ins Nachbarland Sudan geflohenen Menschen gesichert werden.

In rund 24 Minuten gibt der Film einen Einblick, wie die THW-Helfer mit dieser Aufgabe vor Ort fertig werden, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Der Film kann kostenlos bei den THW-Landesverbänden, den Landesfilmdiensten, dem Deutschen Filmzentrum (DFZ) Bonn sowie bei der THW-Leitung in Bonn-Bad Godesberg, Deutschherrenstraße 93-95, ausgeliehen werden.

Mainz: Ltd. Ministerialrat Dr. Hermann Walter Schmidt ein Jahr im Amt

Seit Januar 1986 steht Dr. Hermann Walter Schmidt an der Spitze der Abteilung 8 „Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern und für Sport in Mainz.

Dr. Schmidt, seit 1959 als verantwortlicher Referent in diesem Ministerium, war von 1970 bis 1981 stellvertretender Leiter der Polizeiabteilung und von 1981 bis 1985 stellvertretender Leiter der Abteilung „Gesetzgebung und Verwaltung“.

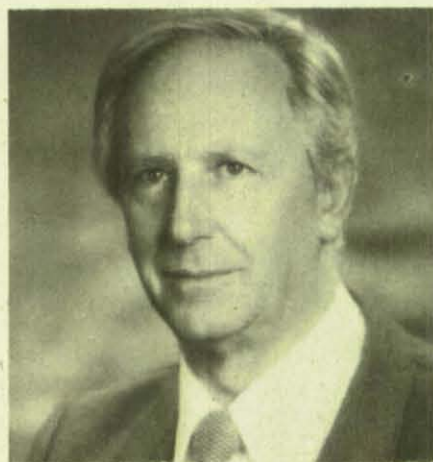
Bereits während seiner Tätigkeit in der Polizeiabteilung hat er mit seiner jetzigen Abteilung auf vielen Gebieten zusammengearbeitet, da die Aufgaben von Polizei und Katastrophenschutz zwangsläufig viele Berührungspunkte aufweisen. Die Probleme seiner jetzigen Abteilung waren ihm daher bei seiner Einführung schon bekannt. Dies führte

dazu, daß schon während seiner jetzt einjährigen Tätigkeit Katastrophenschutz und zivile Verteidigung wirkungsvoll dem gesteigerten Schutzbedürfnis der Bevölkerung vor Gefahren angepaßt und damit verbessert werden konnten.

Der Reaktorunfall in Tschernobyl und die Chemieunfälle am Rhein weckten das besondere Interesse der Öffentlichkeit an vorbereitenden Maßnahmen des Katastrophenschutzes. Dank der weit-sichtigen und umfassenden Planung in der Vergangenheit konnte auch im letzten Jahr insbesondere die Vorsorge in den Bereichen des Strahlen- und Chemieschutzes durch Beschaffung, Ausbildung und Organisation fortentwickelt werden.

Im einzelnen wurden 1986 folgende Ausgaben (insbesondere für die Beschaffung, Organisation und Ausbildung) geleistet:

- a) Für Zwecke des Katastrophenschutzes und zivile Verteidigung 4,2 Mio. DM,
- b) für Zwecke des Rettungsdienstes 10 Mio. DM und
- c) für Zwecke des Brandschutzes 23,1 Mio. DM.



In der Bewältigung der mit solchen Situationen zusammenhängenden Probleme sieht Dr. Schmidt eine besondere Herausforderung, wobei er aber nicht nur Staat und Kommunen in der Pflicht bei der friedensmäßigen Gefahrenabwehr und zivilen Verteidigung sieht. Auch die private Vorsorge ist gefordert als Ergänzung staatlichen und gemeindlichen Handelns. Die Bürger in diesem Sinne zu motivieren und zu aktivieren, ist ein Schwerpunkt seiner Bemühungen.

Rheinland-Pfalz stellt Broschüre zum Rettungsdienst vor

Es ist immer ein schwieriges Unterfangen, ein Gesetzeswerk bürgernah zu

kommentieren. Dieser Aufgabe hat sich das Innen- und Sportministerium von Rheinland-Pfalz gestellt: Gegenstand des vorliegenden Heftes ist das im Januar 1986 novellierte Rettungsdienstgesetz. Sicherlich gehören Probleme der Gesundheit, so Innenminister Kurt Böckmann in seinem Begleitwort, zu den wichtigsten Themen des öffentlichen Interesses — doch dieser Schrift geht es in erster Linie um die organisatorische Gliederung des landeseigenen Rettungsdienstes.

Zahlreiche Graphiken und ein knapper, verständlicher Text sollen die Planung des Gesetzgebers veranschaulichen.

Rheinland-Pfalz ist in 18 Rettungsdienstbereiche aufgeteilt — in jedem dieser Bereiche koordinieren zentrale Leitstellen die Maßnahmen der örtlichen Rettungswachen.

Auf diese Weise können medizinisches Personal und Rettungsfahrzeuge zeit-sparend und wirkungsvoll eingesetzt werden — Doppelalarmierungen verschiedener Dienste entfallen durch die zentrale Leitung von vornherein.

Außerdem stimmen die Rettungsleitstellen die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ab, die — etwa wie die Feuerwehr — für technische Unfallhilfe zuständig sind.

In kleineren Abschnitten erläutert die Schrift angrenzende Themen:

- Rettungskette
- Verbesserung der Notrufmöglichkeit
- Personalwesen
- Finanz- und Organisationsfragen

Insgesamt also eine Informationsschrift, die dem Bürger die Grundzüge des rheinland-pfälzischen Rettungsdienstes nahebringt.

Herausgeber: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3-5, 6500 Mainz

Hirsch: Neues Weißbuch zum Zivil- und Katastrophenschutz notwendig

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Burkhard Hirsch, fordert ein neues Weißbuch zum Zivil- und Katastrophenschutz. — Die letzte Dokumentation zur zivilen Verteidigung stammt aus dem Jahre 1972.

Seit dieser Zeit, so Hirsch: „... haben neue Technologien und Ausweitungen von Industriebereichen zu neuen Gefahren für die Bevölkerung geführt.“ In diesem Zusammenhang verweist der FDP-Politiker auf chemische Industrie, Kernkraft und die Zunahme des Flugverkehrs. Nach Ansicht von Hirsch muß

daher eine neuerliche Bestandsaufnahme — nach mehr als 14 Jahren — darlegen, ob Zivil- und Katastrophenschutz noch den veränderten Anforderungen in punkto Ausbildung und Ausrüstung entsprechen.

Europaabgeordnete: Kulturgüter besser gegen Katastrophen schützen

Naturkatastrophen — ob Erdbeben, Überflutungen oder Großbrände — vernichten Jahr für Jahr unersetzliche Kulturgüter. In einer Debatte kritisierte die parlamentarische Versammlung des Europarates, daß die Regierungen bisher keine durchgreifenden Maßnahmen zum Schutz unseres kulturellen Erbes beschlossen haben. Die Abgeordneten forderten deshalb die Europäische Gemeinschaft auf, Notstandspläne auszuarbeiten, um bei Katastrophen die Schäden an historischen Kulturgütern möglichst gering zu halten. Insbesondere empfahlen die Parlamentarier eine Prioritätenliste, in der die schutzwürdigsten Bauwerke erfaßt werden sollen.

Sirene bleibt auf dem Dach

Eine Zivilschutzsirene auf dem Dach muß von dem Eigentümer des Hauses grundsätzlich geduldet werden. — So entschied das Verwaltungsgericht Koblenz in einem Urteil. (Az.: 1 K/80/85)

Was war geschehen? Der Kläger hatte eine ehemalige Schule erworben, auf der sich seit langer Zeit eine Sirene befand.

Die Warneinrichtung verursache Schäden an seinem Gebäude, erklärte er nun vor Gericht, zudem würden seine Mieter bei etwa 20 Feueralarmen im Jahr übermäßig belästigt.

Das Verwaltungsgericht gab der beklagten Gemeinde recht: Die Anzahl der Alarme sei zumutbar; auch könne die Gemeinde selbst entscheiden, welche Sirenen sie für den Feueralarm benutzt. Dies entspreche dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz des Landes. Überdies, so das Gericht, habe der Kläger beim Kauf der Schule die Sirene nicht beanstandet.

Sirensignal zu wenig bekannt

Am 8. November 1986, genau um 8.39 Uhr, heulten im Rheinland die Sirenen. Die Bevölkerung erinnerte sich noch zu gut an die Katastrophe von Tschernobyl und an die akute Rheinver-

giftung durch den Brand bei Sandoz/Basel um den ungewöhnlichen Vorfall als Störung oder Irrtum abzutun. Zahlreiche Menschen wandten sich deshalb ratsuchend an Polizei und andere Behörden.

Wie wir heute wissen: Alle Sorgen erwiesen sich als grundlos. Dennoch war der Fehlalarm vom 8. November 1986 auch ein Warnsignal. Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor betonte, daß schon allein die Dauer des Heultons auf einen Irrtum hingewiesen hätte. Die Aufregung unter der Bevölkerung mache aber deutlich, daß die Sirensignale vielen Menschen nicht bekannt sind.

Fünf Tote nach Gasexplosion

Eine Stunde nach Mitternacht erschütterte in Nürnberg die Explosion eines viergeschossigen Wohnhauses die Bevölkerung. Wie ein Kartenhaus stürzte das Gebäude in sich zusammen. Fünf Tote wurden Opfer der Gasexplosion.

Ein riesiger Trümmerberg lag vor den Rettungsmannschaften, die an dem Unglücksort eintrafen. Helfer der Feuerwehr, des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks und der Polizei suchten unter Flutlicht verzweifelt nach Verschütteten. Die fieberhaften Versuche mit Schaufeln, Harken und bloßen Händen der Rettungsmannschaften hatten Erfolg: Nach neun Stunden konnte eine 22jährige Frau aus den Trümmern geborgen werden. In einem Hohlraum hatte sie das Unglück verletzt überlebt.

Die ersten Opfer des Unglücks wurden knapp zwei Stunden nach der Explosion

Der Probebetrieb bietet deshalb nach Ansicht von Minister Schnoor eine gute Gelegenheit, nicht nur die Technik der Anlagen zu überprüfen, sondern den Bürgern auch die Bedeutung der Sirensignale nochmals zu verdeutlichen. Dies um so mehr, weil bei diesem Probebetrieb das Signal „Rundfunkgerät/WDR 2 einschalten und auf Durchsage achten“ ausgelöst wird. „Gerade dieses für Katastrophen und größere Unglücksfälle im Frieden vorgesehene Signal sollte jeder Bürger kennen, weil es jederzeit wegen der Gefahren unserer hochtechnisierten Welt akute Bedeutung erlangen kann“, appellierte der Minister.

geborgen. Eine tote Frau und zwei Verletzte wurden von speziell auf das Aufspüren verschütteter Menschen abgerichteten Suchhunden entdeckt. Die Arbeiten der Rettungsmannschaften waren teilweise lebensgefährlich, denn bei der Rückwand des Hauses bestand Einsturzgefahr. Fünf Tote und fünf Verletzte wurden — teilweise erst am Tag nach dem Unglück — geborgen.

Vorsorglich wurden die Bewohner zweier Nachbarhäuser evakuiert.

Die Unglücksursache ist exakt noch nicht geklärt. Ein Hausbewohner hatte Gasgeruch bemerkt und den Hausmeister alarmiert. In dem Moment, als dieser in den Keller ging, kam es — so berichtete die Polizei — zur Explosion.

Das dpa-Foto zeigt die Bergung eines überlebenden Opfers mit einem Rettungsschlitzen.



1986 insgesamt 2 056 Such- und Rettungsmaßnahmen der DGzRS

294 Menschen wurden im vergangenen Jahr von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) aus Seenot gerettet, 1 200 Personen aus kritischen Gefahrensituationen befreit. Mit insgesamt 2 056 Such- und Rettungsmaßnahmen steigerte die DGzRS ihre Einsatzfahrten im Vergleich zum Jahr 1985 um zehn Prozent.

In 456 Fällen wurden im vergangenen Jahr Kranke oder Verletzte von Seeschiffen, Inseln und Halligen zum Festland transportiert oder Ärzte zu dringenden Hilfeleistungen und medizinischen Sofortmaßnahmen im Bordhospital der Seenotkreuzer befördert. Durch das schnelle Eingreifen der Seenotretter konnte ferner 87mal der Totalverlust von Wasserfahrzeugen verhindert werden. In 66 Seenotfällen mit deutscher Beteiligung außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches von Nord- und Ostsee war die DGzRS zudem durch Einschaltung ihrer SEENOTLEITUNG BREMEN (Rescue Co-ordination Centre, RCC BREMEN) unterstützend oder initiativ tätig.

Das zurückliegende Jahr begann mit einigen Schiffskollisionen in der Kieler Bucht und der Außenelbe, bei denen die Rettungsmänner und Seenotkreuzer der DGzRS ihre Leistungsfähigkeit auch unter extremen Wetterbedingungen – bei dichtem Nebel – unter Beweis stellen konnten. Hierbei haben sich vor allem die Neubauten „Berlin“/Station Laboe und „Hermann Helms“/Station Cuxhaven bewährt.

Die Rettungsbilanz für das Jahr 1986 verdeutlicht, daß die Aufgaben im modernen Seenotrettungsdienst trotz aller technischen Entwicklungen und aller Bemühungen um eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen auf See umfangreicher und vielfältiger geworden sind. Die DGzRS, die den maritimen Such- und Rettungsdienst seit 1865 eigenverantwortlich und unabhängig durchführt, trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem sie entlang der Küsten und auf den Inseln ein dichtes Netz von Rettungsstationen und eine Flotte von 37 leistungsstarken Seenotkreuzern und -rettungsbooten vorhält. Diese Einheiten werden von 130 festangestellten und über 200 freiwilligen Rettungsmännern gefahren. Die Boote sind bei jedem Wetter und zu jeder Zeit einsatzbereit. Dies gilt aber auch für die SEENOTLEITUNG BREMEN der DGzRS, in der erfahrene Wachleiter rund um die Uhr ihren Dienst versehen und im Ernstfall sämtliche SAR-Maßnahmen aller be-



teiligten Wasserfahrzeuge und Flugzeuge koordinieren.

Bereits 1986 hat die DGzRS durch Umstationierung eines 7-m-Seenotrettungsbootes die frühere Station Puttgarden reaktiviert. In diesem Jahr soll mit der Einrichtung einer Station in Brunsbüttel ein weiterer Stützpunkt hinzukommen.

Von entscheidender Bedeutung für den schnellen, erfolgreichen Einsatz im Seenotrettungsdienst ist die uneingeschränkte Möglichkeit der Kommunikation zwischen den landgebundenen Einrichtungen und den Rettungseinheiten selbst. Aus diesem Grund legt die DGzRS in diesem Jahr im Rahmen ihrer Investitionen ihr Hauptaugenmerk auf die Einrichtung eines betriebseigenen UKW-Netzes. Hiermit soll vor allem die Verständigung der SEENOTLEITUNG

BREMEN mit den Seenotkreuzern und -rettungsbooten verbessert werden. Um hierfür die technischen Voraussetzungen zu schaffen, werden entlang der Küsten entsprechende Relais-Stationen aufgebaut.

Wenn der deutsche Seenotrettungsdienst heute weltweit große Anerkennung findet, dann liegt das jedoch nicht nur an den Leistungen der Rettungsmänner selbst, sondern auch an den vielen Mitgliedern und Spendern aus dem ganzen Land, die durch ihre Zuwendung die Mittel für einen leistungsfähigen Rettungsdienst zur Verfügung stellen. Die DGzRS wird seit ihrer Gründung im Jahr 1865 ausschließlich durch freiwillige Spenden finanziert, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse.

Admiral Wellershoff in der Seenotleitung Bremen

Über Arbeit und Organisation der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) informierte sich jetzt der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff „vor Ort“. Die DGzRS, die seit nunmehr 122 Jahren den maritimen Such- und Rettungsdienst (SAR-Dienst) in den Seegebieten

der Bundesrepublik mit eigenen Mitteln und in eigener Verantwortung durchführt, verfügt mit der SEENOTLEITUNG (RCC = Rescue Co-ordination Centre) BREMEN über die zuständige Einrichtung in der Bundesrepublik für alle Belange der aktiven Seenotrettung. 37 Seenotkreuzer und -boote stehen



auf 34 Stationen in Nord- und Ostsee dabei ebenso zur Verfügung wie die Hubschrauber des maritimen SAR-Dienstes, die bei Bedarf von der SEENOTLEITUNG BREMEN angefordert werden können. Im vergangenen Jahr wurden bei über 2 000 Einsatzfahrten

fast 1 500 Menschen aus Seenot gerettet und aus kritischen Gefahrensituationen befreit. Das Foto zeigt Admiral Dieter Wellershoff (rechts) mit dem Leiter der Inspektion der DGzRS, Kapt. Uwe Klein.

Auszeichnung für Seenotretter

Mit dem traditionellen „Vormannsknopf“ für 10jährige Zugehörigkeit zeichnete die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) zwei bewährte Seenotretter aus: Peter Langhinrichs vom Seenotboot „Arthur Menge“ und Rolf Zeh von der „Max Carstensen“ erhielten den begehrten Knopf aus der Hand des stellvertretenden Vorsitzenden Carl Max Vater.

Beide Seeleute gehören zu den rund 200 freiwilligen Rettungsmännern, die dem Dienst für die DGzRS „nebenberuflich“ nachkommen. In ihren Einsatzrevie-

ren arbeiten sie eng mit den Seenotkreuzern zusammen und bilden so das „Rückgrat“ der Rettungsflotte, die insgesamt 37 Einheiten umfaßt.

Die DGzRS versieht ihren Auftrag in den Seegebieten der Bundesrepublik Deutschland in Nord- und Ostsee. Seit ihrer Gründung im Jahre 1865 konnten rund 45 000 Menschen aus Seenot gerettet werden. Es ist deshalb beachtlich, daß sich die Gesellschaft seit über 120 Jahren allein aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert.

B 68 für Stunden gesperrt — zwei LKWs rasten ineinander

Zu einem schweren Verkehrsunfall kam es auf der Bundesstraße 68 zwischen Dissen und Halle: Zwei LKW's waren frontal zusammengestoßen — ein nachfolgender PKW-Fahrer konnte nicht mehr ausweichen und prallte ebenfalls auf. Die Wucht der Kollision schleuderte Fahrzeugteile und Ladung in einem weiten Umkreis über die Straße. Ein Verletzter war so zwischen den Trümmern eingeklemmt, daß er sich aus eigener Kraft nicht mehr befreien konnte.

Noch während der Personenrettung

durch Helfer des DRK und die Besatzung des Rettungshubschraubers Bielefeld begann die Freiwillige Feuerwehr mit der Ölbekämpfung — aus zerborstenen Fässern waren rund 1 000 l Öl auf die Fahrbahn geflossen und sickerten nun in die umliegenden Straßengräben.

Die Polizei bezifferte den Sachschaden mit 300 000 DM, die Bundesstraße 68 war für Stunden voll gesperrt.

(Foto: Rahe)



Unfallverhütungsbericht: sinkende Zahlen

1 795 Personen haben bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit 1985 ihr Leben verloren. 1984 lag diese Zahl noch bei 1 918 und im Jahr 1982 sogar bei 2 196. Das bedeutet einen Rückgang von 18 Prozent seit dem Jahr 1982 und 6,4 Prozent gegenüber 1984. Diese Zahlen stammen aus dem jüngsten Unfallverhütungsbericht, den Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm vorgelegt hat. Der Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung des Unfallgeschehens im Arbeitsleben von 1983 bis 1985. Bei den Unfällen und Berufskrankheiten sind sinkende Zahlen zu verzeichnen.

831 Personen starben 1985 durch Unfälle auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Die tödlichen Wegeunfälle sind gegenüber 1982 (1 043 Personen) um fast ein Fünftel zurückgegangen.

Der Schutz vor unsicheren Maschinen und Geräten, vor gefährlichen chemischen Stoffen und vor Röntgenstrahlen ist durch neue Verordnungen und durch ergänzende Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften verbessert worden. Zugenommen hat — so Dr. Blüm — die Zahl der in den Betrieben tätigen Sicherheitsfachkräfte und Betriebsärzte; ihre Aus- und Fortbildung konnte beachtlich verstärkt werden. Im Sinne einer weiteren Erhöhung der Arbeitssicherheit und einer Senkung der Arbeitsunfälle soll — so der Bundesarbeitsminister — auch weiterhin gearbeitet werden. Schwerpunkte der zukünftigen Bemühungen um die Arbeitssicherheit sind eine wirksame Bekämpfung des gesundheitsschädigenden Lärms am Arbeitsplatz, ein weiterer Ausbau des Schutzes vor gefährlichen chemischen Gütern und eine Steigerung des bereits hohen Stands in der Maschinen- und Gerätesicherheit.

Die 1985 insgesamt 1,5 Millionen gemeldeten Arbeitsunfälle müssen zahlenmäßig im Zusammenhang mit den gestiegenen Beschäftigungszahlen betrachtet werden. So waren es 1985 nur noch 60 von 1 000 Beschäftigten, die einen Arbeitsunfall erlitten. Diese Zahl lag 1982 noch bei 64: ein Rückgang also von über sechs Prozent.

Schwere Hautkrankheiten stehen mit 11 600 Anzeigen an erster Stelle der 1985 insgesamt erfolgten 37 000 Anzeigen wegen des Verdachts einer Berufskrankheit. An zweiter Stelle folgen 8 800 Anzeigen auf Verdacht einer Gehörschädigung durch Lärm. Von den 208 Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang im Jahre 1985 werden

100 Fälle auf Asbest und 61 Fälle auf Quarzstaub zurückgeführt.

Der Schülerunfallversicherung wurden 1985 rund eine Million Unfälle von Kindern in Kindergärten, Schülern und Studenten gemeldet. Die Aufwendungen

der gesetzlichen Unfallversicherungsträger — so der Unfallverhütungsbericht — betrugen im Jahr 1985 12,4 Milliarden Mark in der allgemeinen Unfallversicherung und 427 Millionen Mark in der Schülerunfallversicherung.

ADAC: Tödliche Unfälle weiter rückläufig

Optimistisch äußerte sich der ADAC zur künftigen Unfallstatistik auf bundesdeutschen Straßen: Nach Ansicht des Automobilverbandes wird nämlich die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle langfristig sinken.

Seit dem schlimmsten Unfalljahr 1970, als 19 193 Menschen im Straßenverkehr starben, ist der Trend deutlich zurückgegangen. — Für das Jahr 1990 erwarten die Experten etwa 8 000 Verkehrstote, noch rund 800 Opfer weniger als 1986. Diese günstige Prognose — die vor allem vor dem Hintergrund zu bewerten ist, daß die Zahl der Autos weiterhin zunehmen wird — darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor Gefahren auf den Verkehrsteilnehmer lauern.

Der ADAC warnt deshalb Auto- und Motorradfahrer eindringlich davor, sich allzusehr auf die Möglichkeiten der Automobiltechnik zu verlassen. Denn bereits bei einer Totalkollision mit

50 km/h entwickelt eine Tonne Fahrzeuggewicht die Aufprallwucht von 20 bis 30 Tonnen.

Rücksichtsvolles und überlegtes Fahren ist allemal der beste Weg, um Unfälle zu vermeiden.

Diese Mahnungen richten sich vor allem an jugendliche Fahrer, die oftmals ihr Können überschätzen. Die Zahlen geben da ein trauriges Zeugnis: 25 % der Verkehrstoten kommen aus der Altersgruppe der 18- bis 25jährigen, obwohl sie nur einen Anteil von 12 % der Bevölkerung besitzen.

Noch ein Blick auf die Unfallorte: Weit vor Autobahnen und Innenstädten rangieren hier die Landstraßen, rund 60 % der Verkehrstoten bei etwa 40 % des Verkehrsaufkommens —. Ein deutlicher Hinweis für die Straßenplaner, denn durch Beseitigung von Unfallschwerpunkten kann man hier noch viel für die Verkehrssicherheit tun.

Werkstattwagen und angehängten fahrbaren Stromaggregat, der Materialerhaltungstrupp mit einem 7,5-t-LKW mit einem Großraumkoffer, eingerichtet als Werkstattwagen und einem Unimog, der Verbrauchsgütertrupp mit einem 9-t-LKW sowie einem Containerfahrzeug und der Verbrauchsgütertrupp mit einem 7,5-t-LKW sowie einem 2,5-t-VW LT einschließlich des Zugtruppfahrzeuges (VW-Bus) der 1. Betreuungsstelle (Regie) als Führungsfahrzeug und eines Krankentransportfahrzeuges auf Unimog-Basis des 3. Sanitätszuges (Regie).

Nach dem Dienstbeginn um 8.00 Uhr und der Befehlsausgabe begann der Motmarsch um 9.00 Uhr. Die Aufgabe bestand darin, den gesamten Fachdienst Versorgung in eine bis dahin unbekannte Gegend zu verlegen und den Marsch dorthin hauptsächlich über Nebenstraßen und Wege durchzuführen. Das Ziel war das Schiffshebewerk Scharnbeck in Niedersachsen, das nach ca. 130 km und einer Fahrzeit von drei Stunden und zehn Minuten in strenger Marschdisziplin (Abstand 50 m) erreicht wurde. Während des Marsches wurden zwei technische Halts durchgeführt.

Nach einer Mittagspause ging der Marsch 25 km weiter über unbefestigte Feldwege in westlicher Richtung. Nach einer Kaffeepause ging die Fahrt über die Autobahn zum Standort, der um 19.30 Uhr erreicht wurde, zurück.

Bei der anschließenden kurzen Besprechung wurde die offensichtliche Unkenntnis der anderen Verkehrsteilnehmer über die Rechte einer Marschkolonne bemängelt. Obwohl die Kolonne vorschriftsmäßig mit Flaggen und Fahrtlicht gekennzeichnet war und obendrein das erste und letzte Fahrzeug das Blaulicht eingeschaltet hatten, die Kolonne also nicht zu übersehen war, wurden deren Rechte ständig ignoriert.

Das Foto zeigt den Versorgungsdienst bei den Vorbereitungen für den Marsch.

Marschübung des Fachdienstes Versorgung

Der Fachdienst Versorgung der Stadt Neumünster, ausschließlich aus Regie Helfern bestehend, rückte unter Führung des Fachdienstleiters für Versorgung und Betreuung, Karl-Otto Steffen, zu einer Übung aus. Beteiligt waren an der Übung der Verpflegungstrupp mit

einem 8-t-LKW mit Kofferaufbau und angehängter Feldküche und einem 2,5-t-VW LT, der Verpflegungstrupp mit einem aus Küchenwagen umgebauten Großraumkrankentransportwagen mit angehängter Feldküche, der Materialerhaltungstrupp mit einem Unimog als



Beteiligung an der Messe wurde als erfolgreich bewertet

Auf der größten Verbraucherausstellung „Mode — Heim — Handwerk“ präsentierten sich in Essen unter der Regie des Bundesverbandes für den Selbstschutz und des Technischen Hilfswerkes Essen u. a. auch der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst, die Deutsche Verkehrswacht und die Polizei. Auf 400 qm

stellten sich die beteiligten Hilfsorganisationen mit Fotoausstellungen, Bildtafeln, praktischen Vorführungen und Informationsständen dar.

Beim offiziellen Messerundgang begrüßten BVS-Fachbearbeiter Gerd Pätzold und THW-Ortsbeauftragter Dieter Schermuly u. a. den Essener Oberbürgermeister, MdB, Peter Reuschenbach und Bürgermeister Hanns Sobek. Besonders beeindruckt zeigte sich der Oberbürgermeister von einer Gemeinschaftsübung der Essener Organisationen. An einem von THW-Helfern errichteten Übungsturm wurde die Menschenrettung aus Höhen gezeigt. Während der Demonstration wurden die Messebesucher auf die Selbsthilfe hingewiesen, die bis zum Eintreffen der Hilfsdienste besonders wichtig ist. Eine Bergungsgruppe des Technischen Hilfswerkes führte die Rettung der „Verletzten“ vor. Am Boden wurden die Verletzten darsteller von den Helfern der Organisationen weiterversorgt.

Vier Sicherheitswettbewerbe wurden an den Wochenenden durchgeführt, bei denen die Messebesucher selbst ihr Können in der Selbsthilfe und Brandbekämpfung unter Beweis stellen konnten. An zehn verschiedenen Stationen wurden Aufgaben aus der Ersten Hilfe von über 400 Teilnehmern gelöst, für die Oberbürgermeister Peter Reuschenbach, der die Schirmherrschaft für die Sicherheitswettbewerbe übernommen hatte, die Ehrenurkunde unterschrieb. Neben den Ehrenurkunden gewannen die Besten weitere interessante Preise, wie Rundflüge und vieles mehr.

Insbesondere die praktischen Vorführungen sowie die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ wurden von den Besuchern sehr gut angenommen. So hat sich gezeigt, daß gerade durch das Zusammenwirken aller Hilfsorganisationen dem Bürger der Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz näher gebracht werden konnten. In einem sogenannten „V. I. P.-Raum“ wurden von den Mitarbeitern und Helfern der Organisationen zahlreiche Gespräche mit Behördenleitern, Unternehmern, Schulleitern, Vertretern der politischen Parteien und der Presse geführt.

Für Selbstschutzgrundlehrgänge des BVS und die Ausbildung in Erster Hilfe der verschiedenen Organisationen konnten zahlreiche Interessenten gewonnen werden.

In dem Bewußtsein, daß im Ernstfall nur der helfen kann, der auch helfen gelernt hat, bewerteten die Essener Hilfsorganisationen die Beteiligung an der Messe als äußerst erfolgreich.

Jahreshauptversammlung der Regieeinheiten in Neumünster

Bei der Jahreshauptversammlung der Regieeinheiten im Katastrophenschutz der Stadt Neumünster konnten zahlreiche Gäste begrüßt werden. Neben den Vertretern der Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Feuerwehren waren auch Vertreter des Verteidigungskreiskommandos 113 aus Bad Segeberg, der Fernmeldezentrale aus Helgoland, der Führungsakademie der Bundeswehr aus Hamburg, des Fernmeldezuges aus Barmstedt, der Fernmeldezentrale und des 4. Sanitätszuges aus Itzehoe und der Leiter des Warnamtes I aus Hohenwedstedt erschienen. Auch Vertreter der politischen Parteien waren der Einladung gefolgt, ebenso Vertreter des Technischen Hilfswerks und der privaten Hilfsorganisationen Johanniter-Unfallhilfe, Malteser-Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund und Vertreter des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Von der Arbeitsgemeinschaft der Regiehelfer im Katastrophenschutz (ARKAT) war ein Vertreter des Landesverbandes Schleswig-Holstein erschienen.

Der Bundesvorsitzende der ARKAT, Hans Kiebler, war aus Stuttgart angereist, um Grüße der bundesweit 40 000 Helferinnen und Helfer in den Regieeinheiten zu überbringen. Oberbürgermeister Dr. Harder und Stadtpräsident Loose übermittelten den Helferinnen und Helfern Grußworte.

Stadtrat Hatto Klamt dankte als zustän-

diger Dezernent den Helferinnen und Helfern der Regieeinheiten für ihren Einsatz im Jahre 1986. Dabei hob er hervor, daß mehr als 40 Helfer und Helferinnen an einwöchigen Lehrgängen an den Katastrophenschutzschulen des Bundes und des Landes — neben den sonstigen Dienstveranstaltungen — teilgenommen hatten. Den Tätigkeitsberichten des Führungsdienstes, des Fernmeldedienstes, des Sanitätsdienstes sowie des Versorgungs- und Betreuungsdienstes schlossen sich Ehrungen und Beförderungen an.

Für ihre Leistungen über mehr als zehn Jahre und für ihre Bereitschaft, weiterhin im Katastrophenschutz der Stadt Neumünster mitzuwirken, wurden Klaus Unseld, Bernd Johnson und Jens Asmussen geehrt.

Für die Mitwirkung in den Regieeinheiten verpflichteten sich 1986 insgesamt 18 Helferinnen und Helfer, die die durchgeführte „Grundausbildung“ mit Erfolg absolvierten.

Als Höhepunkt des offiziellen Teiles erfolgte die Ehrung von Peter Holtorf für 25 Jahre Mitwirkung im Katastrophenschutz (Foto). Als er die ehrenamtlichen Pflichten übernahm, gab es noch die Bezeichnung „Luftschutzhilfsdienst“. Neben einer Urkunde des Oberbürgermeisters Dr. Harder überreichten ihm die Regieeinheiten einen dekorativen Zinnteller.



Großbrand in Elektrogroßhandlung

Für mehrere Stunden bestand in einem Teil der Stadt Heide in Schleswig-Holstein die Gefahr einer erheblichen Verseuchung der Luft. Zwischen 4 und 5 Uhr morgens brach, vermutlich durch Brandstiftung, ein Feuer in einer Elektrogroßhandlung aus. Erst sehr spät wurde der Brand entdeckt. Als die Freiwillige

Feuerwehr Heide am Brandort eintraf, stand sie bereits einem Großbrand von erheblicher Ausdehnung gegenüber. Schutz mußte vor allem einer Tankstelle auf dem Nachbargrundstück sowie einer Autohandlung auf der anderen Straßenseite gegeben werden. Trotz Ostwind stieg der Rauch zunächst ziemlich

senkrecht in die Höhe. Als die Männer der Feuerwehr dann nach etwa einer halben Stunde Einsatz erste Löscherfolge erzielt hatten, legte die Qualmwolke sich auf den Boden. Durch die Verbrennung von erheblichen Mengen Plastik war die Wolke mit Schadstoffen angereichert. Daher wurde ab 5.15 Uhr über Rundfunk vor dieser Gefahr gewarnt. Die Bundesstraße 5 wurde gesperrt. Im Stadtteil westlich der Brandstelle machte die Polizei die Bewohner auf die Lage aufmerksam und forderte auf, Fenster und Türen geschlossen zu halten.

Die Löschrupps setzten am Objekt ihre

Arbeit unter schwerem Atemschutz fort. Insgesamt gaben sie über 15 Strahlrohre 615 Kubikmeter Wasser auf die Brandstelle ab. Schließlich wurde das vom Brand zerstörte Gebäude der Elektrogroßhandlung mit einem Schaumteppich abgedeckt, um ein weiteres Entweichen schädlicher Gase zu verhindern.

Insgesamt waren 50 Wehrmänner mit zwei LF 16, einem TLF 16, einer DLZ 23/12, einem LF 8, einem ELW und einem MTW im Einsatz. Der Schaden soll in Millionenhöhe gehen.

(Foto: Lübbe)



Aktuelle Termine

Die Technische Akademie Esslingen bietet vom 22. Juni bis 26. Juni 1987 eine Fachtagung an, die sich mit der Problematik „Strahlenschutz beim Umgang mit radioaktiven Stoffen und Röntgenstrahlen“ auseinandersetzt.

- Tagungsort: Esslingen
- Programmanforderung und Anmeldung:
Technische Akademie Esslingen
Weiterbildungszentrum
Postfach 12 69
D-7302 Ostfildern 2 (Nellingen)
Tel.: 07 11/3 40 08-23

Der Langhaar-Schäferhunde-Verband Deutschland e. V. (LSVD), Abteilung Such- und Rettungshunde, führt vom 14. bis 26. April 1987 einen kombinierten Rettungshunde-Lehrgang der Stufe 1 in Trümmer- und Flächensuche durch.

Der Kursus schließt mit der Prüfung zur Rettungshunde-Plakette des LSVD e. V.

- Tagungsort: „Hotel Forellenhof“, Dhronal (Hunsrück)
- Weitere Informationen:
Hauptgeschäftsstelle des LSVD e. V.
Paul Baldauf
Münchweiler 6
6648 Wadern
Tel.: 0 68 74/66 45

Der DRK-Ortsverband Verden (Aller) veranstaltet am 2. Mai 1987 einen „Tag der offenen Tür“.

Auf die Besucher wartet ein buntes Programm: Neben einer Fahrzeugschau des DRK gibt es Gelegenheit zu einer Hubschrauberbesichtigung. Außerdem zeigt das DRK in einer Ausstellung Miniaturmodelle von Blaulichtfahrzeugen.

„Großunfall“ — unter diesem Motto richtet die Schnelleinsatzgruppe

Illertissen des Kreisverbandes Neu-Ulm im Bayerischen Roten Kreuz ihr Symposium '87 aus. Für den 9. Mai 1987, ab 8 Uhr, lädt der Planungsstab in das Schulzentrum Illertissen, Dietenheimer Straße. Zielgruppen sind die Mitglieder aller Institutionen und Einrichtungen, die in Notsituationen eingreifen müssen.

Neben einem interessanten Vortragsprogramm bieten die Veranstalter eine Industrieausstellung sowie eine Präsentation der verschiedenen Einsatzgruppen und Dienstfahrzeuge.

Die Zufahrten sind ausgeschildert; die Teilnahme ist kostenlos.

Das „Haus der Technik e. V.“ — ein Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen — veranstaltet im Mai eine Seminarreihe zum Thema „Katastrophenschutz“:

- Montag, 11. Mai 1987,
Organisation und rechtliche Grundlagen des Katastrophenschutzes
- Dienstag, 12. Mai 1987,
Der chemische Unfall
- Mittwoch, 13. Mai 1987,
Unfälle bei Transport und Lagerung gefährlicher Stoffe
- Donnerstag, 14. Mai 1987,
Großbrand und Brandkatastrophe
- Freitag, 15. Mai 1987,
Der kerntechnische Unfall

Weitere Informationen:
Haus der Technik e. V.
Postfach 10 15 43
Hollestraße 1
4300 Essen 1
Tel.: 02 01/18 03-1

Vom 18. bis 21. Juni 1987 richtet die Kurgemeinde Krumpendorf am Wörthersee/Österreich wieder ein internationales Festival aus, an dem Musikkapellen und Musikzüge der Feuerwehren teilnehmen.

Das Programm bietet neben den Wertungskonzerten des Festivals ein vielfältiges Unterhaltungsangebot: Von der Schiffsrundfahrt über ein Gauklerfest bis hin zur Siegerehrung mit Konzerten der Preisträger.

Weitere Informationen:
Kurverwaltung der Kurgemeinde Krumpendorf a. WS.
A-9201 Krumpendorf
Tel.: 0 42 29/23 13

Über die Bedeutung psychologischer Faktoren für den Zivilschutz

Neben den sicherheits- und den gesellschaftspolitischen Aspekten des Zivilschutzes der dritte bedeutsame Komplex

In der sicherheitspolitischen Diskussion über Ziele und Inhalte eines wirksamen Verteidigungskonzeptes, das den vielfältigen Bedrohungsannahmen Rechnung trägt, wird zu Recht die bedeutende Rolle des Zivilschutzes als eines unverzichtbaren *sicherheitspolitischen* Elementes hervorgehoben. In der Auseinandersetzung über *gesellschaftspolitische* Ziele und Zielrichtungen, in der es um den Stellenwert und die Rangordnung öffentlicher Aufgaben geht, wird über den richtigen Standort des Zivilschutzes im Gesamtspektrum staatlicher Aktivitäten gestritten, ja sogar dessen gesellschaftspolitische Nützlichkeit grundsätzlich in Frage gestellt.

Auswirkungen auf den Verteidigungswillen

Sowohl die sicherheitspolitische als auch die gesellschaftspolitische Relevanz des Zivilschutzes sind in früheren Beiträgen in dieser Zeitschrift bereits behandelt worden.¹⁾ Der dritte wichtige Bereich, in dem die Diskussion geführt werden muß, betrifft die *psychologische Situation*, mit der der Zivilschutz konfrontiert ist. Während es bei den sicherheits- und gesellschaftspolitischen Erörterungen mehr oder weniger um Fragen geht, die die Bedeutung der Aufgaben des Zivilschutzes für die Verteidigung der Bundesrepublik gegen einen bewaffneten Angriff und für die Entwicklung unserer

Gesellschaftsordnung zum Gegenstand haben, zielt die Erörterung psychologischer Aspekte darauf ab, ob und welche Einflüsse vorhanden sind, die sich auf die Verteidigungsbereitschaft bzw. den Verteidigungswillen der Bevölkerung positiv oder negativ auswirken können. Für eine glaubhafte Verteidigung ist es nämlich von entscheidender Bedeutung, daß die Bevölkerung erkennbar bereit und auch in der Lage ist, für die Erhaltung ihrer freiheitlich-demokratischen Lebensordnung notfalls auch die außerordentlichen psychischen Belastungen einer bewaffneten Auseinandersetzung auf sich zu nehmen.

Die psychische Verfassung eines Sozialwesens als der Gesamtheit der in ihm lebenden Individuen und seine Belastbarkeit in einer bewaffneten Auseinandersetzung sind naturgemäß nicht vorhersehbar oder gar regelbar. Machbar und regelbar sind jedoch Impulse, Initiativen und Maßnahmen des Gemeinwesens, die sich stabilisierend auf die psychische Situation der einzelnen in ihrer Gesamtheit auswirken, damit ihre Belastbarkeit erhöhen und sie gegen destabilisierende Einflüsse weitgehend immun machen. Die Tatsache, daß eine labile Gesellschaft im Ernstfall kaum einen solidarischen Verteidigungswillen aufbringen kann, führt zwangsläufig zu der Konsequenz, daß der Staat ständig erhebliche Anstrengungen unternehmen muß, um seine auf das Gemeinwesen bezogene Ziele transparent und plausibel zu machen, damit der einzelne nicht durch Unkenntnis und Orientierungslosigkeit ständig psychischen Belastungen ausgesetzt ist, die sich insbesondere dann nachteilig auswirken, wenn der Staat den einzelnen für die Verwirklichung von Gemeinschaftszielen in Anspruch nehmen will, etwa für die Verteidi-

gung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Gemeinwesen muß unterstützen

Hierbei ist zu bedenken, daß in einem Sozialwesen Bedürfnisse, Wünsche, Forderungen und Ziele der Individuen, der Gruppen und des Gemeinwesens ständig miteinander konkurrieren und dadurch vielfältige Spannungen hervorrufen, die in unterschiedlicher Weise und Ausprägung auch psychische Belastungen erzeugen können. Diese werden zwar in der Regel von den Betroffenen weitgehend wieder abgebaut bzw. kompensiert. Das Gemeinwesen muß aber, je komplexer die Lebensverhältnisse werden, unterstützend durch Aufklärung tätig werden, damit Einsichtigkeit und Durchschaubarkeit der gesamtstaatlichen Ziele für den einzelnen erhalten bleiben. Nur wenn dem einzelnen immer wieder bewußt und erlebbar gemacht werden kann, daß der Staat bestrebt ist, Individual-, Gruppen- und Gemeinschaftsinteressen zu einem fairen Ausgleich zu bringen, kann der einzelne seine rationalen Beziehungen, aber insbesondere auch seine gefühlsbezogene Verbundenheit zu dem Gemeinwesen so stabil gestalten, daß er für Gemeinschaftsziele auch individuelle Opfer und Belastungen in Kauf zu nehmen bereit ist. Das kann im Frieden z. B. der Verzicht auf umweltbelastende Bedürfnisse sein und im Verteidigungsfall der Einsatz von Leben und Gesundheit für die Erhaltung der freiheitlichen Grundordnung. Wodurch erscheint diese Annahme gerechtfertigt? Sie dürfte aus folgenden Überlegungen ableitbar sein:

Der Mensch, der in einem Sozialwesen

¹⁾ Andrews „Über das sicherheitspolitische Umfeld des Zivilschutzes“, ZS-Magazin 1986, Heft 4; Andrews „Das gesellschaftspolitische Umfeld des Zivilschutzes im Wandel der Zeit“, ZS-Magazin 1986, Heft 10.

lebt, auf das er angewiesen ist, hat sich prinzipiell darauf eingestellt, darin seinen Standort und seinen Bewegungsspielraum bestimmen zu können. Dies wird ihm dadurch ermöglicht, daß die Gesamtheit der in diesem Sozialwesen lebenden Menschen sich im Mehrheitskonsens eine Vielzahl von Regeln geschaffen hat, die die Grundordnung ihres Zusammenlebens darstellen. Wenn die Grundordnung diesen ihren wesentlichen Zweck der Standortbestimmung für den einzelnen nicht mehr erfüllt, entweder weil sie zu komplex geworden und damit nicht mehr durchschaubar ist oder weil sie nicht mehr auf einem Mehrheitskonsens beruht, indem sie Sonderinteressen Vorrang einräumt, dann wird der einzelne verunsichert. Das einzelne Mitglied des Sozialwesens vermißt nämlich die sichere Geborgenheit, die sein Hauptmotiv gewesen ist, einer sozialen Gemeinschaft anzugehören und sich deren Regeln zu unterwerfen. Da die individuelle Fähigkeit zum Abbau bzw. zur Kompensation der Unsicherheit unterschiedlich ausgeprägt ist, sind notwendigerweise auch die Reaktionen verschiedenartig. Ein Teil der in seiner Erwartungshaltung gegenüber dem Sozialwesen enttäuschten und im Zustand der Verunsicherung verharrenden Mitglieder reagiert auf die eingetretene Orientierungslosigkeit mit Angst als einer ureigentümlichen menschlichen Regung.

Diese Urangst löst ihrerseits Impulse aus, die die Betroffenen entweder zu passivem oder zu aktivem Verhalten bewegen könne. *Passivität* findet ihren Ausdruck in Resignation und führt zur Selbstisolation in der Gesellschaft oder zur Flucht aus der Gesellschaft. *Aktivität* bedeutet zunächst einmal das Streben nach *Solidarisierung* mit anderen, die sich aus demselben Grund der Intransparenz des gesellschaftlichen Ordnungssystems ebenfalls im Zustand der durch Verunsicherung bedingten Angst befinden. Auf die *Solidarisierung aus Angst* folgt dann mit einer gewissen Zwangsläufigkeit — zumindest bei einem Teil der Betroffenen — der Umschlag der gemeinsamen Angst in eine *solidarisierte Aggression*. Sie wollen das Sozialwesen, das für sie seinen ureigentlichen Zweck, nämlich dem einzelnen Geborgenheit zu vermitteln, nicht mehr erfüllt, attackieren, um es zu verändern.

Durch Angst solidarisiert

An diesem Punkt angelangt, liegt es auf der Hand, daß die durch Angst solidarisierten Mitglieder des Sozialwesens nunmehr für sich persönlich eine wesentliche Entscheidung zu treffen haben. Die meisten werden sich dafür entscheiden, im Rahmen des vom Sozialwesen vorgehaltenen Instrumentariums der Meinungs- und politischen Willensbildung, z. B. Parteien, Verbände,

Medien, die von ihnen als notwendig erachteten Korrekturen am Sozialwesen durchzusetzen. Ein kleiner Teil der Betroffenen wird hingegen seine Angst mit eigenen Wertvorstellungen *außerhalb* der bestehenden Gesellschaftsordnung ideologisch zu untermauern suchen, um dann, losgelöst von dem ursprünglichen Antriebsgrund, von der neu geschaffenen ideologischen Grundlage aus das bestehende Sozialwesen anzugreifen mit dem Ziel, es durch ein anderes ihren Wertvorstellungen entsprechendes zu ersetzen. Im Gegensatz zur erstgenannten Gruppe von Betroffenen, die, weil sie im Bezugsrahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung bleibt, daran ihre Aktivitäten ausrichten und kontrollieren kann, stellt sich diese kleine Gruppierung bewußt außerhalb der Gesellschaftsordnung, um ihre Ziele zur Veränderung des Gemeinwesens an den selbst geschaffenen eigenen Wertmaßstäben zu orientieren. Sie verliert damit die Möglichkeit, die Akzeptanzfähigkeit ihrer Ziele zu beurteilen und zu überprüfen.

Wenn bei dieser Gruppe von Betroffenen der Prozeß aus dem Stadium der solidarierten Angst, die eine hohe Integrationskraft besitzt, in den Zustand einer spezifischen ideologischen Werteordnung übergeleitet wird, die wegen ihres besonderen intellektuellen Anspruchs zwangsläufig eine geringere Integrationsfähigkeit hat, dann muß auf der neuen ideologischen Handlungplattform wiederum ein Potential von Emotionen geschaffen werden, damit andere dadurch angezogen werden können. Dies geschieht durch den Aufbau von *Feindbildern*. Dabei ist es relativ einfach, diese Feindbilder, z. B. Militärmacht, Wirtschaftsmacht, Bildungsmonopol der Reichen usw., durch Zusammenfügen der in bezug auf diese Bereiche darstellbaren Nachteile, Defizite und Befürchtungen so aufzubauen, daß bei dem einzelnen die Hemmschwelle, gegen diese so bildhaft konstruierten Feinde aggressive Handlungen zu unterstützen oder selbst zu begehen, mehr oder weniger stark herabgesetzt wird. Die graduellen Unterschiede der Aggressivität spielen sich in dem weiten Spektrum der möglichen oder erlebten Aktionen gegen Personen oder Einrichtungen des Sozialwesens wider, von der vorsätzlichen, aber begrenzten Gewaltanwendung gegen Sachen über die in ihren Auswirkungen für Menschen und Sachen nicht mehr kontrollierbaren Sprengstoffanschläge bis hin zu der gezielten Tötung von Personen, die die gewalttätigen Systemgegner nach den von ihnen selbst gesetzten Maßstäben zu Repräsentanten des bekämpften Systems erklärt haben.

Diese folgenschwersten Angriffe auf das Sozialwesen werden von Gruppierungen durchgeführt, die über ihre gegen das bekämpfte System ausgerichtete Feindbild-ideologie hinaus noch einen weiteren

Schritt, nämlich den der *Brutalisierung*²⁾, vollzogen haben. Nur dadurch, daß man die Beziehung zwischen sich und dem Repräsentanten des angegriffenen Systems sozusagen „unmenschlich“ macht, „entmenschlicht“, kann auch die letzte Hemmschwelle, die sogenannten Repräsentanten des Systems wie Tiere umzubringen, überwunden werden.

Wirksames Abwehrkonzept entwickeln

Soweit das aus der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit erwachsende Aggressionspotential in einem Gemeinwesen nicht abgebaut wird, kann es sich also in verheerender Weise entladen und dadurch wiederum bei den anderen Mitgliedern des Sozialwesens psychischen Streß erzeugen mit den bereits erwähnten destabilisierenden Konsequenzen. Ihnen kann der Staat nur dadurch begegnen, daß er einerseits ein überzeugendes und wirksames *Abwehrkonzept* gegen derartige Angriffe auf das Gemeinwesen entwickelt. Andererseits muß er auch sein nachhaltiges und dauerhaftes Bemühen um einen *fairen Ausgleich zwischen Einzel-, Sondergruppen- und Gemeininteressen* permanent unter Beweis stellen. Nimmt der Staat insoweit auf Dauer Unausgewogenheiten hin, die bestimmten Interessengruppen faktisch oder rechtlich unangemessene Vorteile bzw. Machtpositionen einräumen, dann werden hieraus unweigerlich unsicherheitsbedingte Spannungen erwachsen, deren personales Aggressionspotential sich dann wiederum gegen den Staat, aber auch gegen die durch Sondervorteile Begünstigten entladen wird. Auch diese müssen daher als Mitglieder des Gemeinwesens darüber nachdenken bzw. daran interessiert sein, die von ihnen angestrebten Vorteile bzw. Machtpositionen auf das sozialverträgliche Maß zu beschränken und den darüber hinausgehenden Gewinn in angemessener Weise wieder dem Gemeinwesen zufließen zu lassen. Das kann nicht auf eine Sponsorentätigkeit für Sportvereine oder den „Ankauf“ von Spitzensportlern für Werbezwecke beschränkt werden. Hält das Gemeinwesen als die Zusammenfassung aller in ihm lebenden Individuen Rahmenbedingungen vor, die bestimmten Sondergruppen außergewöhnlich günstige Entfaltungsmöglichkeiten bieten, dann sollten die über ein vernünftiges Maß hinausgehenden Gewinne auch wiederum für Aufgaben verwendet werden, die dem gesamten Gemeinwesen zugute kommen. Die Sponsorentätigkeit amerikanischer Unternehmen im Kulturbereich sei hier nur beispielhaft erwähnt. Wenn die ohnehin in einem Sozialwesen

²⁾ von franz. brute = Tier, Unmensch

naturgemäß entstehenden und zu bewältigenden vielfältigen Spannungen nämlich noch durch Unausgewogenheiten der genannten Art verstärkt oder gar potenziert werden, dann entwickelt sich aus der ursprünglich stabilen allmählich eine in hohem Maße labile Gesellschaft. Diese wird schließlich durch die in ihr und von ihr produzierten Spannungen gelähmt und ist dann auch nicht mehr in der Lage, die ihr durch von außen einwirkende Ereignisse, z. B. außenpolitische Erpressung, bewaffneter Konflikt, auferlegten psychischen Belastungen zu ertragen.

Hieraus erhellt, daß die psychologischen und soziopsychologischen Erscheinungen und Entwicklungen in einem Gemeinwesen auch für den Zivilschutz von großer Bedeutung sind, der ja, so betrachtet, die Reaktion des Staates auf die Angst der Bürger vor den Gefahren für Leib und Leben in einem Kriege ist. Der Staat befindet sich hier in einem gewissen Dilemma. Er muß feststellen, daß viele Bürger seine vorsorglichen Zivilschutzmaßnahmen ablehnen, weil sie glauben, ihr Schutz wäre besser gewährleistet, wenn sie durch demonstrierte Schutzlosigkeit einem potentiellen Gegner signalisieren, daß sie ihm gegenüber keine aggressiven Absichten hegen. Es gibt systemkritische Gruppierungen in diesem Staat, die diese Auffassung kreiert haben und die Bevölkerung in dieser Richtung zu beeinflussen suchen.

Auch hier gilt, was oben dargelegt wurde, nämlich, daß ein Teil der pauschal als Friedensbewegung bezeichneten Gruppierungen ihre Auffassung auf demokratischem Wege mit demokratischen Mitteln mehrheitsfähig machen wollen, während andere von einer ideologischen Plattform aus durch Propaganda und Agitation auf die Schwächung des Verteidigungswillens der Bevölkerung abzielen. Geschieht die Beeinflussung in den oben ausgeführten Fällen mit Hilfe von konstruierten personalisierten Feindbildern, so wird hier versucht, die Bevölkerung durch Horrorkriegsbildnahmen zu verunsichern. Diese Annahmen von Kriegsverläufen gehen davon aus, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Ost und West zwangsläufig in einen allgemeinen nuklearen Schlagabtausch eskalieren muß und daß in diesem Falle Zivilschutzmaßnahmen nutzlos sind. Die gezogene Schlußfolgerung trifft zwar zu. Unrichtig ist jedoch die ihr zugrundeliegende Annahme, daß der uneingeschränkte Einsatz von Atomwaffen die wahrscheinliche Form einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Machtblöcken sein würde. Indem der Bevölkerung derart unrealistische Kriegsbilder suggeriert werden, soll Angst erzeugt werden, um die eingangs dargestellten Reaktionen hervorzurufen, nämlich entweder *Resignation*, d. h. Schwächung des Verteidigungswillens, oder *Aggression*, d. h. angstbedingte Soli-

darisierung von Menschen mit dem Ziel, sie für Aktionen gegen die Verteidigungsvorkehrungen des Staates organisierbar zu machen.

Aufklärungsarbeit gegen Angst

Würde der Staat sich allein darauf beschränken, durch eine laufende Verschärfung seiner Strafrechtsordnung die Angriffe der zu ihm in Gegnerschaft stehenden Gruppierungen abzuwehren, dann würde er dem Zivilschutzgedanken einen eher schlechten Dienst erweisen. Die immer wieder geschürte *Atomkriegsangst* mit der ihr immanenten Antriebseigenschaft für Resignation und Aggression muß den Menschen durch eine umfassende *staatliche Aufklärungsarbeit* genommen werden.

Auch im Zivilschutz spiegelt sich das Aufklärungsdefizit in der Akzeptanz von Zivilschutzmaßnahmen durch die Bevölkerung wider. Der Grad der Akzeptanz ist relativ gering, das Aufklärungsbedürfnis daher sehr groß. Ziel der Aufklärung der Bevölkerung im Zivilschutz muß es sein, daß sie die Position des Zivilschutzes im Rahmen staatlicher Aufgaben, seine Ziele und seinen Nutzen begreifen kann und die Notwendigkeit eigener, auch finanzieller, Aufwendungen verstehen lernt. Nur dann ist die Bevölkerung in der Lage, einen starken Verteidigungswillen zu entwickeln, der darauf basiert, daß sie die Vorteile unserer freiheitlichen Demokratie gegenüber den Nachteilen so hoch ansetzt, daß sie unsere Gesellschaftsordnung für verteidigungswürdig erachtet.

Ein überzeugender Verteidigungswille und eine intakte Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung sind letzten Endes auch die Voraussetzungen dafür, zusammen mit dem anderen Machtblock eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Nur wenn beide Machtblöcke ihre wechselseitige Kalkulierbarkeit dadurch dokumentieren und manifestieren, daß sie keinen Zweifel an der Bereitschaft, ihre jeweilige Lebensordnung zu verteidigen, aufkommen lassen, zugleich aber auch deutlich machen, daß sie keine *militärischen* oder *ideologischen Aggressionen* gegen den anderen Block beabsichtigen und auch keinen Einfluß auf die Entwicklungen im Inneren des jeweils anderen Blocks nehmen, ist ein Abbau der vorhandenen Spannungen im Sinne einer Entspannung möglich. Auch Spannungen zwischen den Machtblöcken sind insoweit nichts weiter als der Ausdruck von Unsicherheit in bezug auf die Transparenz, also die Durchschaubarkeit der Absichten der Gegenseite. Die aus der Unsicherheit folgende Angst führt wiederum dazu, daß jede Seite für ihren bewaffneten Schutz mehr tut, als objektiv erforderlich wäre, und

daß sie dies unterlassen würde, wenn sie sicher sein könnte, daß die andere Seite keine aggressiven Absichten hegt.

Keine Seite soll Vorteile anstreben

Die *politische Lage in den beiden Machtblöcken* ist nicht zuletzt auch wegen *interner Neuorientierungen so sensibel*, daß die politisch Verantwortlichen beider Seiten Anlaß haben, sich dafür einzusetzen, daß keine Seite Vorteile gegenüber der anderen anstrebt oder ausnutzt. Weder darf der Osten den Eindruck gewinnen oder erzeugen, er könne oder wolle sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern auf wirtschaftlichem Gebiet oder im Verteidigungsbereich zunutze machen, noch darf der Westen sich so verhalten, als wolle er aus internen Schwierigkeiten, denen sich die Führung der Sowjetunion gegenüber sieht, Vorteile ziehen. Enthaltensamkeit ist um so mehr geboten, als die internen Schwierigkeiten darauf beruhen, daß Sowjetbürger mit ihren Demonstrationen gegen die Obrigkeit individuelle Freiheitsrechte in Anspruch genommen und unkontrolliert vom Staatsapparat praktiziert haben. Dadurch sind die Demonstrationen zu einer *prinzipiellen* Auseinandersetzung mit der kommunistischen Gesellschaftsordnung geworden. Auch die Sowjetführung wird wissen, daß dieser Prozeß der Auseinandersetzung zwischen individuellen und kollektiven Bedürfnissen auf die Dauer nicht verhindert werden kann. Wenn er aber unvermeidlich ist, dann sollte der Westen der Sowjetunion signalisieren, daß er diese ihre schwierige Situation nicht ausnutzen wird. Propagandistische Interventionen von außen könnten eine evolutionäre Entwicklung leicht in einen revolutionären Prozeß umschlagen lassen, der dann kaum noch steuerbar wäre.

Die Führung der Sowjetunion hat das große Problem zu bewältigen, daß die regierungsamtlich gesteuerte, ideologisierte, auf das Feindbild des Kapitalismus fixierte Informationspolitik relativiert wird durch die der Bevölkerung immer zahlreicher zugänglichen Informationen aus dem kapitalistischen Ausland, die oft im Gegensatz zu der offiziellen Darstellung ihrer Regierung stehen. Dadurch erhält die Bevölkerung die Möglichkeit, Informationsgehalte und -inhalte miteinander zu vergleichen und zu bewerten. Auch bei den Menschen in der Sowjetunion muß hierdurch zwangsläufig der Eindruck der Undurchschaubarkeit sowie ein Gefühl der Unsicherheit und der Angst hinsichtlich der Glaubwürdigkeit, Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der staatlichen Aktivitäten entstehen. Nachdem den Sowjetbürgern in der Vergangenheit in diesem Dilemma wegen der harten obrigkeitli-

chen Zwangsmaßnahmen nur der Weg in die Resignation bzw. Selbstisolation blieb, kann heute kaum noch verhindert werden, wie die Vorgänge in Alma Ata beweisen, daß sie sich zu gemeinsamen Aktionen gegen Mißstände solidarisieren, für die der Staats- und Parteiapparat verantwortlich gemacht wird.

Ideologische Schlüssigkeit darf nicht verlorengehen

Der nachvollziehbare Abbau von ideologischen Positionen, die expansionistische Tendenzen aufweisen, muß vorangetrieben werden. Das kann und muß geschehen, ohne daß die ideologische Schlüssigkeit, von der die Glaubwürdigkeit der Positionen abhängt, dabei verlorengeht. In diesem Zusammenhang ist – vor allem als Unterscheidungsmerkmal – von Bedeutung, daß die kommunistische Ideologie in erster Linie darauf ausgerichtet ist, *kollektive* Bedürfnisse zu befriedigen, während der Kapitalismus dem einzelnen Freiräume eröffnet, die seiner Persönlichkeitsentfaltung und damit auch der Deckung *individueller* Bedürfnisse in hohem Maße förderlich sind. Wegweisend für das friedliche Zusammenleben beider Systeme kann daher die Fortentwicklung des sozialen Netzes für die sozial Schwächeren im kapitalistischen System und der weitere Ausbau der Liberalisierungsansätze im kommunistischen System sein. Wenn sich auf diese Weise die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung in beiden Systemen für alle Gesellschaftsschichten verbessern, werden automatisch auch die Grundlagen und die Voraussetzungen für die Spannungen zwischen beiden Gesellschaftsordnungen in gleichem Maße abgebaut. Auf lange Sicht gesehen, könnten die Spannungen dann zu einem gesunden Wettbewerbsstreben zwischen den Systemen transformiert werden, das keine Feindbilder mehr trägt (bzw. erträgt), an denen sich militärische Maßnahmen oder Vorkehrungen zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen feindliche Angriffe zu orientieren hätten.

Die Befreiung ideologischer Positionen von ihren expansionistischen Elementen und ihre schlüssige Begründung mit auf den jeweiligen Machtbereich bezogenen inhaltlichen Argumenten ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für die Freisetzung materieller Ressourcen, die der Optimierung kollektiver Bedürfnisse einerseits und individueller Bedürfnisse andererseits nutzbar gemacht werden können, nicht zuletzt auch durch eine Umschichtung militärischer oder militärdienlicher Finanzmittel für diese Zwecke. Wird auf diese Weise die alles überlagernde Urangst vor einem vernichtenden Atomkrieg zwischen Ost und West abgebaut, dann würde sich damit gleichzeitig auch das hierauf basierende perso-

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Fachbearbeiter/in für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Hessen in Wiesbaden**
Verg.-Gr. Vb BAT – ab sofort –
2. **Fachbearbeiter/in für Ausbildung der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover**
Verg.-Gr. Vb BAT – ab sofort –
3. **Fachbearbeiter/in der BVS-Dienststelle Nienburg**
Verg.-Gr. Vb BAT – ab sofort –
4. **Fachbearbeiter/in der BVS-Dienststelle Oberhausen**
Verg.-Gr. Vb BAT – ab 1. 1. 1988 –

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **20. 5. 1987** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
Bundeshauptstelle
Eupener Str. 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

nale Aggressionspotential verringern, das sich, wie oben dargestellt, insbesondere im Westen in verschiedenen Erscheinungsformen auch schon im Frieden gegen Einrichtungen des Staates mobilisiert hat.

Denkprozeß in gesicherten Bahnen

Auch die Medien sollten alles tun, damit der Denkprozeß, der zu einem Abbau expansionistischer Positionen im kapitalistischen und kommunistischen Ideologiebewußtsein führen soll, in gesicherten Bahnen verlaufen kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß auch das Gerede von der Überlegenheit des einen Systems über das andere während des Denkprozesses unterbleibt. Abgesehen von den dadurch entstehenden psychologischen Barrieren, ist

es auch in der Sache insofern wenig hilfreich, als die kapitalistische und die kommunistische Ideologie mit rationalen Maßstäben ebenso wenig miteinander verglichen werden können, wie zwei Religionen miteinander vergleichbar und bewertbar sind.

So lange aber das Ziel einer weltweiten Friedensordnung noch in weiter Ferne ist, muß der Staat dafür Sorge tragen, daß erstens die staatlichen Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung in einem bewaffneten Konflikt konzeptionell und substanzial ein hohes Niveau erreichen, zum zweiten die durch Unsicherheit hervorgerufenen angstbedingten psychologischen Vorbehalte gegen den Zivilschutz abgebaut werden und drittens durch akzeptanzfördernde Aufklärungsmaßnahmen die Identifikation der Bevölkerung mit den Zielen des Staates optimiert wird.

Zum Beispiel Bamberg

Aus schlechten Anfängen entwickelte sich eine wirkungsvolle Katastrophenabwehr



Oben: Tausendjähriges Bamberg – Zentrum der oberfränkischen Kulturlandschaft.

Links: Das Alte Rathaus inmitten des Regnitzflusses.

Das „Zivilschutz-Magazin“ veröffentlichte in der Vergangenheit eine Reihe von Beiträgen, die sich mit der Organisation, dem Aufbau und der Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes im Aufgabenbereich der kommunalen Verwaltung befassen. Im folgenden Bericht soll nun die kreisfreie Stadt Bamberg im Blickfeld der Betrachtung stehen. Die Redaktion war zu Gast im Rathaus von Bamberg und informierte sich über den Stand des Zivil- und Katastrophenschutzes der Kommune.

Tausend Jahre Bamberg

Romantisch, zauberhaft, liebenswert, Geschenk eines Jahrtausends – die Attribute dieser Stadt springen dem Besucher beim Studium der bunten Prospekte des Städtischen Verkehrsamts geradezu ins Auge, stimmen ihn ein. Und es wird nicht zuviel versprochen wie so oft in der Werbung. Im Gegenteil, nach einem Streifzug durch die größte erhalten gebliebene Altstadt Deutschlands mit ihrem malerischen barocken Erscheinungsbild und den Glanzlichtern Kaiserdom, Altes Rathaus, Böttingerhaus, Altenburg sowie den Fischerhäusern an der Regnitz möchte man einstimmen in die vielen Liebeserklärungen,

die dieses Schmuckstück deutscher Städte schon erhalten hat. Eine lebendige Stadt mit Charme, deren Besuch sich lohnt und die einen belohnt mit einer Fülle unvergeßlicher Eindrücke.

„Klein-Venedig“, malerische Fischerhäuser an der Regnitz.



Oberfrankens Zentrum

Bamberg, kreisfreie Stadt im Regierungsbezirk Oberfranken mit einer Fläche von 5 473 Hektar und rund 71 000 Einwohnern, ist Zentrum der oberfränkischen Kulturlandschaft. In einem weiten Talkessel am Regnitzfluß gelegen, leidet die Stadt etwas unter ihrer Randlage. Dennoch bildete sich eine vielfältige Wirtschaft mit einem leistungsfähigen Handwerk, ausgedehnten Handel und namhaften Industriebetrieben. Darunter Textil-, Schuh-, Lederwaren-, Maschinen-, Nahrungsmittel-, chemischen und optischen Fabriken sowie einer umfangreichen Elektroindustrie. Vergessen natürlich nicht die zahlreichen Brauereien mit ihren Spezialbieren.

Unter anderem beherbergt die Stadt eine Universität, viele Grund- und weiterführende Schulen sowie ein großes Klinikum.

Verwaltungsorgane der Stadt sind der Stadtrat mit 44 ehrenamtlichen Stadträten und Oberbürgermeister Paul Röhner als Vorsitzender. Er ist Leiter der Stadtverwaltung. Ihm zur Seite stehen 2. Bürgermeister Rudolf Grafberger und Oberstadtdirektor Robert Gegenfurtner.

Organisation der Katastrophenabwehr

Im Auftrag des Oberbürgermeisters plant und koordiniert das Rechtsreferat mit dem Amt für öffentliche Ordnung – Sachgebiet Zivil- und Katastrophenschutz – alle Katastrophenabwehrmaßnahmen als Untere Katastrophenschutzbehörde.

Leiter des Sachgebiets ist Manfred Müller, langjähriger Mitarbeiter der Stadtverwaltung und eine starke Triebfeder beim Aufbau des Zivil- und Katastrophenschutzes. Zu seinen Aufgaben gehören als erstes der Vollzug des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG), des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes sowie des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) in Verbindung mit den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Dies beinhaltet die Überwachung der Dienstleistungen sämtlicher Regieeinheiten und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sowie die Kontrolle der Ausbildung, die Planung von Übungen und Besetzung von Lehrgängen, Fortschreibung des Katastrophenschutzplans, Erstellung von Ausbildungsplänen und Über-

wachung der Alarmbereitschaft der Regieeinheiten.

Die Arbeit umfaßt u. a. auch die Organisation des Warn- und Alarmdienstes, den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung und Behörden sowie die Unterstützung der Firmen beim Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes nach der vom Bundesinnenminister herausgegebenen Vwv-Selbstschutz. Hinzu kommt noch die Geschäftsführung des Rettungszweckverbandes und die Einsatzleitung bei Katastrophen und Unglücksfällen.

Zugeteilt sind dem Sachgebiet drei weitere Mitarbeiter, wobei ein Mitarbeiter für die verwaltungsmäßige Abwicklung der vom Stadtrat beschlossenen Nutzbarmachung von alten Stollenanlagen auf Zeit eingestellt wurde, darüber später mehr.

Mitwirkung bei der Gefahrenabwehr

Getragen wird der Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Bamberg von der Freiwilligen Feuerwehr, dem Bayerischen Roten Kreuz, dem Technischen Hilfswerk und den Regieeinheiten.

Da Bambergs Einwohnerzahl unter 100 000 liegt, also keine Berufsfeuerwehr zur Verfügung steht, wurde eine Ständige Wache im Katastrophenschutzzentrum

eingerrichtet. Sie arbeitet im Dreischichtbetrieb mit jeweils acht Mann und kommt einer Berufsfeuerwehr gleich. Reichen Personal und Fahrzeuge bei einem Einsatz nicht aus, wird auf einen oder mehrere der insgesamt neun im Stadtgebiet verteilten Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr zurückgegriffen.

Dem erweiterten Katastrophenschutz der Stadt stehen insgesamt fünf Löschgruppen zur Verfügung. Zum Einsatz werden die Wehrmänner über einen sogenannten Stillen Alarm über Funkmeldeempfänger gerufen.

Das Technische Hilfswerk ist in Bamberg mit je einem Instandsetzungs- und Bergungszug vertreten. Das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband Bamberg, stellt für den Katastrophenschutz zwei Sanitätszüge mit jeweils 50 Helfern. Beide Organisationen verfügen über eigene Unterkünfte.

Um eine Zweigleisigkeit zu vermeiden, wirkt der in Bamberg vertretene Malteser-Hilfsdienst nicht im Katastrophenschutz mit. Er stellt seine Einheiten und Einrichtungen dem Katastrophenschutz des Landkreises Bamberg zur Verfügung. Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter-Unfall-Hilfe unterhalten in der Stadt keinen Ortsverband.

Aus schlechten Anfängen hat sich der Katastrophenschutz in Bamberg inzwischen zu einer wirkungsvollen Katastrophenabwehr entwickelt. Wesentlich dazu beigetragen haben auch die Regieeinheiten mit



Das Katastrophenschutzzentrum der Stadt am Margaretendamm.



Tritt der Katastropheneinsatzstab im Notfall zusammen, wird der große Schulungsraum des Kats-Zentrums zum Lagezentrum.

rund 180 Helfern. Dieses Hilfeleistungspotential des erweiterten Katastrophenschutzes in der Hand der Stadt gliedert sich in einen Bergungszug mit 38 Helfern, einen ABC-Zug mit 42 Helfern, einen Sanitätszug mit 25 Helfern sowie je einen Verpflegungs- und Materialerhaltungstrupp. Hinzu kommen eine ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST), die Örtliche/Technische Einsatzleitung (ÖEL/TEL) und die Fernmeldezentrale HVB. Die Fahrzeuge und Geräte der Regieeinheiten sind in städtischen Liegenschaften untergebracht.

Nicht auf dem neuesten technischen Stand

Im argen liegt die Ersatzbeschaffung für überalterte Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände des erweiterten Katastrophenschutzes. Teilweise bis zu 20 Jahre alt, müßten viele Fahrzeuge und auch Geräte ausgesondert werden, um mit dem technischen Stand Schritt zu halten. Auch die persönliche Ausstattung der Helfer läßt sehr zu wünschen übrig. Hier hofft die

Stadt, daß der Bund die recht unbefriedigende Situation beseitigt und bald eine sichtbare Verbesserung eintritt.

Katastrophenschutzzentrum mit Doppelfunktion

Beim Neubau des Baubetriebsamtes der Stadt am Margaretendamm wurde vor einigen Jahren ein Katastrophenschutzzentrum gleich mitgeschaffen. Neben der hier eingerichteten Ständigen Wache der Feuerwehr stehen im 2. Stock des Hauses ein großer Schulungsraum sowie einzelne Zimmer für die Führer der Einheiten des Katastrophenschutzes zur Verfügung. Diese Räumlichkeiten sind seit 1979 vom Bund angemietet.

Das Zentrum hat eine Doppelfunktion. Tritt der Katastropheneinsatzstab im Notfall zusammen, wird der große Schulungsraum als Lagezentrum eingerichtet. Die Zugführerräume werden dann von den Fachberatern belegt, für die Fernmeldezentrale ste-

hen fest installierte Funk- und Fernsprecheinrichtungen bereit.

Um im Einsatz das Nadelöhr der Kommunikation – den Funk – zu weiten, haben sich auch der Deutsche Funkhilfsdienst, der Deutsche Amateur-Radio-Club (DARC) und Hobby-CB-Funker bereiterklärt, im friedensmäßigen Katastrophenschutz der Stadt mitzuwirken. Eingebunden ist auch ein Luftbeobachtungsdienst. Er kontrolliert im Sommer täglich morgens und abends die waldbrandgefährdeten Gebiete im Landkreis.

Umfangreiche Aufgaben

„Die Katastrophenschutzbehörden haben die Aufgabe, Katastrophen vorzubeugen, sie abzuwehren und die hierfür erforderlichen Einsätze zu leiten. Sie sind insbesondere verpflichtet, Katastrophenschutzpläne anzulegen, beratende Katastropheneinsatzstäbe zu bilden und Katastrophenschutzübungen abzuhalten.“ Der Artikel 2, Absatz 2 des Bayerischen Katastrophen-



Für die Fernmeldezentrale HVB stehen im Kats-Zentrum fest installierte Funk- und Fernsprecheinrichtungen bereit.



Die Einsatzleitstelle der Ständigen Wache der Feuerwehr.

schutzgesetzes gibt den ganzen Umfang der anfallenden Aufgaben der Kreise und Gemeinden im Bereich des Katastrophenschutzes an.

Hilfestellung gibt dabei das Bayerische Staatsministerium des Innern. Es hat aus Gründen der Einheitlichkeit einen Musterkatastrophenschutzplan erstellt, der verbindlich ist für alle Kreisverwaltungsbehörden. Der Plan, ein wichtiges Führungsmittel und die organisatorische Grundlage für eine wirksame Gefahrenabwehr im friedensmäßigen Katastrophenschutz sowie im Verteidigungsfall, enthält vor allem das Alarmierungsverfahren, die Vorbereitungsmaßnahmen sowie alle Behörden, Einheiten und Einrichtungen und sonstigen Organisationen, die im Katastrophenfall an Bekämpfungs- und Hilfsmaßnahmen mitwirken. Der Katastrophenschutzplan wird ergänzt durch Sonderschutzpläne für besondere Gefahrenobjekte.

Computer zur Unterstützung

„Unser Katastrophenschutzplan ist zwar auf dem neuesten Stand, in der Systematik ist er aber überholt. Die Stadt hat deshalb zwei Computer beschafft, in die der gesamte Plan gespeichert wird. Mit dieser Maßnahme wird u. a. auch der Zugriff auf Einzelinformationen bedeutend schneller“, erläutert Sachgebietsleiter Müller.

Zur Zeit wird die Software für die Computer erstellt. Ein Rechner steht im Rathaus, der zweite Computer soll im Katastrophenschutzzentrum die Arbeit des Einsatzstabes erleichtern. Geplant ist, auch die Mobile Einsatzleitstelle mit einem Computer auszustatten.

Dieses Fahrzeug wurde für kleinere Einsätze geschaffen und verfügt u. a. über zwei FUG 8b, zwei tragbare FUG 10a, Autotelefon und die Möglichkeit, über den sogenannten UWE-Funk (Umweltfunk) zu korrespondieren. Hinzu kommen umfangreiches Büro- und Kartenmaterial, Schutzanzüge, Handlampen und ein Notstromaggregat. Die Mobile Einsatzleitstelle bietet einem Teil des Katastrophenschutzstabes die Möglichkeit, den Einsatz vor Ort zu koordinieren und hat sich schon mehrfach bewährt.

Stabsfunktionen vierfach besetzt

Der Stab HVB der Stadt Bamberg ist nach dem bundeseinheitlichen Modell einer Katastrophenschutzleitung gegliedert. Katastrophenschutzleiter ist Oberbürgermeister Röhner. Er wird von einem Stab mit den Stabsführungsgruppen S1 bis S4 beraten. Diese Gruppen stehen unter der Leitung von Oberstadtdirektor Gegenfurtner. Hinzu kommen die nach dem Stabsmodell geforderten Fachberater und Stellvertreter, die

Manfred Müller, Leiter des Sachgebiets Zivil- und Katastrophenschutz, ist eine starke Triebfeder beim Aufbau der Gefahrenabwehr der Stadt Bamberg.



die einzelnen Fachdienste repräsentieren. Zur Katastrophenschutzleitung gehören ferner Vertreter der eigenen Verwaltung sowie anderer Behörden und Einrichtungen, deren Mitwirkung im Katastrophenfall erforderlich ist.

Die einzelnen S-Funktionen im Stab HVB sind in Bamberg vierfach besetzt. Je zwei Sachgebietsleiter stehen im Katastrophenfall zur Verfügung. Für die Aufgaben in einem Verteidigungsfall wurden zusätzlich je Stabsfunktion zwei weitere Sachgebietsleiter ausgebildet.

Aus eigenen Mitteln hat die Stadt für alle Zugführer der Einheiten sowie für die Mitglieder der Katastrophenschutzleitung Funkmeldeempfänger beschafft. Über sie kann eine Durchsage abgesetzt werden, ein Rückruf ist nicht möglich. Die alarmierten Kräfte müssen sich innerhalb fünf Minuten bei der Ständigen Wache der Feuerwehr melden und erhalten von hier weitere Anweisungen.

Bewährungsproben bestanden

Auch einige reale Einsätze haben inzwischen die Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr in Bamberg aufgezeigt. So wurde nach einer Gasexplosion am 15. Juli 1982

in der Altenburger Straße eine Katastropheneinsatzleitung in der Mobilen Einsatzleitstelle gebildet. Bei der Explosion wurden ein Haus zerstört und rund 20 weitere Gebäude beschädigt. Zum Glück kamen Menschen nicht ernsthaft zu Schaden.

Die Einsatzleitung koordinierte die Hilfsmaßnahmen von Feuerwehr, THW, BRK und Polizei. In einem Zelt wurden verstörte Anwohner betreut, der Versorgungsdienst bereitete für rund 200 Personen – Unglücksbetroffene und Katastrophenschutz Helfer – ein Mittagessen.

Weitere Einsätze eines Teils des Stabes waren erforderlich nach einer Explosion in einer Firma und anlässlich eines Hochwassers nach einem Unwetter sowie bei einem Brand in einer Teppichlagerhalle.

Auf die Frage, ob sich die Einsatzleitung bewährt habe, meint Müller: „Je mehr man den Einsatz übt, je besser ist es natürlich. Die Stabsmitglieder üben*ja nicht täglich, so daß ihr Einsatz taktisch gesehen nicht so problemlos abläuft wie bei den eingesetzten Einheiten. Sie kennen ihre fachbezogene Tätigkeit, während der Stab doch eine gewisse Zeit zum Anlaufen braucht.“

Die „Technische Einsatzleitung“ oder „Örtliche Einsatzleitung“ wie es in Bayern heißt, setzt sich zusammen aus Zugführern, die

Teilweise bis zu 20 Jahre alt sind die Fahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes.



nach zehn Jahren aus dem Dienst der Einheiten ausgeschieden sind und weiter freiwillig mitarbeiten wollen. Leiter der ÖEL ist in Bamberg ein nicht mehr im aktiven Dienst stehender Stadtbrandrat.

Für den Fall einer notwendigen Evakuierung eines Teils der Bevölkerung bei einem Großschadensereignis, sind im Katastrophenschutzplan der Stadt als erstes die Hotels mit den entsprechenden Aufnahmekapazitäten erfaßt. Hinzu kommen mögliche Großunterkünfte wie Schulen, Turnhallen, Jugendherbergen etc., die bei weiterem Bedarf genutzt werden können.

Die Organisation des Selbstschutzes

„Jeder Stadtteil hat ‚seinen‘ Selbstschutzberater.“ Die Überschrift über einem Artikel in der Tageszeitung „Fränkischer Tag“ Mitte September 1986 machte die Bevölkerung erneut auf die Aktivitäten der Stadt im Bereich des Selbstschutzes aufmerksam. Vorbildlich und konsequent ist die Kommune ihrer Verpflichtung nachgekommen, im Rahmen ihrer Aufgabe, den Selbstschutz zu fördern, dafür Sorge zu tragen, daß der Bevölkerung Rat und Auskunft in Selbstschutzfragen angeboten wird.

Vorausgegangen waren in den vergangenen Jahren Beiträge in der Tagespresse, in denen die Stadt auf die Aufgaben und den Ausbildungsweg der Selbstschutzberater aufmerksam machte und die Bevölkerung aufforderte, ein solch ehrenamtliches Amt zu übernehmen. Die Resonanz war sehr positiv, so daß in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz, Dienststelle Bayreuth, inzwischen 21 Selbstschutzberater ausgebildet wurden. Sie betreuen jeweils einen Stadtbezirk und können vor Ort eine bürgernahe Beratung in Selbstschutzmaßnahmen durchführen.

Vielfältige Aktivitäten

Die Selbstschutzberater treffen sich einmal im Monat. Meist nimmt ein Vertreter der Stadt, gelegentlich auch der Oberbürgermeister, an diesen Veranstaltungen teil. Besprochen werden u. a. Organisationsfragen, die Schutzbausituation sowie die Einsatzmöglichkeiten der Berater. Leidiges Thema ist auch immer wieder die persönliche Ausstattung der Selbstschutzberater, die vom Bund bis heute noch nicht geliefert wurde.

Eingesetzt werden die Selbstschutzberater

auch bei „Tagen der offenen Tür“ der Stadt sowie bei Ausstellungen. So konnten sie kürzlich anlässlich der „Frankenland-Ausstellung“ in Bamberg an einem Informationsstand der Bevölkerung ihre Aufgaben erläutern und Auskunft über Selbstschutzmaßnahmen geben. Zusätzlich unterstützen die Selbstschutzberater die Informationsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Zur Zeit gibt es in Bamberg nur eine Beratungsstelle im Katastrophenschutzzentrum, deren Öffnungszeiten der Bevölkerung bekanntgegeben wurde. Geplant ist, weitere Beratungsstellen in den einzelnen Stadtbezirken zu installieren. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Wohnung des Selbstschutzberaters Anlaufstelle für den ratsuchenden Bürger.

Örtliche Verhältnisse erfaßt

Eine wichtige Aufgabe der Selbstschutzberater ist die Beschreibung „ihres“ Wohnbereichs: Rund 50 Prozent der Berater haben inzwischen eine Selbstschutz-Wohnbereichsbeschreibung erstellt.

Sie gliedert sich in

1. Allgemeine Struktur (Einwohnerzahl, Anzahl der Häuser und Haushalte, Pendlerbewegung, Flächengröße, Flächennutzung, wichtige Verkehrswege etc.)
2. Besondere Gefahrenpunkte (brandempfindliche Objekte und Anlagen, Hochhäuser, Verkehrsengpässe, Kraftwerke etc.)
3. Besondere selbstschutztaktische Aufgaben (Sitz der KatS-Abwehrleitung, ortsfest und bewegliche Warngeräte, Sammelstellen, Löschwasserversorgung, Krankenhäuser, Notunterkünfte, öffentliche und private Schutzräume etc.)

Durch das selbständige Erarbeiten und Bewerten der Wohnbereichsbeschreibung wurden die Selbstschutzberater eng vertraut mit den besonderen örtlichen Verhältnissen „ihres“ Stadtbezirks. Sie gibt ihnen Einblick in die Selbstschutzsituation des Bezirks, läßt Rückschlüsse zu und ist wichtige Grundlage bei der Erteilung von Rat und Auskunft an den Bürger.

Die Konsequenz der Stadt Bamberg im Bereich des Selbstschutzes zeigt sich auch darin, daß der Sprecher der Selbstschutzberater sowie der Selbstschutzberater des jeweiligen angenommenen Schadengebiets bei Übungen im Katastrophenschutzstab mitwirken.

Horst Waldig, Sprecher der Selbstschutzberater, hebt in einem Gespräch mit dem „Zivilschutz-Magazin“ die beispielhafte Unterstützung der Stadt bei der Aufbauarbeit des Selbstschutzes hervor. „Wenn die



Die Lagerhalle für die Geräte und persönliche Ausstattung der Regieeinheiten.



Eins der Gerätehäuser der im Stadtgebiet verteilten neun Feuerwehr-Löschgruppen.

Stadt uns nicht voll unterstützen würde, wären wir schon längst nicht mehr dabei. Die Verantwortlichen, an der Spitze der Oberbürgermeister, sind mit uns absolut auf einer Linie. Sie unterstützen uns mit allen Mitteln, um u. a. hier in Bamberg für die Bürger mehr Schutzräume zu erhalten. Wir hoffen, dies hat eine Signalwirkung auf andere Städte", sagt Waldig.

Selbstschutz in Behörden

Der Behördenselbstschutz nimmt in Bamberg einen breiten Raum ein. Alle Ämter und Einrichtungen der Kommune, die zum Teil in verschiedenen Stadtteilen untergebracht sind, sowie die weiteren in der Stadt vertretenen Behörden verfügen über einen Selbstschutzzug. Aus- und fortgebildet werden die Einsatzkräfte vom Bundesverband für den Selbstschutz. Eine jährliche Übung stellt die Einsatzbereitschaft der Helfer sicher.

Helmut Schneider, Leiter der BVS-Dienststelle Bayreuth, lädt alle 35 Behörden-selbstschutzleiter Bambergs im Dezember jeden Jahres zu einem Gespräch ein. Dabei melden die Teilnehmer ihren Bedarf an Ausbildungsveranstaltungen und sprechen die Termine ab.

Für den theoretischen Teil der Fachausbildung wird der Stabsraum im Katastrophenschutzzentrum genutzt. Ein Übungsgelände für die praktische Unterrichtung der Einsatzkräfte ist in Bamberg leider nicht vorhanden. Ein Nachteil, der immer wieder einen langen Anfahrtsweg zum Übungsgelände des THW-Ortsverbandes Bayreuth nötig macht.

Im Gespräch mit dem „Zivilschutz-Magazin“ weist Schneider auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg hin. „Die Voraussetzungen für den Selbstschutz sind hier sehr günstig, weil Oberbürgermeister Röhner seinen Verpflichtungen nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, den Selbstschutz aufzubauen, zu fördern und zu leiten, vorbildlich nachkommt“, freut sich der BVS-Dienststellenleiter.

In den für den Selbstschutz zuständigen Sachgebietsleiter Manfred Müller sieht Schneider einen Mann, der dies mit viel Engagement und Fachwissen nach unten fortsetzt. So ist es auch als glückliche Symbiose zu verstehen, daß Müller gleichzeitig BVS-Beauftragter in Bamberg ist und hier viele Kontakte knüpft, die die BVS-Dienststelle Bayreuth aufgreift und vertieft.

Die Schutzbausituation

„Das ist ja wie im Vorhof zur Hölle“, sagt eine junge Frau, Mitglied einer Gruppe von 25 Bamberger Bürgerinnen und Bürger, die sich im Eingangsbauwerk zu einem Teil



Eine der modernsten Rettungsleitstellen in Bayern hat das BRK am Rande der Stadt gebaut.

der Bamberger „Unterwelt“ eingefunden haben. Sie mußten lange auf eine der begehrten Karten der Volkshochschule warten, um die Jahrhunderte alte Stollenanlage unter dem Stadtgebiet von Bamberg zu erkunden. Die Besichtigungstour ist zu einem Renner geworden.

„Wir dachten, mit zwei, drei Stollenbefahrungen ist es getan, aber inzwischen sind es schon über 80 Führungen geworden“, sagt Manfred Müller, zu dessen Sachgebiet die Stollenanlage gehört und der meist die Gruppen führt. Knapp eine halbe Stunde dauert die Darstellung der Geschichte der weitverzweigten, teilweise doppelstöckigen Anlage. Anschließend ist Müller sachkundiger und vielbefragter Führer der einstündigen Befahrung dieses Irrgartens.

Das „fränkische Rom“

Bamberg steht auf sieben Hügeln und nennt sich das „fränkische Rom“. Schon

seit dem 11. Jahrhundert wurde in diesem Berggebiet der Keupersandstein abgebaut. Die ursprüngliche Bestimmung war die Gewinnung von Fegsand als Putz- und Scheuermittel.

Der große Boom im Bamberger Stollenbau lief im 17. und 18. Jahrhundert an, als man die durch den Abbau entstandenen Felsenkeller wegen der gleichmäßigen Temperatur, die in ihnen herrscht, zur Lagerung von Nahrungs- und Genußmittel nutzte. Später waren die Stollen dann ideale Lagerstätten für Bier und Malz.

Ab 1942 wurde fast jeder der rund 45 000 Quadratmeter unterirdischen Grundfläche im Berggebiet für öffentlich und private Schutzzwecke ausgebaut und entsprechend eingerichtet. Gegen Ende des Krieges wurden in die Stollen auch kriegswichtige Betriebe und ein Versorgungslager verlegt.

Am 22. Februar 1945, als ein Bombenteppich auf Stephansberg und Kaulberg nie-

Blick in die Zentrale der Rettungsleitstelle.



derging, gaben die Felsenkeller der Bevölkerung Schutz und Sicherheit.

Nach dem 2. Weltkrieg kehrte wieder Ruhe ein in Bambergs „Unterwelt“. Die Stollen verfielen und gerieten in Vergessenheit, bis 1966 ein Pkw unvermittelt in das Pflaster des Stephanplatzes einbrach und die einsturzgefährdeten Stollen in Erinnerung brachte.

Nach einem langen Tauziehen um die Sanierungskosten begann man 1982 in größerem Umfang Bambergs Stollenanlagen mit einem Kostenaufwand von ca. drei Millionen Mark zu sichern. Mit dem sogenannten Torkretierungsverfahren wurde das Gebirge vor Nachbrüchen geschützt.

Neue Nutzung

Sehr weit fortgeschritten ist das Vorhaben, die jetzt sanierten Stollenanlagen als Schutzbauten zu nutzen. Schon in diesem Jahr wird mit dem Ausbau der Felsenkeller als Schutzräume begonnen. Die Kosten trägt der Bund. Das Vorhaben wurde in drei Prioritäten eingeteilt. Im ersten Zug werden Schutzplätze für rund 1 400 Bamberger Bürger geschaffen. Die geplanten beiden weiteren Abschnitte bieten Raum für rund 2 000 sowie 600 Schutzplätze.

Insgesamt könnte bei einem entsprechenden Ausbau der gesamten weitverzweigten Anlage etwa 25 000 Bamberger Einwohner hier Schutz im Notfall finden. Eine Zahl, die bezogen auf die Einwohnerzahl weit über dem Schutzplatzangebot anderer deutscher Städte liegen würde.

Vorhanden sind in Bamberg rund 4 100 öffentliche Schutzplätze in zwei Mehrzweckanlagen. In einer 1984 gebauten Tiefgarage stehen 3 315, in der 1986 erstellten Tiefgarage der Stadtparkasse 800 Schutzplätze zur Verfügung.

Planung für den Verteidigungsfall

Die Planungen und Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall liegen in Bamberg in den Händen des Versorgungssicherstellungsamtes (Amt 35). Es hat für den Krisen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall einen besonderen Verwaltungsgliederungsplan erarbeitet. Der ZAP-Alarmkalender ist erstellt, die personelle Besetzung der Führungsämter (UK-Stellung) festgelegt. Abgeschlossen ist auch die Planung der Versorgungs- und Bedarfsdeckung im Rahmen der Sicherstellungsgesetze.

Notbrunnen wurden in Bamberg nicht erstellt. Man hat bewußt darauf verzichtet, da man die Unterhaltung solcher Brunnen als sehr kostenträchtig und aufwendig ansieht und im Notfall auf die Tiefbrunnen der vielen

BVS-Dienststellenleiter Helmut Schneider im Gespräch mit Sachgebietsleiter Manfred Müller, gleichzeitig BVS-Beauftragter in Bamberg.



Brauereien im Stadtgebiet zurückgreifen will. Geplant ist, eine große Wasser-Aufbereitungsanlage zu kaufen.

An Löschwasser mangelt es in Bamberg nicht. Die Regnitz, die die Stadt durchfließt, und auch der Rhein-Main-Donau-Kanal im östlichen Stadtteil sind ein großes Löschwasserreservoir. Dennoch wurden an zentralen Stellen der Altstadt unterirdische Löschwasserbehälter angelegt.

Vorbildliches flächendeckendes Rettungswesen

Eine der modernsten Rettungsleitstellen in Bayern hat das Bayerische Rote Kreuz am Rande der Stadt gebaut. Hier laufen seit 1981 alle Fäden eines gemeinsamen Hilfeleistungspotentials zusammen. Die Stadt Bamberg, der Landkreis Bamberg und der Landkreis Forchheim haben sich zu einem Rettungszweckverband zusammengeschlossen, in dem das Bayerische Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, der Malteser-Hilfsdienst und die Johanniter-Unfall-Hilfe mitwirken.

Standleitungen zu den sieben im Gebiet verteilten Rettungswachen der verschiedenen Hilfsorganisationen stellen sicher, daß die im Bayerischen Rettungsdienstgesetz festgelegte Hilfsfrist von 12 maximal 15 Minuten eingehalten wird. Die Rettungsleitstelle, eine Einrichtung des Präsidiums des BR, ist selbst mit acht hauptamtlichen Angestellten im Rettungsdienst besetzt.

Im gesamten vom Rettungszweckverband abgedeckten Gebiet können drei Rettungshubschrauber angefordert werden. „Christoph 18“ ist in Ochsenfurt, „Christoph 20“ in Bayreuth und „Christoph 27“ mit dem Rufnamen „SAR-74“ in Nürnberg stationiert.

Auf einem guten Weg

„Ich glaube, daß wir in Bamberg gute, positive Ansätze im Zivil- und Katastrophenschutz geschaffen haben und den Vergleich mit anderen gleichgroßen Städten nicht zu scheuen brauchen“, meint Oberbürgermeister Paul Röhner in einem Abschlußgespräch mit dem „Zivilschutz-Magazin“. Der gesamte Stadtrat und die mit dem Zivil- und Katastrophenschutz befaßten Ämter und Dienststellen würden dieser wichtigen Einrichtung zum Schutz der Bürger einen hohen Stellenwert einräumen, sagt Röhner und fügt hinzu: „Dies wird von mir nachhaltig unterstützt.“

Im weiteren Verlauf des Gesprächs verweist der Oberbürgermeister darauf, daß der geplante Ausbau der Bamberger Stollen zu Schutzräumen auch in Friedenszeiten von vielseitigem Nutzen sein könne. Die jüngsten Ereignisse z. B. in der Schweiz hätten gezeigt, „daß wir eigentlich jeden Tag gewappnet und bereit sein müssen, für den Schutz unserer Bürger zu sorgen“. Er freue sich, so Röhner, daß Bamberg auf einem guten Weg sei, „den ich für richtig halte, und den ich auch fortsetzen möchte“.



Bamberg's Oberbürgermeister Paul Röhner räumt dem Zivil- und Katastrophenschutz einen hohen Stellenwert ein.



Jahrhundertlang wurden die Felsenkeller als Lagerstätte für Nahrungs- und Genußmittel genutzt.

Auf den guten Stand der Organisation der Selbstschutzberater angesprochen, sagt der Oberbürgermeister: „Wir haben hier das Glück, daß wir gemessen an anderen Gemeinden eine überdurchschnittlich große Zahl freiwilliger Mitarbeiter haben, die sich mit großem Idealismus für die Sache einsetzen.“ Man sei froh, mit der jetzigen Mannschaft in etwa ein die Stadtfläche abdeckendes Netz von Selbstschutzberatern geschaffen zu haben.

Widerstand aus Teilen der Bevölkerung gegen Maßnahmen des Zivil- und Katastro-

phenschutzes gibt es in Bamberg nicht. „Ich glaube, daß an dieser Haltung der Bevölkerung in erster Linie die Erfahrung aus schweren zurückliegenden Zeiten beiträgt, die bei der älteren und alten Generation natürlich noch nicht vergessen sein kann, und es bei der jüngeren Generation auch geschätzt wird, daß es Frauen und Männer gibt, die über ihren Beruf und ihre Freizeit hinaus sich für die Allgemeinheit ausbilden lassen und bereitstehen für den Notfall.“

Diese bejahende Einsicht würde gestützt von der offiziellen aktiven Haltung des

Stadtrats und der Verwaltung, die sicher ihre positive Ausstrahlung habe, ergänzt Röhner. „Wir sind hier auf Aktivkurs und versuchen, den Zivil- und Katastrophenschutz einzuordnen nach seinen ihm zukommenden wichtigen Stellenwert. Es ist für uns eine Pflichtaufgabe, und wir sind bemüht, dieser Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen gerecht zu werden.“

Zum Schluß

Oberbürgermeister Röhner ist sich seiner Verantwortung um den Schutz und die Sicherheit seiner Bürger bewußt. Und dieses Verantwortungsbewußtsein setzt sich fort bis hin zu den Sachbearbeitern der mit diesen Aufgaben befaßten Ämter und Verwaltungsstellen.

Es ist nicht leicht, nach den Vorgaben der umfangreichen und komplizierten Gesetzeswerke von Bund und Land einen praxisbezogenen, leistungsfähigen Zivil- und Katastrophenschutz in den Gemeinden aufzubauen. Vor Ort sieht immer alles anders aus. Viele Unabwägbarkeiten, örtliche Besonderheiten und Widerstände von politischer Seite und aus einzelnen Gruppen der Bevölkerung stellen sich oft in den Weg.

Daß dieser Weg in Bamberg so erfolgreich begangen werden konnte, ist dem kooperativen Zusammenspiel aller politischen und administrativen Kräfte zu verdanken. Dies ist nicht immer so, und so kann Bamberg hier als ein positives Beispiel dienen. güse

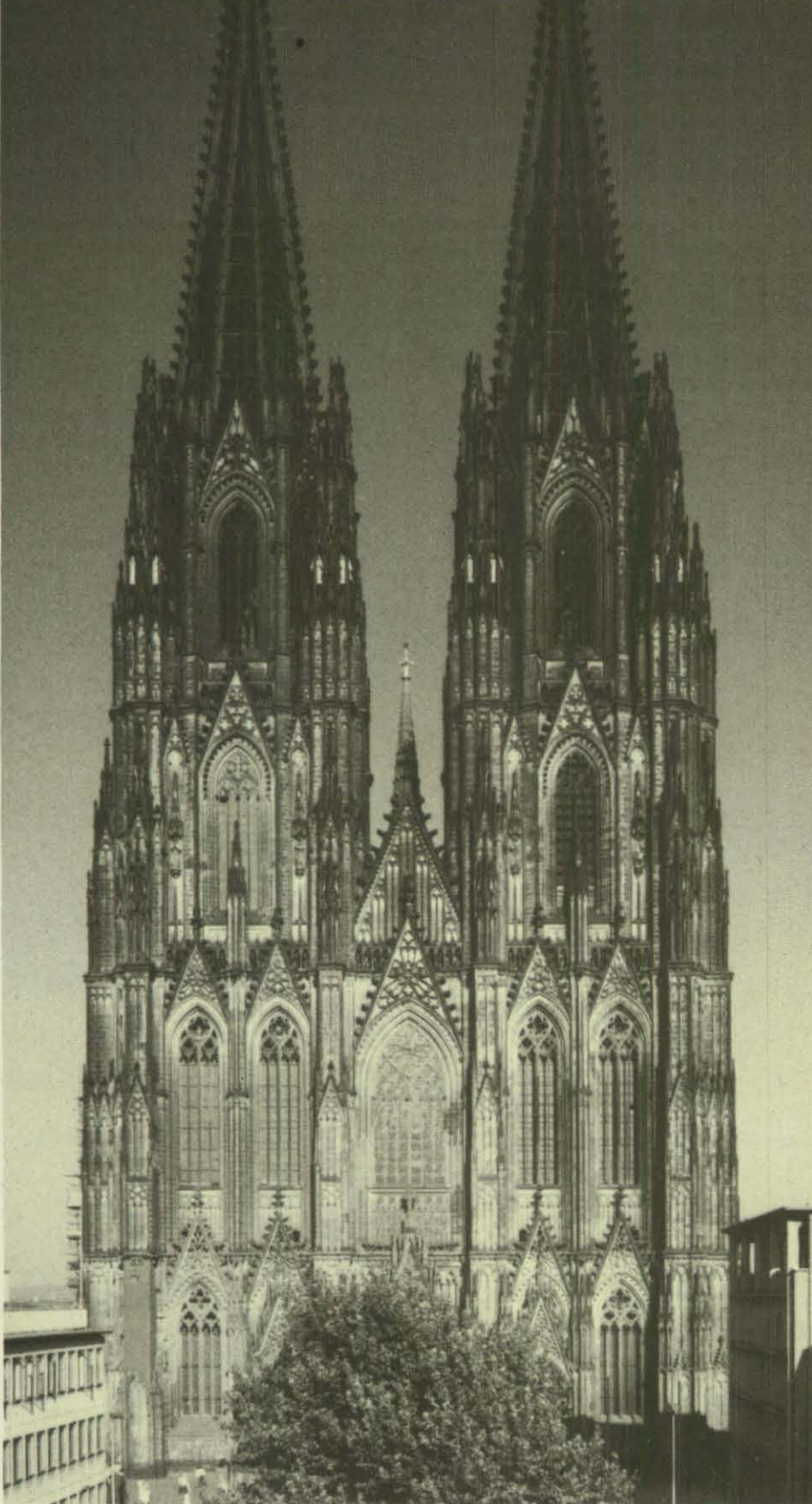


Ein sanierter Felsenkeller. Mit dem Torcretierungsverfahren wurde das Gebirge vor Nachbrüchen geschützt.

(Fotos: Stadt Bamberg 6, Sers 11)

Brandschutz zwischen Himmel und Erde

Vielfältige Vorkehrungen sollen den Kölner Dom vor Schaden bewahren



Domkloster 4. — Sollte diese Adresse einmal in einer Feuermeldung bei der Kölner Feuerwehr eingehen, so dürfte dies dort für einige Aufregung sorgen. Denn hinter dem Straßennamen und der Hausnummer „Domkloster 4“ verbirgt sich ganz einfach — der Kölner Dom. Wie jedes andere Gebäude in der Stadt trägt auch die Hohe Domkirche Köln — so die offizielle Bezeichnung — eine Hausnummer, die neben dem Hauptportal zu sehen ist.

Unter seiner „Anschrift“ ist der Dom auch im Einsatzleitreechner in der Einsatzzentrale der Kölner Berufsfeuerwehr zu finden. Die Feuerwehr widmet dem Schutz des Domes wegen seiner Bedeutung als kulturhistorisches Denkmal und als Wahrzeichen der Stadt besondere Aufmerksamkeit.

Besichtigung durch die Feuerwehr

Jeder Feuerwehrmann-Anwärter, der in Köln seine Ausbildung antritt, lernt in einer der ersten Ortsbesichtigungen den Dom kennen — vom „Keller“ bis zum Dach. Dazu gehört auch eine Turmbesteigung bis zum Aussichtsumgang und eine Begehung der Außengalerien am Fuß der Dächer.

Das „Zivilschutz-Magazin“ konnte an einer solchen Dombesichtigung der Feuerwehr teilnehmen und sich dadurch ein Bild über die brandschutztechnischen Schwerpunkte und die Vorkehrungen gegen Brandgefahren verschaffen.

Man muß sich die Dimensionen des Bauwerks Kölner Dom erst einmal vergegenwärtigen, will man die Aufgaben des Brandschutzes an dem Gebäude ermessen. Der Dom, 1880 nach 632 Jahren Bauzeit fertiggestellt, hat eine Grundfläche von etwa 8 000 m², seine größte Länge beträgt 144 m, die größte Breite 86 m. Die beiden Türme sind je 157 m hoch und der Dachreiter mißt 109 m. Der gesamte umbaute Raum beträgt 407 000 m³.

Dächer als Gefahrenpunkt

Da der Innenraum der Kathedrale eine relativ geringe Brandlast, d. h. wenig brennbare Stoffe, aufweist, besteht für die Feuerwehr nur ein einziger, dafür um so größerer, Gefahrenpunkt, nämlich die Dächer.

Insgesamt bilden die Dächer von Mittelschiff, Querhaus und Seitenschiffen eine Fläche von 12 500 m². Die Dachkonstruktionen, 1859—1883 erstellt, bestehen aus Walzeisen, das mit 35 mm starken Holzplanken belegt ist. Die Dachhaut bilden 2 mm starke Bleiplatten.

Enorme Brandlast

Beleuchtet man diese Dachkonstruktion einmal aus brandschutztechnischer Sicht,

so wird die enorme Brandlast deutlich. Ergeben doch die Holzplanken der Dachfläche eine gesamte Holzmenge von über 400 m³ – das dazu noch über 100 Jahre alt und zundertrocken ist.

Eine weitere Gefahr stellt die Bleibedeckung dar, die bei Hitzeeinwirkung verflüssigt und so bei einem Brand die Einsatzkräfte gefährden könnte.

Besonders problematisch ist für die Feuerwehr im Einsatzfall die eiserne Dachkonstruktion. Bedingt durch die Tatsache, daß Stahl bereits bei 500 °C die Hälfte seiner Festigkeit einbüßt, muß die Einsturzgefahr des Daches bei einem Brand als sehr hoch angesehen werden.

6 000 Quadratmeter Dachböden

Da der gesamte Dom bis zu den Turmspitzen durch eine Blitzschutzanlage geschützt ist und die Bleibedeckung eine Entzündung von außen verhindert, konzentrieren sich alle Maßnahmen zur Brandverhütung auf den Innenraum der Dächer. Denn die Gefahrenpunkte auf diesem insgesamt 6 000 m² großen Dachboden sind vielfältiger Natur.

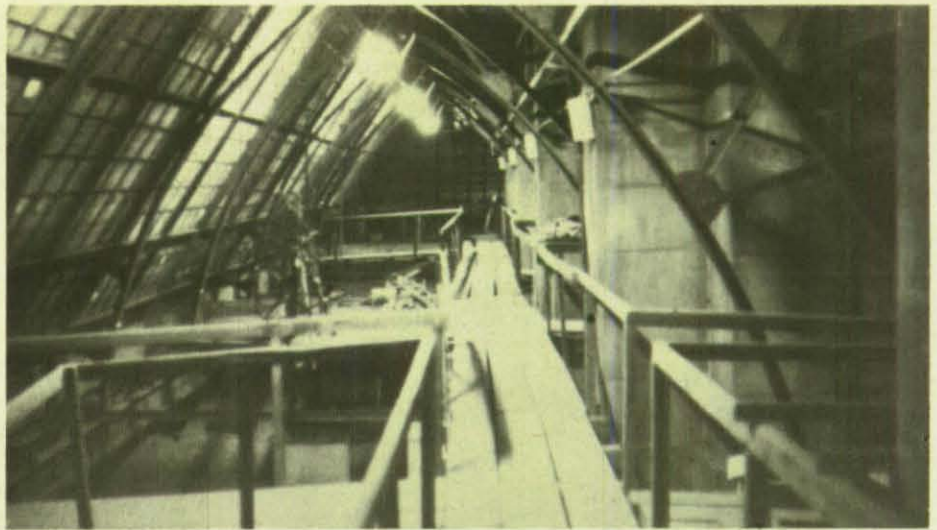
Erstaunt betritt man den Dachboden des 100 Meter langen Mittelschiffes. Hatte man einen dunklen, staubigen Raum erwartet, so ist man verblüfft vom hellen Neonlicht, von den vielfältigen Arbeitsgeräuschen und vom emsigen Treiben einer Anzahl von Handwerkern.

Werkstatt im Kölner Dom

Eine Kreissäge kreischt, eine Bohrmaschine surrt, es wird gehämmert und geschraubt. Man hat den Eindruck, eine Schlosser- oder Schreinerwerkstatt zu besuchen. Und – obwohl man sich in einer Kirche befindet – dieser Eindruck stimmt tatsächlich. Denn selbst die wenigsten Kölner wissen, daß mehr als zehn Handwerker – Dachdecker, Zimmerleute und Steinmetze – ihren ständigen Arbeitsplatz auf dem Dachboden des Domes haben.

Diese Werkstatträume sind in brandschutztechnischer Hinsicht nicht ungefährlich, denn die vielfältigen Elektrowerkzeuge mit ihrer Hitze- und Funkenbildung sowie die Möglichkeit menschlichen Versagens – man denke nur an das Rauchverbot – sind schon ein großes Gefahrenpotential.

Gefahrerhöhend wirkt auch die Stromversorgung auf dem Dachboden. In zwei Stromkreise unterteilt, kennzeichnen farblich unterschiedliche Kabel den stadt-eigenen Stromkreis für die Außenbeleuchtung des Domes sowie den „hauseigenen“ Stromkreis für die Beleuchtung des Dachbodens und die Stromversorgung der Werkstätten. In der kilometerlangen Verka-



Deutlich ist die Walzeisenkonstruktion – hier eines Kapellendaches – zu erkennen, links die Holzbeplankung mit der darüberliegenden Bleibedeckung.

belung lassen sich Fehlerquellen nicht mit Sicherheit ausschließen.

Große Anstrengungen beim Brandschutz

Den vielfältigen Gefahren, die zu einem Brand führen können, wird von seiten der Dombauverwaltung mit großer Anstrengung entgegengewirkt. Wie Dombaumeister Prof. Dr. Arnold Wolff dem „Zivilschutz-Magazin“ versicherte, wird in diesen Anstrengungen auch in den kommenden Jahren nicht nachgelassen:

Zu den festen Brandschutzvorkehrungen zählen die Doppel-Steigleitungen an fünf Stellen rund um das Bauwerk, die jeweils zur Außengalerie am Fuße der Kapellendächer in etwa 25 Meter Höhe führen und mit der zweiten Leitung auf der Außengalerie am Fuße des hohen Daches in etwa 45 Meter Höhe münden.

An jedem Abgabepunkt der Steigleitungen, die alle in der Nähe eines Zugangs zum Dachboden liegen, sind ausreichendes Schlauchmaterial und Feuerlöscharmaturen in Stahlschränken untergebracht. In unmittelbarer Nähe der Einspeisepunkte der Steigleitung am Erdboden befindet sich jeweils ein Unterflurhydrant.

Zur Bekämpfung von Entstehungs- und Kleinbränden stehen auf dem Dachboden acht fahrbare Pulverlöcher mit je 50 kg Löschpulver bereit. Darüber hinaus sind im gesamten Dom – mit Schwerpunkt Dachboden – noch etwa fünfzig tragbare Pulverlöcher vorhanden.

Neue Elektroinstallation

Dombaumeister Wolff erläuterte das Konzept des vorbeugenden Brandschutzes im Dom für die kommenden Jahre. Danach ist



Der 109 Meter hohe Dachreiter (oben) ruht im Innern auf einer mächtigen Stahlkonstruktion (unten).



vor allen Dingen für 1987 die Erneuerung der gesamten Elektroinstallation im Dachbereich vorgesehen. Von den 7,5 Millionen DM, die in diesem Jahr für die Erhaltung des Bauwerks Dom aufgewendet werden, sind allein 800 000 DM für die Erneuerung eingeplant.

Als weitere Maßnahme ist eine Verlagerung der Werkstatt Räume in den Bereich zwischen den beiden Türmen geplant, wo sie eine brandsichere Decke erhalten und vom Dachbereich durch feuerfeste Abgrenzungen getrennt werden. Damit ist es möglich, daß der Dachboden völlig frei und übersichtlich wird.

Lehren aus Dachstuhlbrand

Aus dem Dachstuhlbrand der Agneskirche, der flächenmäßig zweitgrößten Kölner Kirche, vor einigen Jahren konnte die Dombaupverwaltung Lehren ziehen. Während im Dom die Gewölbe der Innenräume nach oben offen und ungeschützt sind, sind sie in der Agneskirche durch eine zusätzliche, durchgehende Decke geschützt. Diese Decke leitete beim Brand das Löschwasser nach außen ab und trug auch den Brandschutt des Dachstuhls.

So blieb der Innenraum der Kirche weitgehend unbeschädigt von dem Brand, während ein ähnliches Feuer beim Dom ungleich größere Folgen haben würde. Denn die ungeschützten Gewölbe würden dem Löschwasser keinen nennenswerten Widerstand bieten können und wären bei einem Zusammenbruch des Dachstuhls auch nicht vor Einsturz sicher.

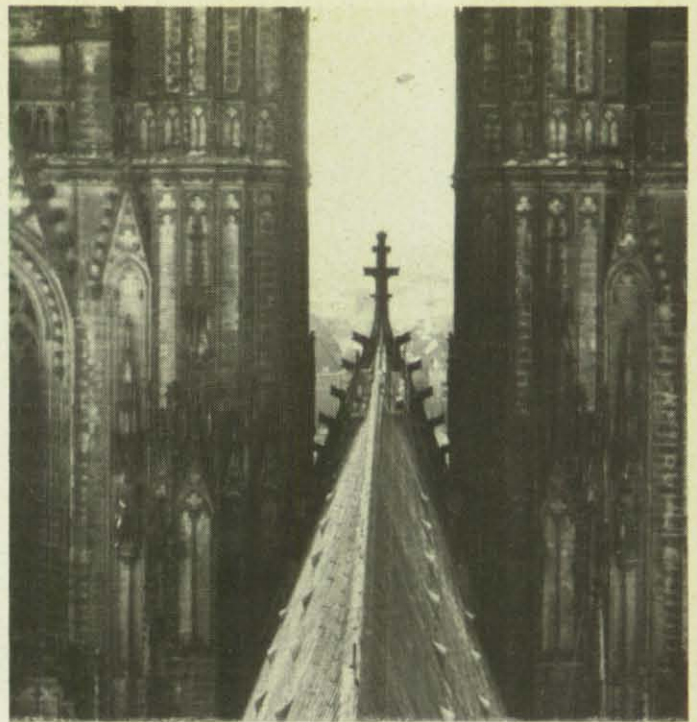
Damit kämen die unersetzlichen Kunstschätze des Domes in direkte Gefahr. Weil sich der Großteil der Kunstschätze — Dreikönigenschrein, Altarbilder und Statuen — wegen seiner Größe bei Gefahr nicht weggeschaffen läßt, hätte ein Gewölbeeinsturz fatale Auswirkungen.

Für den Dombaumeister hat darum der Einbau einer Stahlbetondecke über den Gewölben im Rahmen der Brandschutzmaßnahmen eine hohe Priorität. Wie überhaupt der Brandschutz des Domes für Wolff stets im Vordergrund steht. Besonders deutlich wurde das nach seinem Amtsantritt 1972, als er eine große hölzerne Treppe, die vom Dachraum zum Dachreiter führte, als Gefahr erkannte und sie kurzerhand abbrennen ließ.

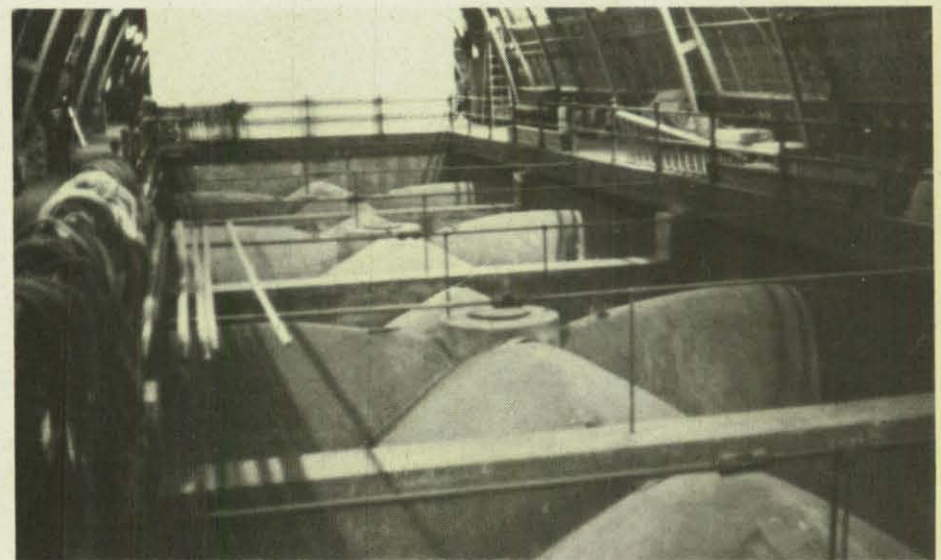
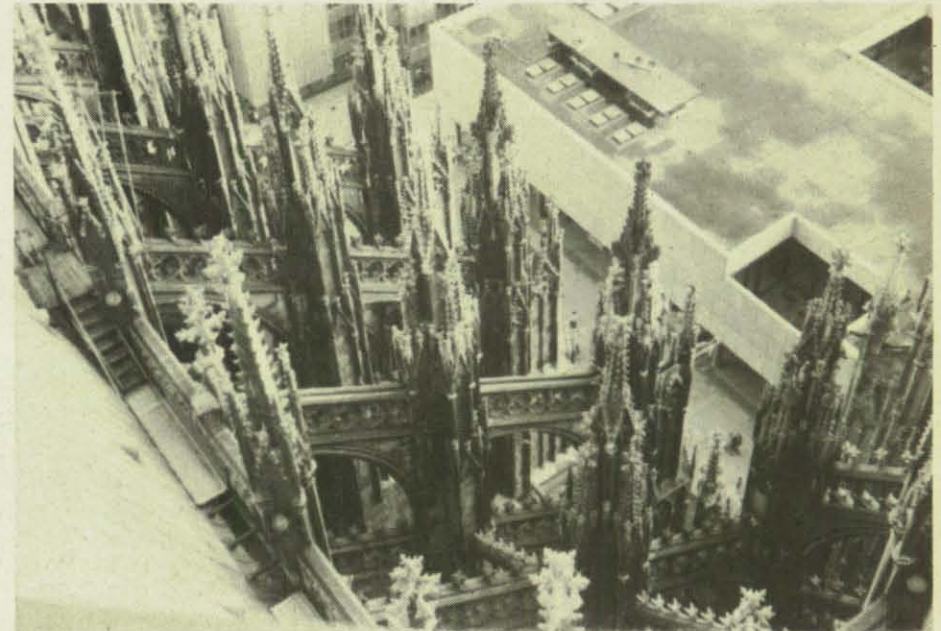
Alarmstufe vier

Wenn aber trotz aller Bemühungen um den Brandschutz doch einmal eine Feuermel-

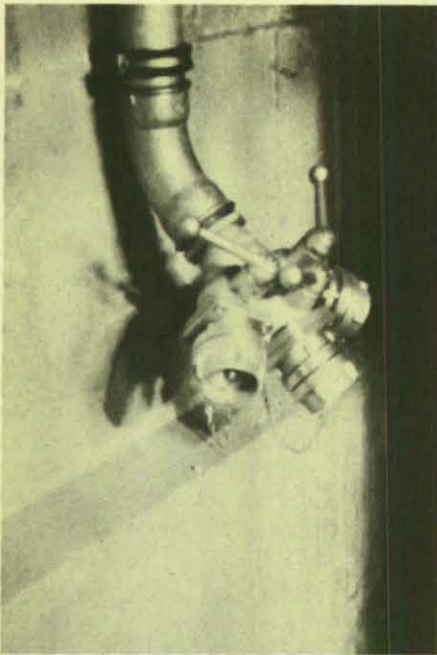
Rechts: Blick vom Dachreiter auf das hohe Dach in Richtung der beiden Türme, bemerkenswert ist dabei der starke Neigungswinkel der Dachflächen.



Unten: Am Fuß des Daches (unten links) ist die Außengalerie zu erkennen, der „Fußweg“ der Feuerwehr bei der Dombegabung — und auch im Einsatzfall.



Rechts: Die Gewölbedecken der Innenräume sind nach oben ohne Schutz vor Löschwasser oder Brandschutt.



dung betreffend „Domkloster 4“ bei ihr einget, gilt für die Feuerwehr automatisch Alarmstufe vier. Das bedeutet, daß vier Wachbesatzungen ausrücken. In diesem Fall sind das die innerstädtische Feuerwache 1 — zu deren Bereich der Dom gehört und wo sämtliche Schlüssel dazu aufbewahrt werden —, die Feuerwache 2 in der Kölner Südstadt, die Feuerwache 5 im Norden und die Feuerwache 10 von der rechten Rheinseite.

Nach einem genau festgelegten Einsatzplan fährt jede Wache den ihr zugewiesenen Abschnitt an. Auch die Standpunkte der einzelnen Fahrzeuge sind festgeschrieben. Den insgesamt vier Drehleitern sind bestimmte Anleiterpunkte an der unteren Außengalerie zugewiesen, die sich in der Nähe der Abgabepunkte der Steigleitungen befinden.

Regelmäßige Übungen

Der Einsatzablauf wird in bestimmten Abständen geübt. Der Autor konnte kurze Zeit nach der Dombegehung eine solche Übung verfolgen.

Grundsätzlich werden die Übungen am Dom in den späten Abendstunden durchgeführt, da wegen der Vielzahl von Passanten eine Übung am Tage nicht möglich wäre.

Die Anfahrt der Einsatzfahrzeuge geschieht problemlos, denn bei der Neugestaltung der Domumgebung wurden auch solche Fälle berücksichtigt und die Zu- und Durchfahrten sowie die Standplätze für die schweren Fahrzeuge entsprechend groß dimensioniert.

Man merkt, daß diese Übung für die Beamten der Berufsfeuerwehr kein Neuland ist. Die Plazierung der Drehleitern, das Herrichten der Unterflurhydranten und der Aufbau der Wasserversorgung zu den Steigleitungen klappt reibungslos — geübt ist eben geübt.

Starke körperliche Belastung

Nur auf die Männer der Angriffstrupps kommt noch eine Menge Arbeit zu. Im Korb der Drehleiter geht es noch ziemlich bequem auf 25 Meter Höhe hinauf. Doch dann stehen 108 Stufen bis zur oberen Außengalerie vor ihnen — unter schwerem Atemschutz auf einer extrem schmalen

Links: Die Einspeisepunkte der Doppel-Steigleitung am Erdboden, die zur unteren („U“) und zur oberen („O“) Außengalerie führen.

Mitte: Abgabepunkt der „U“-Leitung auf der Außengalerie in 25 Metern Höhe.

Oben: Abgabepunkt der „O“-Leitung — hier im Dachraum — in 45 Metern Höhe.



Acht fahrbare Pulverlöscher mit je 50 Kilo Löschpulver sind über den Dachboden verteilt. (Fotos: Claes [10], Gaertner)

Wendeltreppe eine starke körperliche Belastung.

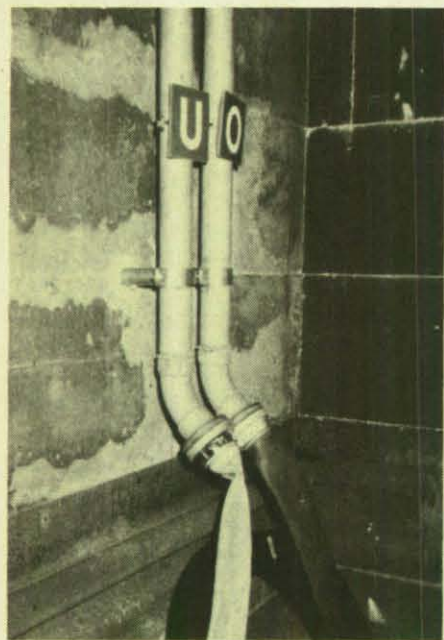
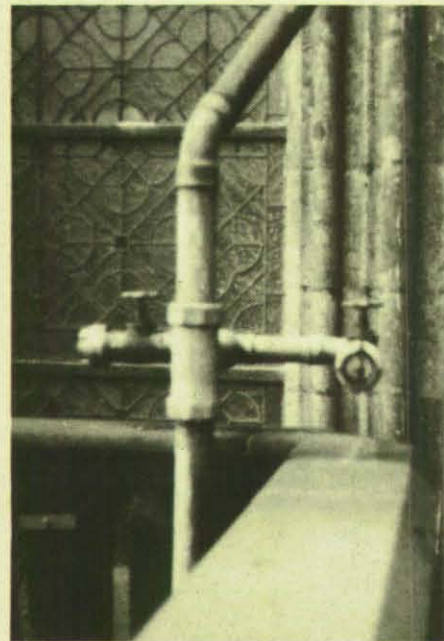
Die Übung verläuft zwar trocken, doch im Ernstfall müßten die Männer nach ihrem Aufstieg noch einen Löschangriff durchführen. Es liegt auf der Hand, daß die Einsatzkräfte unter diesen Bedingungen rascher als normal abgelöst werden müssen. Dazu zwingt schon der schneller zur Neige gehende Luftvorrat in den Atemschutzgeräten. Für Nachschub an Atemluftflaschen sorgt der Gerätewagen Atemschutz.

Besorgnis bei den Zuschauern

Von mehreren Lichtmasten erhellt, ruft die Szenerie trotz der späten Stunde eine Vielzahl Schaulustiger auf den Plan. Am Einsatzleitbus, wo die Fäden des Geschehens zusammenlaufen, werden immer wieder bange Fragen gestellt: „Was ist los? — Brennt der Dom?“

Man spürt deutlich die Besorgnis vieler, daß „ihrem Dom“ etwas geschehen könnte. Und diese Besorgnis teilen auch Dombaupverwaltung und Feuerwehr. Neue Techniken und gewandelte Erkenntnisse werden auch in Zukunft zu immer neuen Überlegungen zwingen, wie der Brandgefahr des Kölner Domes begegnet werden kann.

Zum Schluß ein weniger ernsthaftes Fazit aus lokaler Sicht: Da der Brandschutz zum Gesamtkomplex Baumaßnahmen am Dom zählt, wird in diesen Überlegungen nicht nachgelassen werden können, denn — wie der Volksmund sagt — „wenn der Dom fertig ist, geht die Welt unter“. — cl —



Dr. Vjenka Garms-Homolová, Institut für Soziale Medizin
der Freien Universität Berlin

„Erste-Hilfe-Kenntnisse gehören zum elementaren Gesundheitswissen“

Abbau der Schwellenangst bei Ersthelfern, Abbau von psychischen
und sozialen Barrieren

In vielen Bereichen der Gesundheitsversorgung, des Umweltschutzes und des Gemeinwesens ganz allgemein gewinnen Laienhelfer, Selbsthilfegruppen und informelle Initiativen zunehmend an Bedeutung. Nun erleben wir eine *Aufwertung der Laien* auch auf dem Gebiet der *Ersten Hilfe*. Der Ruf nach der Stärkung des Laienpotentials ertönt bezeichnenderweise aus den Reihen der Fachleute des Rettungswesens — vor allem der Ärzte — am deutlichsten. Dabei schien im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre, in denen die professionellen Rettungssysteme ausgebaut und technisch perfektioniert wurden, das Engagement der Laien in der Ersten Hilfe an Bedeutung einzubüßen. Angesichts der verfügbaren Technik und Medikamente sowie der Fachqualifikation von Ärzten, die in der mobilen Rettung tätig sind, entstanden sogar Zweifel, ob die Erste-Hilfe-Maßnahmen den Laien überlassen werden dürfen.

Heute ist diese Meinung überholt. Den Laien werden eigenständige Aufgaben zuerkannt, sogar solche, die bislang für die ausschließliche Domäne der Professionellen gehalten wurden (etwa im Bereich der Herz-Lungen-Wiederbelebung). Ja, vielmehr noch: Die Notfallmeldung und am Notfallort die ersten Handgriffe von Laien stellen ganz offensichtlich die Weichen für den Verlauf und die Erfolgchancen aller nachfolgenden professionellen Maßnahmen (für eine Übersicht siehe GARMS-HOMOLOVA & SCHAEFFER, SCHEPERS, 1986).

Unklar bleibt allerdings, ob genügend hilfsbereite Laien zur Verfügung stehen, die in der Lage sind, in Notfallsituationen zu handeln und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen.

Bereits die Hilfsbereitschaft stellt ein wesentliches Problem dar. Warum scheuen

so viele Menschen, in Notfallsituationen die Hand anzulegen?

Hilfsbereitschaft und Handlungskompetenz

Ergebnisse von Umfragen in der allgemeinen Bevölkerung (WEISSBRODT 1981; KUSCHINSKY et al. 1985) bei Personen, die in der Ersten Hilfe ausgebildet waren (WAHL & SPITZER 1976; SEFERIN et al. 1986), und bei Verkehrsteilnehmern (METREVELI 1979) bescheinigen der bundesrepublikanischen Bevölkerung eine beträchtliche Hilfsbereitschaft (METREVELI 1979; SEFERIN et al. 1986). Und dennoch bleibt die Erste Hilfe durch Laien in konkreten Notfallsituationen eine verhältnismäßig seltene Erscheinung — so die Erfahrungsberichte aus dem Rettungswesen und einige wenige gezielte Bestandsaufnahmen zu diesem Thema (SEFERIN & EILMES 1975; NÖTGES & THIMME 1980; KUSCHINSKY et al. 1981; WEISSBRODT 1981 etc.).

Die Bekundungen von Hilfsbereitschaft sind sozial erwünscht und entsprechen der gesellschaftlichen Erwartungshaltung. Zwischen ihnen und der tatsächlichen Handlungsbereitschaft bei Notfällen klaffen Welten. Trotz der gestiegenen Anzahl derer, die in den Sofortmaßnahmen am Notfallort unterwiesen wurden oder die Erste-Hilfe-Ausbildung absolviert haben, vergrößert sich die Gruppe der Handelnden nur unwesentlich (KUSCHINSKY et al. 1981).

Es sind insbesondere folgende Annahmen, die manch einen Mitbürger vom konkreten Engagement abzubringen scheinen (ders.):

1. In der Bevölkerung hat sich der Glaube festgesetzt, daß bereits genügend Menschen in den Erste-Hilfe-Maßnahmen ausgebildet seien. Dieser Glaube verlei-

tet viele Personen dazu, sich darauf zu verlassen, daß in Notfallsituationen jemand anderes eingreifen würde.

2. Die Reichweite und Leistungsfähigkeit professioneller Rettungssysteme wird von zahlreichen Bundesbürgern überschätzt. Der eigene Beitrag zur Bewältigung von Notfallsituationen erscheint ihnen deshalb als überflüssig.
3. Darüberhinaus — so die dritte Annahme — sei das Eingreifen von Laien selten sachgerecht und könne den Notfallopfern weitere Schäden zufügen.

Diese Annahmen, die auf Fehlinformationen und Vorurteilen beruhen, beeinträchtigen nicht lediglich die Handlungsbereitschaft in Notfallsituationen, sondern bereits die Motivation, sich in Erster Hilfe ausbilden zu lassen.

Darüberhinaus beeinflussen zahlreiche psychologische und psychosoziale Faktoren sowohl die Hilfsbereitschaft als auch die tatsächliche Handlungskompetenz. Relevante Forschungsergebnisse verbergen sich in der psychologischen, sozialpsychologischen und soziologischen Fachliteratur hinter den Begriffen „*prosoziales Verhalten*“ und „*Altruismus*“. So wurde herausgefunden, welche Merkmale der Notfallsituation vor Ort, welche Beziehungen zwischen den dort anwesenden Personen (ob Laien oder Laien und Professionelle des Rettungswesens) und welche weitere situative Faktoren die Handlungsfähigkeit hemmen bzw. positiv beeinflussen. Ähnliche Aussagen konnten zum Erscheinungsbild des Opfers, zu bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen des potentiellen Laienhelfers, zu seiner Betroffenheit durch die Notfallsituation und zum Image des helfenden Verhaltens in der Gemeinschaft getroffen werden, der der potentielle Helfer angehört (DARLEY & 1968; LATANE & RODIN 1969; PILIAVIN et al. 1969; LATANE & DARLEY 1970; SCHWARTZ 1968 a, b; MCGOVEN 1976; MILGRAM 1965; SCHOPLER & MATHEWS 1965; HOROWITZ 1968; BRYAN & TEST 1967; GORANSON & BERKOWITZ 1966; GREENGLASS 1969; THOMAS & BATSON 1981). Über die Ursachen der Barrieren, die dem helfenden Verhalten im Wege stehen, liegen also zahlreiche Erkenntnisse vor.

Helfen will gelernt sein

Aus allen vorliegenden Erkenntnissen läßt sich ableiten, daß die Bereitschaft zu helfen und das helfende Verhalten wesentliche soziale Kompetenzen darstellen, die — ebenso wie andere soziale Fähigkeiten — gelernt werden müssen. Bedauerlicherweise wurde dies im Bereich des Rettungswesens und der Erste-Hilfe-Ausbildung bislang kaum zur Kenntnis genommen. Dabei implizieren diese Untersu-

chungsergebnisse die Forderung nach der Überprüfung und Veränderung der Erste-Hilfe-Ausbildung in konzeptioneller, speziell auch in inhaltlicher und methodischer Hinsicht. Es geht darum, daß in den Kursen nicht nur Erste-Hilfe-Fertigkeiten im engeren Sinne (z. B. Notfallmeldung, Lagerung, Atemspende etc.) gelernt werden sollen, sondern auch die *sozialen Fähigkeiten* „Hilfsbereitschaft“ und „prosoziales Verhalten“. Hier sollte auch die *Stärkung des Selbstvertrauens* der potentiellen Helfer im Vordergrund stehen. Sie sollen darauf vorbereitet werden, daß die Notfallsituation komplex und kompliziert ist und daß die erste Aufgabe darin besteht, die *Situation zu überschauen*. Wichtig ist, die Angst vor dem Versagen abzubauen. Dies soll durch die Vermittlung von solidem Sachwissen und Sachkönnen gefördert werden; durch die Darstellung positiver Beispiele von Laienleistungen, durch das stufenweise Heranführen an Verletzungen und Erkrankungen und durch die Beseitigung maximalistischer Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und -möglichkeit der Laien.

Zielgruppengerechte Ansprache

Damit jedoch solche verbesserten Ausbildungsprogramme greifen, wird es notwendig sein, auch die Formen der Ansprache zu verändern und auf die Eigenarten bestimmter Zielgruppen zuzuschneiden. Zugleich sollte breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit die Komponente der gesellschaftlichen Erwünschtheit des helfenden Verhaltens stärken und das geringe Ansehen der Ersten Hilfe verbessern — das sich in den jüngst durchgeführten Umfragen widerspiegelt (KUSCHINSKY et al. 1985).

Dies scheint unerlässlich, will man das Potential an Ersthelfern mittel- und langfristig vergrößern. Gegenwärtig werden von Ausbildungsprogrammen der Sofortmaßnahmen am Notfallort die Führerscheinbewerber, von jenen der Ersten Hilfe insbesondere Angehörige ausgewählter Berufe erreicht: wohl auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften. Bevölkerungsgruppen, die in solchen Gruppierungen unterrepräsentiert sind, werden durch Ausbildungsprogramme selten angesprochen. Dabei handelt es sich vielfach um „Risikopersonen“, die durch Notfälle besonders gefährdet sind und zugleich als *Notfallzeugen* überdurchschnittlich häufig in Erscheinung treten:

- Ältere Menschen (gefährdet durch internistische Notfälle sowie Unfälle jeder Art)
- Personen ohne Führerschein (die als Fußgänger und Radfahrer durch Verkehrsunfälle besonders gefährdet sind)
- Frauen (gefährdet durch häusliche Unfälle)

- Jugendliche (gefährdet durch Sportunfälle)
- Personen mit niedrigerem Bildungsniveau (gefährdet durch Berufs- und Arbeitsunfälle).

Wiederholungsangebote zur Verfestigung und Auffrischung der Erste-Hilfe-Kenntnisse und -Fertigkeiten, deren Relevanz für konkrete Hilfeleistungen unbestritten ist, erreichen weitgehend die ohnehin bereits motivierten und häufig geübten Helfer (SEFERIN et al. 1986). Nicht diese, sondern alle anderen Laien sollen daher aufgeklärt, als Zielgruppen erkannt und angesprochen werden.

Realitätsgerechte Aufklärung

Wie kann man dazu beitragen, daß Schwellenängste, psychische und soziale Barrieren abgebaut werden, jene Schwellenängste, die sich im Desinteresse an Ausbildungsprogrammen niederschlagen und die es zugleich verhindern, daß sich potentielle Hilfsbereitschaft in konkreten Hilfeleistungen realisiert?

In erster Linie geht es darum, die Notfallsituationen *realitätsgerecht* darzustellen. Das betrifft insbesondere die Häufigkeit und Verteilung der verschiedenen Notfallarten, das Umfeld von Notfällen und Notfallorten. Daß die krankheitsbedingten Notfälle häufiger sind als verschiedene Unfallarten, ist den wenigsten Bürgern bekannt. Und genauso wissen viele nicht, daß nicht nur die Straße, sondern vor allem die Privatwohnung und der Arbeitsplatz zu sehr häufigen Notfallorten gehören. Eine realitätsgerechte Darstellung muß die Information darüber einschließen,

- daß die Wahrscheinlichkeit, selbst „Opfer“ von Notfällen und Unfällen zu werden ausgesprochen groß ist,
- daß Notfälle in der Privatsphäre außerordentlich häufig sind,
- daß die Zahl der Notfälle und Unfälle im Freizeit- und Sportbereich ansteigt,
- daß eine Notfallsituation selten ein kollektives Geschehen ist, an dem viele Personen beteiligt sind, sondern daß der Helfer sehr häufig auf sich allein gestellt ist,
- daß wahrscheinlich die uns am nächsten Stehenden unsere Hilfe benötigen werden, während es weniger wahrscheinlich ist, daß wir fremden Personen helfen sollten,
- daß die Erste Hilfe nicht nur bei spektakulären Notfällen mit schwerstverletzten, blutüberströmten, ekelerregenden und bereits klinisch toten Opfern benötigt wird, sondern auch bei alltäglichen Bagatellnotfällen,
- daß die Ersthelfer Aufgaben haben, die genauso wichtig sind, wie die Aufgaben der professionellen Retter,

- ja, daß die Professionellen auf die Vorleistung der Laienhelfer ausgesprochen angewiesen sind, wenn sie effektiv arbeiten wollen,
- daß die Leistungsfähigkeit professioneller Rettungsdienste Grenzen hat und wo diese Grenzen liegen.

Damit ist gemeint, daß die Bevölkerung über die Funktion und Arbeitsweise des organisierten Rettungssystems genauer und umfassender Bescheid wissen sollte und daß sie daher mehr Informationen und weniger Propaganda erhalten müßte.

- Gemeindebezogene Information und lokale Darstellungen sind angesichts der Unterschiede in der Arbeitsweise der Rettungsdienste unbedingt zu begrüßen.
- Zudem ist zu erwarten, daß solche gemeindebezogenen Informationen und Darstellungen mit lokalem Charakter das individuelle Engagement und die Hilfsbereitschaft stärken werden.
- Bezüglich der „Pflicht“ zur Hilfeleistung sollte unbedingt Zurückhaltung geübt werden. Sie ist zweischneidig und kann zur Zerstörung der spontanen Hilfsbereitschaft führen.
- Die Aufklärung muß die Unterrichtung über rechtliche Probleme des Helfens und Haftungsfragen realitätsgerecht anbieten.

Für die Aufklärung und Ausbildung sowie für Programme zur Auffrischung der eventuell in Vergessenheit geratenen Erste-Hilfe-Fertigkeiten muß die Erprobung neuer, attraktiver Formen und eine phantasievolle Ansprache entwickelt werden. Solche Aufklärungs- und Ausbildungsangebote sollen *auf die genannten Zielgruppen zugehen* und sie in den alltäglichen Situationen aufsuchen. Das sind die gleichen Situationen, in denen sich auch die Mehrheit der Notfälle ereignet. Deshalb sollen sie zum Ausgangspunkt der Aufklärung und Ausbildung gemacht werden („Hilfe deinem herzfarktgefährdeten Mann, helfe deinem Kind bei häuslichen Unfällen“).

Seit einiger Zeit steigt das allgemeine Interesse an Fragen der Gesundheit und der Prävention. Dies schlägt sich in der zunehmenden Popularität verschiedener Kurse zur Gesundheitserziehung nieder. Diese Tendenzen sollten auch für die Erste-Hilfe-Ausbildung genutzt werden. *Erste-Hilfe-Kenntnisse gehören zum elementaren Gesundheitswissen*. Deshalb sollte die Erste-Hilfe-Ausbildung nicht länger von der allgemeinen Gesundheitserziehung getrennt werden.

Literatur:

BERGNER, L., M. BERGNER, A. P. HALLSTROM et al. (1983): Service Factors and Health Status of Survivors of Out-of-Hospital Cardiac Arrest. In: American Journ. of Emergency Medicine, 1, (3), 259—263

BRYAN, J. H. & M. A. TEST (1967): Models and Helping: Naturalistic Studies in Aiding Behavior. In: Journ. of Personality and Social Psychology, 6, 400-407

CARTER, W. B., M. S. EISENBERG, A. P. HALLSTROM & S. SCHAEFFER (1984): Development and Implementation of Emergency CPR Instruction via Telephone. In: Annals of Emergency Medicine, 13, 695 bis 700

DARLEY, J. M. & B. LATANE (1968): Bystander Intervention in Emergencies: Diffusion of Responsibility. In: Journ. of Personality and Social Psychology, 8, 377 bis 383

GARMS-HOMOLOVA, V. & SCHAEFFER, D. & J. SCHEPERS (1986): Literaturanalyse „Wirksamkeit des Rettungswesens“, Bergisch Gladbach: Bundesanstalt für Straßenwesen, Untersuchungen zum Rettungswesen, Bericht 16

GORANSON, R. & L. BERKOWITZ (1969): Reciprocity and Responsibility Reactions to Prior Help. In: Journ. of Personality and Social Psychology, 3, 277-282

GREENGLASS, E. R. (1969): Effects of Prior Help and Distance on Willingness to Help Another: Reciprocity of Social Responsibility. In: Journ. of Personality and Social Psychology, 11, 224-231

KIVELÄ, S. L. (1982): Resuscitation Skills Among the Population. In: Acta Anaesthesiologica Scandinavica, 26, 626-627

KUSCHINSKY, B., R. SCHMIEDEL, H. PHILIPPEN et al. (1985): Vergleich des Rettungswesens in Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Bereich Erste Hilfe, Bericht zum Forschungsprojekt 8213 der Bundesanstalt für Straßenwesen, Bereich Unfallforschung, Bergisch Gladbach, unveröffentlichtes Manuskript

LATANE, B. & J. DARLEY (1970): The Unresponsive Bystander: Why Doesn't He Help? New York: Appleton - Century Corfcs

LATANE, B. & J. RODIN (1969): A Lady in Distress: Inhibiting Effects of Friends and Strangers on Bystander Intervention. In: Journ. of Experimental Social Psychology, 5, 189-202

MCGOVERN, L. P. (1976): Dispositional Social Anxiety and Helping Behavior Under Three Conditions of Threat. In: Journ. of Personality, 44, 84-97

METREVELI, S. (1979): Beobachtung des Verhaltens am Unfallort. Untersuchungen zum Rettungswesen, Bericht 5, Bundesanstalt für Straßenwesen (Hg.), Köln

NÖTGES, A. & W. THIMME (1980): Ergebnisse des Berliner Notarztwagensystems. In: Intensivmedizin, 17, 203-209

PILIAVIN, I. M., J. RODIN & J. A. PILIAVIN (1969): Good Samaritanism: An Underground Phenomenon? In: Journ. of Personality and Social Psychology, 13, 280 bis 299

SCHWARTZ, S. H. (1968a): Words, Deeds, and the Perception of Consequences and Responsibility in Action Situations. In: Journ. of Personality and Social Psychology, 10, 232-242

SCHWARTZ, S. H. (1968b): Awareness of Consequences and the Influence of Moral Norms on Interpersonal Behavior. In: Sociometry, 31, 355-369

SCHOPLER, J. & M. W. MATHEWS (1965): The Influence of the Perceived Casual Locus of Partners Dependence on the Use of Interpersonal Power. In: Journ. of Personality and Social Psychology, 2, 609-612

SEFRIN, P. & H. EILMES (1975): Maßnahmen der Ersten Hilfe bei 939 Unfalltoten. In: Anaesthesist, 24, 534 bis 540

SEFRIN, P., R. SCHÄFER & M. ZENK (1986): Effektivität der Ersten Hilfe Ausbildung. Bergisch Gladbach: Bundesanstalt für Straßenwesen, Untersuchungen zum Rettungswesen, Bericht 14

THOMAS, G. & C. D. BATSON (1981): Effect of Helping Pressure on Self-Perceived Altruism. In: Social Psychology Quarterly, Vol. 44, 2, 127-131

WAHL, J. & G. SPITZER (1976): Effizienz verschiedener Ausbildungskurse zu „Sofortmaßnahmen am Unfallort“. Untersuchungen zum Rettungswesen, Bericht 3, Bundesanstalt für Straßenwesen (Hg.), Köln

WEISSBRODT, G. (1981): Erste-Hilfe-Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesanstalt für Straßenwesen (Hg.), Köln, Manuskript.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Katastrophenschutzschule Bayern in Geretsried ist ab sofort die Stelle eines

Lehrgruppenleiters „Technik“

zu besetzen.

Die Einstellung erfolgt als Verwaltungsangestellter in Vergütungsgruppe IVa BAT (während der Probezeit in VergGr IVb BAT; Bewährungsaufstieg nach VergGr III BAT ist möglich).

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere das Durchführen von Aus- und Fortbildungslehrgängen im technischen Bereich für freiwillige Helfer der Katastrophenschutzeinheiten, z. B. Ausbildung von Kraftfahrern, Gerätewarten, Atemschutzgeräteträgern usw. Darüber hinaus soll der Stelleninhaber auch zur Entlastung der Lehrgruppe „Bergungsdienst“ eingesetzt werden.

Gefordert werden

- Abgeschlossenes Fachhochschulstudium einer technischen Fachrichtung
- Fahrerlaubnis mindestens der Klasse 3, besser 2
- Atemschutztauglichkeit (G 26)

Bevorzugt werden Bewerber, die bereits Erfahrung in Führung und Einsatz taktischer Einheiten sowie in der Erwachsenenbildung haben.



Voraussichtlich auch im Jahr 1987 ist die Stelle eines

Ausbilders im Bergungsdienst

neu zu besetzen.

Die Einstellung erfolgt als Verwaltungsangestellter in Vergütungsgruppe Vc BAT (während der Probezeit VergGr Vlb BAT; Bewährungsaufstieg nach VergGr Vb BAT ist möglich).

Das Aufgabengebiet umfaßt die Mitwirkung bei Aus- und Fortbildungslehrgängen für freiwillige Helfer des Bergungsdienstes im Katastrophenschutz.

Bewerber sollen

- die Mittlere Reife oder mindestens den qualifizierten Hauptschulabschluß
- eine abgeschlossene Lehre in einem einschlägigen Ausbildungsberuf oder vergleichbare Fähigkeiten und Erfahrungen in diesem Bereich
- die Fahrerlaubnis mindestens Klasse 3, besser 2
- Eignung für Ausbildungstätigkeit

besitzen.



Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften über Ausbildung und bisherige Tätigkeiten sowie Nachweise über besondere Fachkenntnisse werden bis 20. Mai 1987 an die

Katastrophenschutzschule Bayern
Sudetenstraße 81
Postfach 8 70
8192 Geretsried 2

erbeten. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung!

Der Zivilschutz im Ausland aus Schweizer Sicht

Gedanken zu Bevölkerungsschutzmaßnahmen in Ost und West

Anlässlich einer Informationsveranstaltung des Solothurnerischen Zivilschutzverbandes am 28. Oktober 1986 in Gerlafingen hielt der Vizedirektor des schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, lic. rer. pol. Hildebert Heinzmann, ein Referat, das sich mit dem Zivilschutz außerhalb der Schweiz beschäftigt. Die Ausführungen des kompetenten Schweizer Fachmannes werden nachstehend im Wortlaut wiedergegeben.

Vorbemerkung

Gestatten Sie mir vorweg, Ihnen für die mir eingeräumte Möglichkeit der Meinungsäußerung zu den Bevölkerungsschutzmaßnahmen im Ausland bestens zu danken. Mein besonderer Dank gebührt aber dem Solothurnerischen Zivilschutzverband für die Durchführung eines Informationszyklus über aktuelle Fragen des Zivilschutzes, in der Erkenntnis, daß eine möglichst praxisorientierte Information in den Kantonen und Gemeinden wesentlich zur Verankerung des Zivilschutzgedankens in der Bevölkerung beizutragen vermag, wie auch zur Imagepflege einer dem Schutz, der Rettung und Betreuung von Mitmenschen in Notsituationen — handle es sich nun um bewaffnete Konflikte oder Natur- bzw. Zivilisationskatastrophen — dienenden Institution.

1988 wird unser Zivilschutz seinen 25. Geburtstag feiern können, mit der Befriedigung, einen beachtlichen Stand erreicht zu haben. Viele mit dem seit 1978 gesamtschweizerisch angestrebten Bevölkerungsschutz verbundene Probleme harren aber noch Lösungen und erheischen ein gerüttelt Maß an Anstrengungen aller Beteiligten in Bund, Kantonen, Gemeinden und Betrieben. Gerade in dieser Situation scheint es uns angezeigt zu sein, einen Blick über unsere Grenzen zu werfen. Dies soll nicht aus bloßer Neugierde geschehen oder weil wir uns etwa an Selbstverherrlichung ergötzen möchten. Es geht vielmehr darum, aus Gesprächen sowie aus Erfahrungen und Erkenntnissen im Ausland zu lernen. Den folgenden Ausführungen liegen in erster Linie Beiträge aus schweizerischen und ausländischen Veröffentlichungen und Angaben von Experten ausländischer Fachorganisationen zugrunde. Es war kein leichtes Unterfangen, die für diese Arbeit notwendige Literatur zusammenzutragen. Oft waren die zur Verfügung stehenden Unterlagen lückenhaft. Nicht selten waren die Informationen sogar widersprüchlich. So kann denn diese Untersuchung, welche eine beschränkte Anzahl von Staaten zum Gegenstand hat, nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben; sie gibt auch nicht unbedingt in allem die genaue Lage des Zivilschutzes in diesen Ländern wieder.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß seit einigen Jahren den Fragen des Bevölkerungsschutzes im Katastrophen- und Konfliktfall weltweit vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wird. In den westlichen Staaten ist der Sinneswandel gegenüber den Zivilschutzmaßnahmen wohl ungleich weniger auf die systematischen Anstrengungen zurückzuführen, welche die skandinavischen Länder und die Schweiz auf diesem Gebiet unternahmen, als vielmehr auf die Aufklärungsarbeit der westlichen Nachrichtendienste.

Etwa ab Mitte der siebziger Jahre konnten sie sich Einblick in die umfangreichen Pläne verschaffen, welche die UdSSR und ihre Alliierten im Hinblick auf einen bestmöglichen Schutz ihrer Bevölkerung sowie ihrer administrativen und industriellen Infrastruktur vor den modernen Waffen erstellten und noch erstellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die meisten der in der NATO zusammengeschlossenen Länder der Meinung, der Atomschirm der Vereinigten Staaten bewahre sie vor jeder Angriffsgefahr. Langsam aber begannen ihre politischen und militärischen Verantwortlichen an der uneingeschränkten Wirkung der atomaren Abschreckung zu zweifeln. Diese veränderte Haltung dürfte nicht zuletzt vom Eindruck herrühren, welchen die von den Ostblockstaaten und von China zum Schutz ihrer

Städte und anderer neuralgischer Punkte getroffenen Maßnahmen hinterlassen. Filme wie „Le Docteur Folamour“, „The Limit Point“, „The Day after“ und „Threads“ haben zweifelsohne auch dazu beigetragen, daß man sich jenseits des Atlantiks mehr als früher der nuklearen Gefahr bewußt ist. Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung bei unserem westlichen Nachbarn. Als das Frankreich de Gaulles auf den Schutz der Vereinigten Staaten verzichtete und sich ausschließlich auf seinen eigenen Atomschirm stützte, verstärkte sich bei seinen führenden Politikern die Überzeugung, daß die Verwirklichung eines Bevölkerungsschutzes überflüssig sei und sogar die Glaubwürdigkeit dieser atomaren Bewaffnung gefährde. Doch nach und nach — besonders aber seit Beginn der achtziger Jahre — wuchs bei unserem französischen Nachbarn die Zahl derer, die eine wirksame Zivilverteidigung forderten. Über die üblichen ideologischen Meinungsverschiedenheiten hinweg scheint heute in Frankreich die Auffassung vorzuherrschen, daß eine auf der nuklearen Abschreckung aufbauende Verteidigung nur dann zu voller Wirkung gelangt, wenn sich auch die Bevölkerung mit dieser Konzeption identifiziert. Dies aber geschieht erst dann, wenn die Politik der atomaren Schlagkraft durch einen guten Bevölkerungsschutz ergänzt wird, welcher Vertrauen in die Verteidigungsanstrengungen der Regierung gibt. In Anlehnung an die Thesen des „Haut Comité Français pour la Défense civile“, welches Parlamentarier beider Räte, Präsidenten von Generalräten, Bürgermeister und Abgeordnete aller politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten umfaßt, hat der Präsident der Republik am 16. November 1983 öffentlich erklärt, daß die passive Verteidigung Frankreichs ungenügend sei; es müsse ein Schutzraumprogramm eingeleitet werden, wobei man sich allerdings mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu begnügen habe.

Untersuchungsmethode

Die Länder, welche Gegenstand dieser Untersuchung sind, wurden wegen ihrer Nachbarschaft zur Schweiz oder weil sie mehr oder weniger als repräsentativ zu werten sind ausgewählt. Auch die geopolitische und geostrategische Bedeutung spielte eine Rolle bei deren Berücksichtigung. Die ausgewählten Länder wurden in vier Gruppen aufgeteilt, nämlich in Staaten der NATO, des Wapa, in neutrale Staaten, zu denen etwas willkürlich alle skandinavischen Staaten gerechnet werden, und schließlich in andere Staaten, die in diesem Zusammenhang interessieren.

Unter den für die Analyse verwendeten Kriterien sind besonders die folgenden von Bedeutung:

- Gesetzliche Grundlagen
- Organisation
- Dienstpflicht
- Schutzbautenpflicht
- Evakuierungspläne
- Warnung und Alarm
- Zivilschutz oder Zivilverteidigung unter dem Gesichtspunkt von bewaffneten Auseinandersetzungen sowie von Natur- und technischen Katastrophen.

NATO-Länder

USA

Der Zivilschutz besteht in den Vereinigten Staaten offiziell seit 1950. Damals wurde der „Federal Civil Defence Act“ geschaffen, welcher die Notwendigkeit eines Systems der zivilen Verteidigung zum Schutz von Leben und Eigentum gegenüber äußeren Angriffen betont. Im Sinne dieses Gesetzes wurde in den sechziger Jahren der Bau von privaten und vor allem von öffentlichen Schutzräumen gefordert, ohne daß jedoch die entsprechenden Vorstöße in ein eigentliches Schutzbautenprogramm ausmündeten. Erst 1982 kam es durch das von Präsident Reagan dem Kongreß vorgelegte Zivilschutzprogramm zu einer Neubelebung der Anstrengungen zum Schutz der Bevölkerung.

Der Zivilschutz der Vereinigten Staaten untersteht seit 1978 der Federal Emergency Management Agency (Fema), die das Zivilschutzprogramm erstellt hat und nun für seine Durchführung verantwortlich ist. Dieses mit je rund 2 000 Beamten und Spezialisten bestückte Amt untersteht dem Präsidenten der USA, der für die strategische Gesamtverteidigungspolitik zuständig ist. Das Verteidigungsministerium erläßt seit einigen Jahren Rahmengesetze, Weisungen und Richtlinien und veranstaltet Informationskurse für Kader. Die Verwirklichung der Schutzmaßnahmen ist indessen in erster Linie Sache der Gliedstaaten. Neben der Vorbereitung von Maßnahmen zur Bewältigung von natur- und technikbedingten Katastrophen (Wirbelstürme, Überflutungen, Erdbeben, Waldbrände, chemische Unfälle, Nuklearunfälle usw.) ist es Sache der Fema, die Entwicklung der Bedrohung durch moderne Waffen sowie die Schutzmöglichkeiten gegenüber diesen Waffen zu untersuchen und die Maßnahmen zu treffen, die für den Schutz der Führungsorgane des Bundesstaates notwendig sind. Ferner hat die Fema die Gliedstaaten im Hinblick auf die Verwirklichung von Schutzmaßnahmen zu beraten und unter gewissen Voraussetzungen dafür Beiträge zur Verfügung zu stellen.

Daraus geht hervor, daß die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Zivilschutzes

weder eine Organisationspflicht noch eine Dienstleistungspflicht und auch keine Baupflicht kennen.

Die große Masse der amerikanischen Bürger weiß kaum etwas vom Zivilschutz in unserem Sinne. Schutzräume, die innert kurzer Zeit einen von der Außenwelt unabhängigen Aufenthalt ihrer Bewohner gestatten, finden wir in den USA eigentlich kaum. Erwähnenswert ist allerdings die Tatsache, daß bereits 1961, das heißt nach der Berlin-Krise, eine Bestandsaufnahme von Behelfsschutzräumen in die Wege geleitet wurde, die einen verhältnismäßig guten Schutz vor dem radioaktiven Ausfall bieten.

Auf nationaler Ebene wurden auch Evakuierungspläne studiert. Diese Arbeit führte schließlich zur Planung sogenannter Krisenumsiedlungen, das heißt des Umzuges der Stadtbewohner in ländliche Gebiete, wenn ein Angriff bevorsteht. In diesen Gebieten werden mögliche Schutzräume als solche gekennzeichnet.

Gegenwärtig verfügt die Fema über ein jährliches Budget von rund 900 Mio. Franken; davon werden 500 Mio. für den Zivilschutz, die restlichen 400 Mio. für die Katastrophenhilfe nicht kriegerischen Ursprungs verwendet, welche — wie bereits erwähnt — die Hauptaufgabe der Fema darstellt.

Vor nicht langer Zeit haben verschiedene Kongreß- und Senatsmitglieder die Untätigkeit der Vereinigten Staaten kritisiert und auf die offensichtlichen Anstrengungen der Sowjetunion im Bereich der Zivilverteidigung hingewiesen.

Bundesrepublik Deutschland

Der Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland ist Teil der zivilen Verteidigung, die zusammen mit der militärischen Verteidigung die Gesamtverteidigung bildet. Maßgebliche gesetzliche Grundlagen für den Zivilschutz sind das Gesetz über den Zivilschutz vom 9. August 1976 und das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968, das durch zwei Änderungsgesetze in den nachfolgenden Jahren 1974 und 1976 novelliert wurde. Mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes traf der Bund eine wesentliche politische wie rechtliche Grundsatzentscheidung. Sie bedeutet, daß heute Einheiten und Ausrüstung des Zivilschutzes auch dem Katastrophenschutz der Länder im Frieden zur Verfügung stehen. Sie bedeutet andererseits auch den Einsatz sämtlicher für Katastrophenfälle in Bund und Ländern vorhandener Formationen und Ausrüstung in einem allfälligen bewaffneten Konflikt.

Die Bundesrepublik Deutschland kennt z. Z. keine Gesetzgebung, welche es ge-

statten würde, die Länder, Gemeinden und Bewohner des Landes zu baulichen Schutzmaßnahmen zu verpflichten. Der Schutzraumbau beruht auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Ein von dem für den Zivilschutz verantwortlichen Bundesministerium des Innern erarbeiteter Referentenentwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes faßt die bisherigen Rechtsgrundlagen zum Zivilschutz zusammen. Er sieht ferner insbesondere die Pflicht zum Bau von Schutzräumen in Wohnhäusern vor und soll es den Behörden ermöglichen, eine begrenzte Zivilschutzdienstpflicht einzuführen sowie besondere Maßnahmen im Gesundheitswesen zu treffen. Es bleibt abzuwarten, ob der Gesetzentwurf mit Beginn der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages im nächsten Frühjahr von der Bundesregierung in das Parlament eingebracht werden wird.

Sowohl in der Bevölkerung als auch im Bundestag wurde die Diskussion über den Zivilschutz bis heute oft mit großer Leidenschaft geführt. Bisher wurden letztlich keine entscheidenden Folgerungen aus der aktiven Zivilschutzpolitik hinter dem Eisernen Vorhang gezogen.

Das Gesamtbudget der zivilen Verteidigung im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern einschließlich des Bundesamtes für Zivilschutz für 1986 beträgt rund 753 Mio. DM. Davon werden ca. 113 Mio. DM für den Schutzraumbau aufgewendet. Weitere Schwerpunkte im Bundeshaushalt zum Zivilschutz sind der erweiterte Katastrophenschutz mit rund 266 Mio. DM und das Technische Hilfswerk mit ca. 48 Mio. DM. Die privaten Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland bilden das Rückgrat des einheitlichen Hilfeleistungssystems zur Bewältigung von Katastrophen im Frieden und den möglichen Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung als der größten denkbaren Katastrophe. In diesen Organisationen wirken derzeit ca. 1,4 Mio. freiwillige und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit. Dabei werden 7 200 Formationen mit insgesamt rund 143 000 Helfern vom Bund voll finanziert. Sie bilden den sog. Verstärkungsteil des Katastrophenschutzes.

Es ist vor allem Sache der Gemeinden, mit Hilfe des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), der über 900 hauptamtliche Mitarbeiter verfügt und außerdem auf die Hilfe von ca. 3 000 freiwilligen Helfern zählen kann, die Bevölkerung zu angemessenem Verhalten im Kriegs- und Katastrophenfall zu bringen. Bis heute haben mehr als 6 Mio. Personen Selbstschutzkurse für die Bevölkerung besucht. Mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Umwandlung des Verbandes in eine Bundesanstalt soll in Zukunft die gesamte Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet des Zivilschutzes zusammengefaßt werden. Schließlich ist zu er-

wähnen, daß die Bundesrepublik Deutschland über ein gut ausgebautes Alarmnetz mit über 67 000 Sirenen verfügt. Gegenwärtig werden dazu Überlegungen angestellt, ob und inwieweit der Rundfunk in verstärktem Maße in eine Modernisierung des Warn- bzw. Alarmsystems einbezogen werden kann, um einen erhöhten Beitrag zur Sicherheit aller Bürger zu leisten. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß die Bevölkerung im Ernstfall im wesentlichen behelfsmäßig geschützt werden müßte, verfügt doch die Bundesrepublik Deutschland z. Z. lediglich über 1,9 Mio. moderne Schutzplätze (für 3,2% der Bevölkerung). Weitere 500 000 Schutzplätze sind in der Planung bzw. im Bau. Hervorzuheben ist, daß das Meßstellennetz des Alarm- und Warndienstes in die Überwachung der nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl verursachten Radioaktivitätsbelastung mit einbezogen wurde. Nicht zuletzt die dabei gewonnenen Erfahrungen haben den Nutzen des Einsatzes des Zivilschutzes bei friedensmäßigen Katastrophen bewiesen.

Frankreich

In Frankreich ist die dem Ministerium des Innern und der Dezentralisierung untergeordnete Direktion der zivilen Sicherheit — „Direction de la sécurité civile“ genannt — für die Sicherheit der Bevölkerung im Katastrophen- und Kriegsfall zuständig. Ihr untersteht also auch der Zivilschutz. Dieser wird heute stärker als früher im Zusammenhang mit den Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung gesehen. Obwohl zwei Gesetze von 1959 und 1975 sowie ein Dekret von 1965 die Aufgaben des französischen Zivilschutzes umschreiben, so gibt es doch in Frankreich — ähnlich wie in der Bundesrepublik — keine gesetzliche Pflicht, Schutzdienst zu leisten oder Schutzräume zu erstellen. Abgesehen von einer Anzahl von privaten Schutzräumen, die seit einiger Zeit statistisch erfaßt werden, besitzt Frankreich nur ein paar wenige öffentliche Schutzräume.

Auf einen parlamentarischen Vorstoß hin hat die französische Regierung am 26. März 1984 ihre Absicht erklärt, für jedes neue private und öffentliche Gebäude in Städten mit über 10 000 Einwohnern den Bau von Schutzräumen für 100 und mehr Personen vorzuschreiben.

Die Direktion der zivilen Sicherheit arbeitet mit Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Gendarmerie und Rotes Kreuz sowie mit zahlreichen Rettungsgesellschaften zusammen. Sie kann aber auch auf die Unterstützung durch freiwillige Helfer, die „secouristes“, zählen. Im Ernstfall haben die Behörden die Möglichkeit, die Teilnahme an Hilfsaktionen zur Pflicht zu erklären. Die Ausbildung der Helfer trägt diesem Umstand Rechnung. In diesem Zusammen-

hang sei die hervorragende Qualität der Ausbildungszentren für Kader erwähnt, welche sowohl den Beamten als auch den Mitgliedern von privaten Organisationen offenstehen.

Die gesamte Hilfstätigkeit wird durch den Plan Orsec, das heißt die „Organisation des secours“, geregelt. Diese Institution stützt sich auf ein nationales Alarmnetz und gewährleistet die Alarmierung der Bevölkerung sowie den koordinierten Einsatz der Rettungs- und Hilfsorganisationen. In Anlehnung an den Aufbau des französischen Staates ist diese Organisation zentralistisch konzipiert; ihr Einsatz in den Departementen wird durch die Präfekten geregelt, welche die Zentralregierung vertreten.

Großbritannien

Der Zivilschutz (Zivilverteidigung) untersteht in Großbritannien dem Innenministerium, dem „Home Office“. Lange Zeit hindurch haben die politisch Verantwortlichen des Landes den Problemen des Bevölkerungsschutzes im Hinblick auf allfällige bewaffnete Konflikte keine große Beachtung geschenkt. Seit dem Beginn der achtziger Jahre kann festgestellt werden, daß sich die Engländer in vermehrtem Maß der Bedeutung des Zivilschutzes bewußt werden.

In Beantwortung einer Anfrage eines Abgeordneten des Unterhauses hat die Regierung am 31. Januar 1985 die Herausgabe von mehreren Veröffentlichungen über verschiedene Aspekte des Zivilschutzes bekanntgegeben. Diese Unterlagen werden namentlich technische Angaben (Erstellung von Behelfsschutzräumen) und Verhaltensanweisungen für die Bevölkerung enthalten sowie die Aufgaben der Gemeindebehörden umschreiben, welche jährliche Beiträge von etwa 60 Mio. Franken erhalten. Nach Auffassung der Regierung in London sollte jede Gemeinde und jeder wichtige Dienst über Einsatzkräfte verfügen. Das Gesamtbudget des Zivilschutzes beläuft sich derzeit jährlich bloß auf etwa 250 Mio. Franken.

Das Innenministerium hat ein „Civil Defense College“ geschaffen, in welchem eine Arbeitsgruppe Anweisungen für die Ausbildung von freiwilligen Helfern erarbeitet. Besondere Aufmerksamkeit wird außerdem der Verwirklichung eines Warn- und Überwachungsnetzes im Vereinigten Königreich geschenkt.

Staaten des Warschauer Paktes

Es ist heute bekannt, daß die UdSSR große Anstrengungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes unternimmt. Dabei geht es den sowjetischen Verantwortlichen vor allem

um eine möglichst weitgehende Erhaltung der Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein Schutzsystem entwickelt, das nicht nur das Überleben des Betriebspersonals gewährleistet, sondern es auch erlauben soll, die für die Produktion erforderlichen Mittel so gut als möglich vor den Auswirkungen eines bewaffneten Konfliktes zu schützen.

Die sowjetischen Bürger sind von ihrem 16. bis 60. Altersjahr – die Frauen bis zum 55. Altersjahr – gesetzlich zur Schutzdienstleistung verpflichtet. Der Zivilschutz ist dem Verteidigungsministerium angegliedert und untersteht der Oberaufsicht des Zivilverteidigungskomitees, dem Beamte des Innen- und des Verteidigungsministeriums angehören. Der Führungsapparat besteht aus Personen, die vollamtlich tätig und in den Republiken, Distrikten und Städten eingesetzt sind. Zum größten Teil stammt dieses Personal aus der Armee. Zwei sogenannt freiwillige Organisationen (Dosaaf, Znanije) sind mit der außerdienstlichen Ausbildung und Weiterbildung beauftragt. Man kann davon ausgehen, daß etwa die Hälfte der 275 Mio. Einwohner der Sowjetunion eine Grundausbildung im Zivilschutz erhalten hat. Nach sowjetischen Quellen gehören der Zivilverteidigung der UdSSR 60 000 Militärpersonen und bis zu 30 Mio. Zivilpersonen an.

Der Einfluß der militärischen Führung in der Zivilschutzausbildung ist außerordentlich groß. Die Kader erhalten eine militärische Ausbildung, die sich über drei Jahre erstreckt. Die Bevölkerung ihrerseits wird in praktischen Übungen ausgebildet (AC-Pisten, Handhabung von Schutzmasken usw.); bereits Kindergartenschüler haben daran teilzunehmen. Die Cheffunktionen werden ausschließlich ehemaligen Offizieren oder abkommandierten Stabsoffizieren übertragen. Die oberste Leitung der Zivilschutzorganisation liegt in den Händen von General Altunin, der den Rang eines stellvertretenden Verteidigungsministers bekleidet.

Die sowjetische Zivilverteidigung kennt sowohl die Evakuierung als den Schutz an Ort und Stelle. Je nach Schätzung variiert die Zahl der verfügbaren Schutzräume zwischen 18 Mio. (7% der Bevölkerung) und 192 Mio. (70%). Deutschen Quellen zufolge können 50% der Bewohner von industriellen Ballungsräumen in Schutzräumen Zuflucht finden.

Gemäß amerikanischen Informationen wird dem Schutz der Führungsorgane (180 000 Personen, welchen im ganzen Land zwischen 800 und 1 600 Kommandoposten zur Verfügung stehen) der Vorrang eingeräumt.

Vorderhand scheint der Schutz der Personen, welche evakuiert werden müssen, nicht gewährleistet zu sein.

Falls wir Schätzungen glauben können, die vor einigen Jahren gemacht worden sind, belaufen sich die jährlichen Aufwendungen der UdSSR für den Zivilschutz auf 5 bis 10 Mrd. Franken.

Die UdSSR kennt des weiteren Zivilschutzbrigaden, die militärisch organisiert und ausgebildet und mit Infanteriewaffen sowie leichten Panzern ausgerüstet sind und zur Unterstützung der eigentlichen Zivilschutzformationen dienen. Die Aufgabe dieser Zivilschutzbrigaden soll etwa mit der unserer Luftschutztruppen verglichen werden können.

Was von der UdSSR gesagt wurde, gilt weitgehend auch für die anderen Staaten des Warschauer Paktes. Dabei sei auf den Artikel hingewiesen, der in der Nr. 3/85 der Zeitschrift „Zivilschutz“ über die Lage des Zivilschutzes in Ungarn berichtet.

Die skandinavischen und die neutralen Staaten

Die skandinavischen Staaten

Sämtliche skandinavischen Staaten, gleichgültig ob neutral oder Mitglied der NATO, besitzen einen gut ausgebauten, den verschiedenen Waffenwirkungen Rechnung tragenden Zivilschutz, der in mancher Hinsicht mit dem unsrigen verglichen werden kann und der – wie in der Schweiz – Teil einer umfassenden Gesamtverteidigung ist.

In allen skandinavischen Staaten besteht für die größeren Gemeinden die Verpflichtung, Schutzorganisationen zu schaffen. Schweden und Dänemark kennen die Schutzdienstpflicht für alle Männer und Frauen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren. In Norwegen gilt sie für 18- bis 65jährige. In Finnland ist die Schutzdienstpflicht auf den Kriegsfall beschränkt; ihr unterstehen alle 16- bis 65jährigen. Allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen von der gesetzlich vorgeschriebenen Dienstpflicht. So kommt es, daß von den 8,3 Mio. Einwohnern Schwedens nur deren 200 000¹⁾ Schutzdienst leisten, wobei sie namentlich an einem Einführungskurs von wenigstens drei Wochen teilnehmen.

Schweden zählt gegenwärtig 50 000 Schutzräume von verschiedener Größe. Diese können rund 5,5 Mio. Personen aufnehmen, welche vorwiegend in den städtischen Agglomerationen wohnen (5% der Gesamtbevölkerung).

Die drei anderen skandinavischen Länder können im Ernstfall ungefähr die Hälfte ihrer

Bevölkerung in Schutzräumen unterbringen, wobei es sich in Dänemark im allgemeinen um Behelfsschutzräume handelt. Neben dem Schutz an Ort und Stelle kennen die skandinavischen Länder teilweise auch die Evakuierung. Es hat allerdings den Anschein, als wollte Schweden seine Zivilschutzkonzeption ändern und sich der schweizerischen Konzeption anschließen, wonach die vertikale Evakuierung – also der Schutz an Ort und Stelle – die größten Überlebenschancen bietet. Eine große Bedeutung kommt in Skandinavien der Schaffung eines dichten und wirksamen Alarmnetzes zu; dies erklärt sich insbesondere aus der Tatsache, daß die skandinavischen Länder den Grundsatz des vorsorglichen Schutzraumbezuges, wie er in unserer Konzeption von 1971 festgelegt ist, nicht oder noch nicht kennen. Die jährlichen finanziellen Aufwendungen der skandinavischen Staaten für den Zivilschutz entsprechen im großen und ganzen denjenigen des schweizerischen Zivilschutzes.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß im Rahmen einer Mitte 1986 vollzogenen Neustrukturierung des schwedischen Zivilschutzes dieser nunmehr u. a. auch für die Feuerwehrbelange in Friedenszeiten verantwortlich ist.

Österreich

Im Rahmen einer Zivilschutzensquete, die am 30. und 31. Januar 1985 in Wien unter Leitung des Bundesministers für Inneres stattfand, haben sich Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie der am Zivilschutz interessierten Organisationen auf eine Neudefinition des österreichischen Zivilschutzes geeinigt:

„Zivilschutz ist die Summe aller Vorkehrungen, die der Bevölkerung das Überstehen von gefährlichen Situationen jeder Art ermöglichen soll.“

Zivilschutz umfaßt somit die Gesamtheit aller humanitären Aktivitäten zur Bewältigung von Katastrophen und besonderen Krisensituationen. Er umfaßt die Vorsorge vor Naturkatastrophen und vor technischen Unglücksfällen, vor Unfällen in der chemischen Industrie ebenso wie beim Transport gefährlicher Güter oder bei einem Reaktorunfall in unserer Nachbarschaft. Zivilschutz ist umfassender Katastrophenschutz durch behördliche Vorsorgen und Bürger-Selbstschutz im Frieden! Nur wenn er diese Funktion erfüllt, kann er die zivile Landesverteidigung im Krisen-, Neutralitäts- und Verteidigungsfall tragen.“

Zivilschutz ist in Österreich keine einheitliche Verwaltungsmaterie, sondern Sammelbegriff für Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, die gemäß bundesstaatlicher Kompetenzverteilung bei allen Gebietskörperschaften zur Anwendung kommen.

¹⁾ 1982 haben die Behörden grundsätzlich einer Herabsetzung auf 150 000 Personen zugestimmt.

Die Zivilschutzgesetzgebung Österreichs ist daher zwischen Bund und Ländern aufgeteilt und in insgesamt mehr als 40 Bundes- und Landesgesetzen verankert.

So haben vor einigen Jahren einzelne Länder eine im Detail unterschiedlich begrenzte Pflicht zum Bau von Schutzräumen eingeführt. Im heutigen Zeitpunkt könnten etwa 7 % der Bevölkerung in Schutzräumen Zuflucht finden (500 000 Schutzplätze in 41 000 Schutzräumen).

Anlässlich der Zivilschutzenquête 1985 hat man sich aber nicht nur auf eine Neudefinition des Zivilschutzes sondern auch auf ein Aktionsprogramm geeinigt, durch das der Zivilschutz neuen Auftrieb erhalten soll.

Es geht dabei hauptsächlich um eine bessere Abgrenzung der Verantwortlichkeiten aller in Betracht kommenden Partner. Zu diesem Zweck sollen eine geeignete Gesetzgebung geschaffen und Abkommen zwischen der Zentralregierung und den Ländern getroffen werden. Des weitern soll der Einsatz der Hilfs- und Rettungsorganisationen koordiniert, das Warn-, Alarmierungs- und Funkverbindungskonzept ausgebaut und bei Katastrophenfällen im Ausland vermehrt Hilfs- und Rettungsformationen aus Österreich zum Einsatz kommen.

Schließlich soll die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, um so die Bevölkerung für die Sache des Zivilschutzes zu gewinnen. Zu diesem Zweck ist für jede Gemeinde die Schaffung einer Zivilschutzberatungsstelle vorgesehen.

Andere Länder

Israel

Das Beispiel des Zivilschutzes in Israel ist besonders interessant, weil dieses Land verschiedentlich Gelegenheit hatte, seine Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung konkret zu erproben.

Die Zielsetzung des israelischen Zivilschutzes (Civil and Home Defence) deckt sich weitgehend mit derjenigen unseres Zivilschutzes. Als Bestandteil der Streitkräfte ist der israelische Zivilschutz militärisch aufgebaut und organisiert (Territorialorganisation). Schutzdienstpflichtig sind im wesentlichen die Reservisten (Wehrdienstentlassene aller Grade im Alter zwischen 49 und 55 Jahren) und nicht militärdienstleistende (untaugliche oder vorzeitig aus dem Militärdienst entlassene) Männer zwischen 18 und 55 Jahren sowie Frauen, die ihren ordentlichen Wehrdienst beendet haben und beschränkt der Militärgesetzgebung unterstellt sind (kinderlose, unverheiratete Frauen bis zum 25. Altersjahr). Die Ausbildungsdauer im Zivilschutz ist bedeutend

länger als in der Schweiz. Der Schutzraumbau wird stark vorangetrieben; die sich daraus ergebenden Kosten werden bis zu 75 % von der öffentlichen Hand übernommen. Die Schutzräume bieten nur Schutz vor den Auswirkungen von konventionellen Waffen. Angesichts der heutigen Bedrohungsbilder erfüllt dieser Umstand die Behörden mit einiger Sorge. Ein gut entwickeltes Alarmnetz gestattet im Notfall einen raschen Schutzraumbezug. Angaben über die Aufwendungen für den Zivilschutz können keine gemacht werden, da diese Teil der Militärausgaben sind.

Es sei zum Schluß noch darauf hingewiesen, daß der israelische Zivilschutz auch im Katastrophenfall eingesetzt wird, was eine enge Zusammenarbeit zwischen den Organisationen des Davidsterns, der Feuerwehr, den Frauenorganisationen und der Zivilgarde mit sich bringt.

Volksrepublik China

Es ist schwierig, sich über den derzeitigen Stand des chinesischen Zivilschutzes ein genaues Bild zu verschaffen. Verschiedenen übereinstimmenden Verlautbarungen westlicher Massenmedien (z. B. Sendung des Westschweizer Fernsehens und des zweiten französischen Fernsehens Antenne 2 vom 31. März 1985) kann entnommen werden, daß China für den Kriegsfall erhebliche Anstrengungen zum Schutz seiner Bevölkerung in den städtischen Agglomerationen (vor allem in Peking, Kanton und Shanghai) unternommen hat. Schutzvorkehrungen werden des weitern auch zugunsten großer Betriebe getroffen.

Schlußfolgerungen

Unter den Lehren, die aus dieser kurzen Analyse gezogen werden können, sind folgende Punkte einer besonderen Erwähnung wert:

- Der Umstand, daß heute in vielen westlichen Staaten und vor allem in den Ostblockstaaten der Bevölkerungsschutz stets systematischer angegangen wird, kann dahingehend gewertet werden, daß unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet richtig sind.
- Die Thesen unserer Konzeption, wonach es für uns in einem möglichen künftigen Krieg nur eine Flucht in der Vertikalen, das heißt eine Flucht in den Schutzraum geben könne und wonach die Schutzräume vorsorglich, das heißt nicht erst im Zeitpunkt des eigentlichen Angriffes, bezogen werden sollten, werden dadurch erhärtet, daß Staaten, die bisher Konzeptionen kannten, in denen der Evakuierung eine bedeutsame Rolle zukam, sich unseren Auffassungen nähern. In diesem Zusammenhang sei er-

wähnt, daß auch für den Fall eines Atomunfalles bzw. einer in Friedenszeiten plötzlich eintretenden Verstrahlungslage der beste Schutz an Ort und Stelle sichergestellt werden kann. Dies ermöglicht insbesondere eine sich im nachhinein als allenfalls aufdrängende Evakuierung geordnet und möglichst ungefährdet durchzuführen.

- Die erheblichen sowjetischen Anstrengungen zum Ausbau der Zivilverteidigung einerseits und die Vernachlässigung solcher Schutzmaßnahmen in Ländern wie den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Bundesrepublik und Frankreich andererseits könnten unter Umständen das strategische Gleichgewicht stören. Es wäre vorstellbar, daß ein System, das einen weitgehenden Schutz einer Bevölkerung garantiert, eher dazu neigen könnte, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, da ein Vergeltungsschlag ihm gegenüber nicht mehr die gleiche Wirkung hätte. Aber auch ein Präventivschlag eines Gegners mit Massenvernichtungsmitteln könnte bei vorhandenem Schutz in seiner Wirkung stark gemindert und damit im Hinblick auf den zu erwartenden Vergeltungsschlag uninteressant werden.

Vielleicht wird es Sie in diesem Zusammenhang interessieren, daß es solche Überlegungen sind, die dazu geführt haben, daß zwei französische Parlamentarier Anfangs Mai 1985 eine Gesetzesvorlage eingebracht haben, die den Zwang von Schutzmaßnahmen anstreben.

Sie sagen dabei: „La meilleure façon pour un pays de prouver à tout agresseur éventuel sa résolution d'utiliser l'arme nucléaire consiste à mettre, dès le temps de paix, sa population à l'abri de la riposte.“

Geeignete Schutzmaßnahmen erhöhen die Überlebenschance der Bevölkerung in jedem Kriegsbild. Das kann zu jeder Zeit bewiesen werden.

- Unabhängig von der Beurteilung der Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen bei allfälligen künftigen Konflikten herrscht nicht nur in der Schweiz vermehrt die Meinung vor, daß der Zivilschutz eine unentbehrliche Institution im Dienste des Bevölkerungsschutzes und zur Gewährleistung des Friedens in Freiheit darstellt. Dies gilt ganz besonders für jene Staaten, die über keine Massenvernichtungsmittel verfügen.
- Die Aufgaben des Zivilschutzes sind ausschließlich passiver und humanitärer Natur. Diese Feststellung gilt vor allem für alle Länder, die – wie die Schweiz – den unbewaffneten Zivilschutz kennen. Es ist daher unverständlich, wenn Kreise der Friedensbewegung dahin argu-

mentieren, daß der Zivilschutz das Wettrüsten geradezu herausfordere. Widersprüchlich wird diese Argumentation dann, wenn dieselben Kreise dem Zivilschutz jede Wirksamkeit gegenüber der Bedrohung durch die modernen Waffen absprechen. Gestatten Sie uns, in dieser Beziehung auf einen Bundesgerichtsentscheid vom 26. September 1986 hinzuweisen, wonach die Weigerung, Schutzdienst zu leisten, angesichts des rein humanitären Zwecks des schweizerischen Zivilschutzes weder religiös noch ethisch zu rechtfertigen sei; ein Handeln in schwerer Gewissensnot sei daher nicht vorstellbar.

- Der Zivilschutz ist ein nicht zu unterschätzendes Element der Dissuasion. Hier können wir nur das wiederholen, was Professor Elemér Nagy, assoziiertes Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften, in seinem der Zeitschrift „Polgari Védelem“ gewährten Interview über den Zivilschutz in seinem Land sagt.

Nach Professor Nagy erlaubt es der ungarische Zivilschutz, die anderen Länder davon zu überzeugen, daß ein Angriff gegen Ungarn nicht zwangsläufig zu dessen Vernichtung führt. Seine Präventivwirkung besteht darin, einen potentiellen Gegner von der Idee abzubringen, der Sieg könne leicht errungen werden. Nagy ist übrigens der Überzeugung, daß die Zivilschutzvorbereitungen auch der Erhaltung des Friedens dienen. Diese Aussage sollte die Anhänger unserer Friedensbewegungen zum Nachdenken anregen, dies um so mehr, als sie oft kein Hehl aus ihrer Sympathie für die sogenannten Volksdemokratien und die sogenannten sozialistischen Regime machen.

- Der hohe Vorbereitungsstand des schweizerischen Zivilschutzes läßt sich in erster Linie durch die konsequent durchgesetzte *Verpflichtung zur Schutzdienstleistung* und zum *Bau von Schutzräumen* bei der Erstellung von Neubauten oder bei wesentlichen Umbauten wie auch der seit 1978 für alle Gemeinden *geltenden Organisationspflicht* erklären. Ein solches System kann u. E. vernünftigerweise nur auf der Grundlage einer historisch gewachsenen Milizorganisation und der friedensmäßigen Nutzung der Schutzbauten und des Zivilschutzmaterials realisiert und aufrechterhalten werden. Wir sind davon überzeugt, daß eine Infragestellung dieser Grundsätze, um die man uns weltweit beneidet, einen effizienten Schutz der Bevölkerung in Notsituationen abträglich sein würde, bzw. volkswirtschaftlich nicht tragbar wäre. Daß der schweizerische Zivilschutz bei der Bewältigung von Natur- und Zivilisationskatastrophen aller Art eine sehr

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sucht ab 1. Juli 1987 eine/n

Leiter/-in des Referates Ausbildung und Vorschriftenwesen

Die Aufgaben des Referates umfassen insbesondere:

- Erarbeitung von Lehraussagen, Lehrstoffplänen, Feinlernzielen, Lehr- und Lernmittel einschl. Filmen für die Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz und der Führungs- und Einsatzkräfte des Selbstschutzes in Behörden und Betrieben,
- Überwachung der vom BVS durchgeführten Aus- und Fortbildung im Selbstschutz,
- Gestaltung, Lenkung und Überwachung der Aus- und Fortbildung hauptamtlich Beschäftigter und ehrenamtlicher Helfer des BVS,
- Erarbeitung von Dienstvorschriften und Richtlinien für den fachlichen Dienstbetrieb des BVS.

Dem/der Inhaber/-in der o. g. Stelle obliegt ferner der Vorsitz im Prüfungsausschuß der BVS-Bundesschule im Rahmen der fachlichen Zuständigkeit.

Bewerber/-innen müssen über umfassende Kenntnisse des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen. Gefordert sind ferner Erfahrungen auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung sowie Führungsqualitäten, die Bewerber/-innen in die Lage versetzen, dieses für die Facharbeit des BVS wesentliche Referat zu leiten und im Rahmen der Fachaufsicht über die Schulen, Landes- und Dienststellen des BVS eine effektive Selbstschutz- und BVS-Fachausbildung sicherzustellen.

Die Einstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis nach Verg.-Gr. Ib BAT.

Geboten werden ferner die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Falls Sie die genannten Voraussetzungen erfüllen und an diesem Aufgabenbereich des Zivilschutzes Interesse haben, sollten Sie einen Personalbogen anfordern beim

Bundesverband für den Selbstschutz

Bundeshauptstelle
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Tel. 02 21/49 88-1

Schlußtermin für die Bewerbung mit vollständigen Unterlagen ist der **10. Mai 1987.**

wichtige Aufgabe wahrzunehmen hat, zeigen zahlreiche Beispiele der jüngsten Zeit. Der Bund unterstützt solche Einsätze nicht nur deklamatorisch, sondern auch finanziell in Form von Beitragsleistungen an die Kosten der Instruktionsdienste, in deren Rahmen immer wieder wertvolle Hilfe geleistet wird. Ob die kürzlich angeregte gesamtschweizerische Katastrophenorganisation für Friedenszeiten der Sache noch dienlicher wäre, vermögen wir ernsthaft zu bezweifeln, abgesehen von den damit verbundenen politischen Schwierigkeiten (Föderalismus) und den zwangsläufig sich daraus ergebenden Mehraufwen-

dungen. Daran ändern auch die tragischen Ereignisse von Tschernobyl nichts, deren Auswirkungen in der Schweiz glücklicherweise zu keiner Zeit ein Ausmaß erreichten, die den Einsatz der Zivilschutzorganisationen oder von Teilen davon gerechtfertigt hätten. Dies bedeutet allerdings nicht, daß wir aus dem sowjetischen Reaktorunfall keine Lehren zu ziehen hätten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Erstellung der Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisationen bzw. der Bezugsbereitschaft der Schutzbauten sowie der Alarmierung und Information der Bevölkerung.

Quer durch Niedersachsen

Goslar. Die Stadt Goslar ist zur Zeit darum bemüht, im Stadtgebiet einen organisierten Selbstschutz aufzubauen. Nach einer erfolgreichen Werbekampagne, bei der ehrenamtliche Mitarbeiter gesucht wurden, führte die Stadt eine Ausbildung für Selbstschutzberater durch. Die Gesamtorganisation lag in Händen des Sachbearbeiters für Zivilschutz in Verbindung mit der zuständigen BVS-Dienststelle Göttingen.

Nachdem an drei Abenden die Teilnehmer den Grundlehrgang absolviert hatten, wurden an zwei weiteren Tagen die beiden Ergänzungslehrgänge in den Räumen der Freiwilligen Feuerwehr Goslar durchgeführt.

Von anfangs 15 Teilnehmern verblieben nach Abschluß der Vorbereitungslehrgänge elf Goslarer Bürger, die im Februar an der BVS-Schule Voldagsen den Abschlußlehrgang für Selbstschutzberater absolvierten.

Nach Beendigung dieser Fortbildungsmaßnahme wurden die Selbstschutzberater vom Rat und der Verwaltung der Stadt offiziell bestellt und in ihre Aufgaben eingewiesen.

In allen Abschnitten der Ausbildung waren die Lehrgangsteilnehmer mit großer Begeisterung bei der Sache. Die Stadtverwaltung hat sich daher entschlossen, im Sommer eine erneute Werbeaktion für den Selbstschutz zu starten.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Viersen. „Wir sind begeistert“, meinte die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung des Kreises Viersen, Maria Hammes, zum Abschluß einer Informationsveranstaltung an der BVS-Schule Körtlinghausen. Die 17 Mitglieder dieser Organisation hatten dort Gelegenheit, ihre Kenntnisse über den Zivil- und Selbstschutz zu vertiefen. Auf dem Programm standen Vorträge über Katastrophenschutz und Selbstschutz sowie u. a. die Themen Lebensmittelbevorratung, ABC-Schutz und Schutzraumbau.

Für die CDU-Frauen waren die praktischen Vorführungen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang schließlich der Höhepunkt.

Leverkusen. Der ehemalige Leiter der BVS-Dienststelle Leverkusen, Ortgies

Harms, wurde mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet.

In einer kleinen Feierstunde würdigte sein Nachfolger, Jochem Weck, die Arbeit Harms. Harms begann seine Tätigkeit für den Selbstschutz 1958 als ehrenamtlicher Helfer im damaligen Bundesluftschutzverband. Bereits zwei Jahre später wurde er mit der Leitung der Ortsstelle Viersen beauftragt. Nach der Umstrukturierung des Verbandes übernahm Harms 1968 die BVS-Dienststelle Leverkusen, die er bis zu seiner Pensionierung am 30. April 1983 leitete.

Harms zählt auch heute noch zu den engagierten Verfechtern des Selbstschutzgedankens. So bringt er als ehrenamtlicher Mitarbeiter der Dienststelle seine Erfahrungen und sein Wissen überwiegend bei Informationsveranstaltungen und Ausstellungen des BVS ein.

Im Rahmen der Feierstunde erhielt die ehrenamtliche Helferin Carola Gawlik sowie die Helfer Bernd Grob und Wolfgang Scherer eine Ehrenurkunde für zehnjährige Mitarbeit im BVS.

Hessenspiegel

Wiesbaden. Mit Ablauf des Jahres 1986 wurde Thilo Nickel nach fast 23jähriger Mitarbeit im BLSV/BVS in den Ruhestand verabschiedet. Zunächst als Hilfsausbilder, später als Hilfslehrer und anschließend als Fachlehrer war Nickel insgesamt 19 Jahre bei der Fahrbaren Schule der BVS-Landesstelle Hessen tätig.



BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube (rechts) überreicht Thilo Nickel eine Dankurkunde.

Aufgrund seines ruhigen, freundlichen Wesens und der herausragenden Fähigkeiten als Fachlehrer erfreute er sich großer Wertschätzung bei Behörden und Betrieben in Hessen.

1983 wurde Nickel Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Landesstelle Hessen.

Landesstellenleiter Gerhard Straube verabschiedete den allseits beliebten Kollegen in einer kleinen Feierstunde. Auch der örtliche Personalrat, der Bezirkspersonalrat sowie alle Kolleginnen und Kollegen bedankten sich für die vielen Jahre der freundschaftlichen Zusammenarbeit und wünschten ihm noch viele schöne Jahre im Kreise der Familie.

Nachruf

Am 17. Dezember 1986 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit der Leiter der BVS-Dienststelle Fulda

Robert Ludwig

1959 nahm Ludwig als Sachbearbeiter „Ausbildung“ bei der damaligen BLSV-Kreisstelle Lauterbach seine ehrenamtliche Tätigkeit auf.

Von 1963 bis 1976 war Ludwig zunächst als Leiter der Dienststelle Lauterbach, dann als Beauftragter und bis zum Schluß seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Leiter der BVS-Dienststelle Alfeld mit Sitz in Lauterbach tätig.

Nach fast 18jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit wurde ihm 1977 die Leitung der BVS-Dienststelle Fulda übertragen.

Aufgrund seiner langjährigen, guten Kontakte zu Behörden, Verwaltungen und Institutionen war es Ludwig nach kurzer Zeit gelungen, gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine leistungsstarke, fachlich anerkannte Dienststelle zu formen.

Neben der hauptamtlichen Tätigkeit im BVS war Ludwig noch besonders im sozialen Bereich tätig und setzte sich hier in ehrenamtlichen Funktionen stets für das Wohl seiner Mitbürger ein.

Bereits 1970 wurde Ludwig aufgrund seiner herausragenden Leistungen die BVS-Ehrennadel verliehen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Fulda und der BVS-Landesstelle Hessen trauern um einen geschätzten Kollegen, dem sie ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Ludwigshafen. Anlässlich der Jahresabschluss-Arbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen Helfer der BVS-Dienststelle Ludwigshafen ehrte Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus langjährige Mitarbeiter des Verbandes.

„25 Jahre beim BVS sprechen für ein ganz besonderes Engagement im Dienste der Bürger.“ Mit diesen Worten bedankte sich Awiszus beim Ehepaar Werling und überreichte ihnen eine Ehrenurkunde.

Für 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit erhielten Fridolin Hasselwander, für 10jährige Mitarbeit das Ehepaar Adelheid und Dieter Kettner, Jürgen Stahl, Gisela Gehrlein, Rudolf Geiger und Heinrich Schettgen eine Urkunde als Anerkennung überreicht.

Ludwigshafen. Auf 30 Jahre Mitarbeit im BVS konnte Hans Preßmann, Schutzbauberater der Dienststelle Ludwigshafen, zurückblicken.



Aus der Hand von Dezernent Karl-Horst Tischbein (rechts) nimmt Hans Preßmann den Ehrenteller entgegen. (Foto: Heinrich)

In einer kleinen Feierstunde überreichte der Dezernent für den Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Ludwigshafen, Karl-Horst Tischbein, dem Jubilar den Ehrenteller des BVS und würdigte die langjährige Tätigkeit Preßmanns beim Verband.

Saarland-Rundschau

Neunkirchen. Mehrere Fliegen mit einer Klappe schlugen 84 schulentlassene Jungen und Mädchen, die in den Lehrgängen des Jugendsozialwerkes e. V. in der Berufsbildungsstätte am Unteren Friedhofsweg in Verbindung mit dem

Arbeitsamt auf ihre Berufe vorbereitet werden. Im Anschluß an den Aufbaukurs nahmen sie an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil. In acht Gruppen wurden die Jugendlichen über drei Wochen hinweg ausgebildet.

In einem Abschlußgespräch zogen der Leiter des Jugendsozialwerkes Neunkirchen, Manfred Schmidt, und BVS-Dienststellenleiter Helmuth Klippel ein positives Resümee der Ausbildung, die zum zweiten Male durchgeführt wurde. Die Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang gehöre für die in der Berufsbildungsstätte des Jugendsozialwerkes geförderten Jugendlichen zur Vorbereitung auf einen qualifizierten Beruf, meinte Schmidt. Die Teilnehmer könnten die Selbstschutzkenntnisse aber nicht nur dort gebrauchen, fügte Klippel hinzu. Auch bei Unfällen in Haushalt und Freizeit sowie im Straßenverkehr seien die Inhalte des Selbstschutz-Grundlehrgangs von großem Nutzen.

Südwest aktuell

Stuttgart. „Zivilschutz? Nein, danke! – Katastrophenschutz? Ja, bitte!“ – Dieser Slogan vieler Gruppen der Friedensbewegung hat im vergangenen Jahr weitgehend die Themen für die Frauenarbeit der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg bestimmt. Mit diesem Schlagwort wurden nämlich die Teilnehmerinnen an Informationsveranstaltungen bewußt konfrontiert.

Die dabei gesammelten Erfahrungen waren zunächst mitunter wenig erfreulich. Es gab oft resignierende Antworten. Meist fehlte auch das Verständnis dafür, daß Katastrophen- und Zivilschutz nicht zu trennen sind.

Intensive Einzelgespräche und letztlich die besseren Argumente „pro Zivilschutz“ überzeugten manche Skeptiker. Aus anfänglichem Desinteresse wurde letztlich Interesse, und so fanden Tagungen statt, an denen neben Vorstandsmitgliedern von Frauenverbänden, des Staatsbürgerinnenverbandes und kirchlicher Verbände auch Bezirksbeiräte, Stadträte, politische Vereinigungen und u. a. der Landesvorsitzende des Deutschen Sozialwerkes in Baden-Württemberg sowie der Zivilschutzbeauftragte der Evangelischen Kirche Deutschland teilnahmen.

Durch den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl wurde plötzlich das Interesse der Teilnehmer noch stärker intensiviert, so daß die vorher häufig verankerte „Ohne-mich-Mentalität“ kaum noch vorhanden war. Nunmehr waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Informations-Tagungen eindeutig bereit, sich mit den Fragen des Zivilschutzes auseinanderzusetzen.

Nachruf

Am 17. Januar 1987 starb kurz vor der Vollendung seines 60. Lebensjahres

Alfred Piecha

Er war seit 1973 ehrenamtlicher Mitarbeiter zunächst der BVS-Dienststelle Schwäbisch Hall und später der Dienststelle Heilbronn.

Piecha hat sich immer engagiert für die Verbreitung des Selbstschutzgedankens eingesetzt. Sein freundliches und zuvorkommendes Wesen hat ihm viele Freunde geschaffen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Mitarbeiter und Helfer der BVS-Dienststellen Schwäbisch Hall und Heilbronn.

Bayern heute

Wittbreut. Der Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinde Wittbreut, Josef Fuchsgruber, konnte anlässlich der Bestellung von zehn Selbstschutzberatern 1. Bürgermeister Kurt Sachs, viele Gemeinderäte sowie BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann begrüßen.

Fuchsgruber führte aus, den Gemeinden obliege Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung. Hierbei handle es sich um eine Pflichtaufgabe, die im Auftrag des Bundes zu erledigen sei. Mit der Bestellung des Selbstschutz-Sachbearbeiters habe die Gemeinde zunächst der Forderung der Verwaltungsvorschrift Rechnung getragen. Für weitere Organisationsmaßnahmen, die der Förderung und Leitung des Selbstschutzes dienen, sei es aber auch notwendig, so Fuchsgruber, Selbstschutzberater zu bestellen und diese entsprechend auszubilden.

Bürgermeister Kurt Sachs ging nach seinen Grußworten auf weitere Aufgaben der Gemeinde im Vollzug des Selbstschutzes ein. So seien zum ordnungsgemäßen Aufbau des Selbstschutzes Maßnahmen wie z. B. Einteilung des Gemeindegebietes in Wohnbereiche und in Konsequenz dazu die entsprechende Wohnbereichsbeschreibung sowie die Einrichtung von Beratungsstellen notwendig. Hier habe der Gesetzgeber einen zeitlichen Ablauf vorgegeben, wobei seitens der Gemeinde all diese gesetzlichen Erfordernisse bereits vollzogen seien.

BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann bezeichnete die Gemeinde Wittbreut als Vorreiter im Landkreis Rottal-Inn, nirgendwo seien so vorbildliche Voraussetzungen gegeben. Er dankte dem Bürgermeister wie auch dem Selbstschutz-Sachbearbeiter für ihr Engagement in Sachen Selbstschutz.



Hamburg



THW unterstützte Filmaufnahmen für das Zweite Deutsche Fernsehen

Hamburg. Zum 25jährigen Jahrestag der Sturmflut-Katastrophe im Februar 1962, die allein in Hamburg 315 Menschen das Leben kostete, drehte das ZDF einen Spielfilm, der das damalige Geschehen und die Hilfsmaßnahmen widerspiegeln soll.

Die meisten Menschen waren damals in Hamburg-Wilhelmsburg im Bereich einer Laubenkolonie zu Tode gekommen. Dieser Ortsteil war auch für das Filmteam die Kulisse für die Dreharbeiten. Schon vor Beginn der Filmarbeiten wurde das THW Hamburg um Mitarbeit gebeten. Ereignisse aus den noch vorhandenen Einsatzbüchern des THW wurden in das Drehbuch aufgenommen. Für die eigentlichen Dreharbeiten wurde schon zwei Wochen vor Beginn das Bergungsräumgerät eingesetzt, um einen künstlichen See zu schaffen, in dem die Kulissen aufgebaut wurden. Die Dreharbeiten wurden mit großem technischen Aufwand nur nachts durchgeführt. Die THW-Helfer vor und hinter der Kamera hatten bei schlechten Wetterverhältnissen schwere Arbeit zu leisten.

Es waren zum Glück noch einige der alten Einsatzfahrzeuge, Schlauchboote und auch die damalige Einsatzbekleidung vorhanden.

Für die Windmaschinen, Scheinwerfer und anderen technischen Geräte wurden zwei große Stromaggregate und Tauchpumpen eingesetzt. Da der Wasserstand des künstlichen Sees auf der gleichen Höhe gehalten werden mußte, waren Pumpen und Aggregate drei Wochen lang im Dauereinsatz. Alle Geräte haben die Belastungsprobe gut überstanden.

36 THW-Helfer leisteten rund 4 000 Einsatzstunden, wobei die „Drehnächte“ oftmals über 15 Stunden dauerten. Für Aggregate und Pumpen waren am Schluß über 6 000 Betriebsstunden zu verzeichnen.

Nach Drehschluß wurden alle Helfer von der Produktionsfirma zu einer Party eingeladen, wo schon einige Teile des Rohschnitts gezeigt wurden. A. K.



Aus der Hand von THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel nimmt Winfried Plate die Auszeichnung entgegen. (Foto: Krüger)

Hohe Auszeichnung für THW-Landessprecher Winfried Plate

Hamburg. Auf 30 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit im THW Hamburg konnte Anfang des Jahres der Bezirksbeauftragte von Hamburg-Nord und Landessprecher, Winfried Plate, zurückblicken. Zu diesem auch in Hamburg seltenen Jubiläum waren viele Ehrengäste und THW-Kameraden zu einer Feierstunde in den Bezirksverband gekommen, unter ihnen der Präsident des BZS, Hans Georg Dusch, und THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel. Henkel zeichnete Plate mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus. In seiner Laudatio würdigte er das umfangreiche Engagement Plates für die Sache des THW auch auf Bundesebene und seinen Einsatz auf humanitärem, karitativen Gebiet. A. K.



Die Dreharbeiten zum Film spielten sich nachts ab.

(Foto: Krüger)

Niedersachsen



Staatssekretär Dr. Waffenschmidt beim THW Niedersachsen

Meppen. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, besuchte das THW Niedersachsen.

Meppens THW-Kreis- und Ortsbeauftragter, Alois Buring, hieß Dr. Waffenschmidt in der 1983 eingeweihten Unterkunft willkommen. Landtagsabgeordneter Heinz Jansen begrüßte den Gast. Grußworte entrichtete Meppens Bürgermeister Plate.

Bevor Dr. Waffenschmidt in seinem Referat auf das THW näher einging, wür-

Staatssekretär Dr. Waffenschmidt und Geschäftsführerin Regina Lemke in der Meppener THW-Unterkunft. (Foto: Wrede)



digte er die Leistungen der Polizei, der Feuerwehren und der Sanitätsorganisationen. Allgemein, so führte er aus, solle die technische Ausstattung der Hilfsorganisationen weiter verbessert werden.

Dr. Waffenschmidt führte weiter aus, man bemühe sich im Gespräch mit den Landesinnenministern um einen verstärkten friedensmäßigen Einsatz des THW. Mit der verbesserten Kostenregelung werde es Kommunen und Gemeinden erleichtert, das THW zu speziellen Aufgaben bei Notsituationen heranzuziehen. Weitere Punkte seines Vortrages waren u. a. die Häufigkeit von THW-Auslandseinsätzen in den Jahren 1985/86, die THW-Helfervereinigung und die Neuordnung des THW mit der verstärkten Einbeziehung der Ehrenamtlichen in Entscheidungsprozesse, z. B. durch die Mitwirkung in Arbeitskreisen und Projektgruppen.

Im Anschluß an eine kurze Diskussion besichtigte der Staatssekretär noch die Unterkunft des THW. R. B.

Niedersächsische THW-Ortsverbände mit 1 000 Helfern im Einsatz

Hannover. Tagelange, ergiebige Regenfälle zum Jahreswechsel führten in vielen Gebieten Niedersachsens zu Überschwemmungen. Eine anschließende Kaltluftfront hatte zwar eine leichte Entspannung in den Hochwassergebieten zur Folge, brachte aber mit umfangreichen Schneemassen neue Belastungen für die Bevölkerung, insbesondere für die Autofahrer. Die katastrophalen Witterungsverhältnisse führten bei einer Reihe niedersächsischer THW-Ortsverbände zu örtlichen Einsätzen, von denen nachfolgend einige geschildert werden:

THW-Helfer sicherten in Northeim vor und nach dem Jahreswechsel in gefährlichen Aktionen die Holzbrücke an der Wassergewinnungsanlage Streitföhr vor

Treibgut. So mußte u. a. ein zehn Meter langer Baum, der sich unter der Brücke festgesetzt hatte, mit Hilfe von Greifzügen aus der Rhume entfernt werden.

Gemeinsam mit Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren Haselünne und Meppen waren Helfer des THW-OV Meppen am Sonntag, dem 4. Januar 1987, alarmiert worden, um die Bundesstraße 402 auf einer Strecke von einem Kilometer Länge mit Sandsäcken abzudämmen.

Nördlich des „Schäferhofes“ war die zum Strom angewachsene Hunte über die Ufer getreten und hatte an einer Stelle bereits ein mehrere Meter breites Loch in den Damm gespült. Angrenzen-

Hochwassereinsatz der Ortsverbände Wittlage und Hunteburg. (Foto: Grönemeyer)



Schneeräumaktion mit dem THW-Radlader im Landkreis Hannover. (Foto: Bormann)



de Landstriche standen teilweise meterhoch unter Wasser. Am Samstag, dem 3. Januar 1987, unterstützten 45 Helfer der THW-OV Wittlage und Hunteburg die örtlichen Feuerwehrrkräfte beim Füllen, Transportieren und Aufsichten der Sandsäcke, um die Dämme abzudichten und zu erhöhen.

Ein Pegelstand der Weser von 7,26 m führte in Hoya zu erheblichen Überschwemmungen und zum „Rund-um-die-Uhr-Einsatz“ des THW-OV Hoya am ersten Wochenende im neuen Jahr. Es galt, Tiere aus den Wasserfluten zu befreien, zwischen Hassel und Hoya einen Pendeldienst einzurichten, Öl zu binden und Keller auszupumpen.

Zum dritten Male in den letzten 50 Jahren reichte das Leinehochwasser in der Niederung zwischen Poggenhagen und Bordenau bis in das alte Fährhaus. Für die Hausbewohner, die im Dachgeschoss ihr Notquartier eingerichtet hatten, bauten Wunstorfer Helfer einen Behelfssteg, damit die Familie ihr Haus erreichen konnte.

Zu einem gemeinsamen Einsatz der THW-OV Springe und Ronnenberg kam es in der Nacht zum 15. Januar. Ein aufgestauter Bach drohte überzulaufen und gefährdete 800 Schafe. Die beiderseitige Eindeichung durch Sandsackverbau und das Graben eines Abflusses führten zur Rettung der Tiere.

Eine besonders bedrohliche Situation hatte sich ebenfalls in der Nacht zum 15. Januar an den Norderelbbrücken entwickelt, vor denen sich riesige Eisbrocken auf türmten und so zum Rückstau des Stromes oberhalb Hamburgs führte: Mehrere Orte waren akut vom Hochwasser bedroht. Eissprengungen durch Pioniere der Bundeswehr sowie der Einsatz von Eisbrechern verhinderten das Schlimmste und ließen das aufgestaute Wasser abfließen. Eine alarmierte Gruppe des THW-OV Stelle-Winsen, die sich mit vielen hundert weiteren Helfern auf die Deichverteidigung und Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet hatte, brauchte nicht mehr einzugreifen.

Hervorragend bewährt hat sich im Landkreis Hannover das im THW-OV Ronnenberg stationierte Bergungsräumgerät. In Rethen an der Leine war das Gerät – bedient in Wechselschicht – 24 Stunden in Einsatz, um eine Landstraße von einem 20 cm dicken Eispanzer zu befreien. Tags darauf hielt die mächtige Schaufel eine Straße bei Patensen von Schneeverwehungen frei.

Nachdem der THW-OV Syke bereits am ersten Wochenende im neuen Jahr zum Hochwasser-Einsatz nach Diepholz gerufen worden war, gab es am Sonnabend, dem 10. Januar 1987, erneut Alarm. Mit vier Einsatzfahrzeugen und 23 Helfern eilte das Syker THW zum Dreyer Hafen. Dort lagernde Holzbalken waren aufgrund des Hochwassers und des Eisganges teilweise abgetrieben worden. Die 25 m langen Balken aus Hartholz hatten ein Gewicht von je 2 500 kg.

Die mit Schwimmwesten gesicherten Helfer fuhren mit ihren Schlauchbooten in das Überschwemmungsgebiet und zogen die schweren Balken mit Hilfe von Greifzügen wieder auf das Trockene. Der scharfe Wind und die Temperatur von minus 10 Grad Celsius machten die Arbeiten auf dem Wasser nicht gerade zum Vergnügen. Nach vier Stunden war der Einsatz beendet.

Insgesamt haben die rund 1 000 THW-Helfer aus zwanzig niedersächsischen Ortsverbänden erneut bewiesen, daß man schnell und unbürokratisch der örtlichen Gefahrenabwehr zur Verfügung steht. Die neuen Bergungsräumgeräte und die modifizierte Kostenregelung haben sicherlich dazu beigetragen, daß das THW durch Städte und Gemeinden am Jahresanfang 1987 verstärkt zum Einsatz gerufen wurde. R. B.

Mobiler 100-kVA-Stromerzeuger „Marke Eigenbau“

Nordhorn. Eine handwerklich-technische Meisterleistung, auf die sie mit

Recht stolz sind, vollbrachten vor kurzem Helfer des THW-OV Nordhorn. Nachdem sie vor rund acht Jahren bereits einen in Eigenleistung erstellten 42-kVA-Stromerzeuger in Betrieb genommen hatten, präsentierten sie der Öffentlichkeit zum Jahresende 1986 das „Flaggschiff“ ihrer Notstrom-Pumpengruppe, einen mobilen Stromerzeuger „Marke Eigenbau“ mit einer Kapazität von 100 kVA.

Das Gerät wurde von einigen Helfern unter der Leitung von Zugführer Wilhelm Zimmermann und Gruppenführer Gerhard Schneltberg, im Zivilberuf Elektromeister, in 2 400stündiger Arbeit selbst konstruiert und gebaut. Dabei fielen Materialkosten in Höhe von DM 30 000,- an, die vom Landkreis Grafschaft Bentheim zur Verfügung gestellt worden waren. Der Wert des Gerätes heute beträgt ein Mehrfaches dieser Summe.

Mit dem mobilen Stromerzeuger ist der Ortsverband Nordhorn nun in der Lage, jederzeit und überall dort Strom bereitzustellen, wo in Katastrophenfällen oder aus anderen Gründen die öffentliche Stromversorgung ausfällt.

Die Leistung des von einem 115 PS starken Dieselmotor betriebenen Stromerzeugers ist beachtlich. Damit können beispielsweise 1 000 Glühlampen à 100 Watt zum Leuchten gebracht, 30 Einfamilienhäuser elektrisch versorgt oder fünf Fußballplätze mit je 20 000 Watt ausgeleuchtet werden. Somit ist das Gerät geeignet zur Notstromversorgung von Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen, aber auch zum Ausleuchten von Großschadenstellen.

Auf eines haben die Helfer besonderen Wert gelegt, nämlich auf eine optimale Schalldämmung. Sie hält die Lärmentwicklung bei Betrieb des Generators in erträglichen Grenzen. G. O.

Höchste THW-Auszeichnung für zwei verdiente Führungskräfte

Cloppenburg/Helmstedt. Die höchste Auszeichnung des THW, das Ehrenzeichen in Gold, erhielten die Kreis- und Ortsbeauftragten für Cloppenburg und Helmstedt, Gerd Hase und Willi Seim.

In Vertretung des THW Direktors übergab in Helmstedt Landesbeauftragter Eckhard Leiser die Auszeichnung, in Cloppenburg der Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit bei der THW-Leitung, Regierungsdirektor Jochen von Arnim.

Während Hase zum Jahresende 1986 vom Amt des Ortsbeauftragten zurücktrat, aber als Kreisbeauftragter und stellv. Vorsitzender der THW-Helfervereinigung Niedersachsen weiter fungiert, steht Seim auch über das im Jahr 1986 begangene 30jährige Dienstjubiläum hinaus in beiden Ämtern dem THW weiterhin zur Verfügung. R. B.

Nordrhein-Westfalen



Nachruf

Im Alter von 67 Jahren verstarb am 26. November 1986 der frühere Kreisbeauftragte des THW-OV Duisburg,

Dipl.-Ing. Günter Hackbarth

Träger des THW-Ehrenzeichens in Silber.

Er war seit 1975 Kreisbeauftragter für Duisburg und nahm die Aufgaben eines Fachberaters im Stab der Katastrophenschutzleitung wahr.

Auch nach seiner Pensionierung blieb Hackbarth dem THW-Ortsverband als



Das „Flaggschiff“ der Notstrom-Pumpengruppe, der mobile Stromerzeuger.

(Foto: Mildes)

Ratgeber und Mitglied im Helferverein treu.

Bei den THW-Helfern, aber auch bei seinen Kollegen war er durch seine stets freundliche und für jeden offene Art sehr beliebt.

Hauptberuflich war Hackbarth seit 1955 bei der Stadt Duisburg tätig; zunächst als Leiter des städtischen Tiefbauamtes und seit 1976 als Beigeordneter für den Bereich der Bauverwaltung.

Hackbarth genoß hohes Ansehen als Baufachmann und hat sich um die Gestaltung des Duisburger Stadtbildes verdient gemacht.

Der THW-OV Duisburg bewahrt dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken.

Hessen



THW-Bundessprecher Merck beging 60. Geburtstag

Darmstadt. Zu einer Feierstunde anlässlich seines 60. Geburtstages am 3. Februar 1987 hatte der Bundessprecher des THW und Landessprecher für Hessen, Peter Merck, eingeladen.

Die Darmstädter Orangerie, die einen würdigen Rahmen für diesen Festtag bot, war fast zu klein. Es kamen über 300 Gratulanten, um dem Geburtstagskind die Hand zu schütteln. Neben vielen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft waren auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel und der Landesbeauftragte für Hessen, Hans-Albert Lossen, erschienen.

Einhellig war der Wunsch aller Gratulanten, Peter Merck möge bei bester Gesundheit in seiner Arbeit und bei seinen vielen Ehrenämtern weiterhin ein so engagierter Streiter für die „gute Sache“ bleiben. H. G. H.

THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen (rechts) überreicht Peter Merck ein Geschenk.
(Foto: Hartmann)



Gasexplosion in Frankfurter Wohnhaus

Frankfurt. „Wir glaubten erst, eine Bombe hätte eingeschlagen“, berichteten erschrockene Nachbarn von jenen banger Minuten am zweiten Weihnachtsfeiertag, als durch eine Gasexplosion in einem Frankfurter Wohnhaus Decken und Wände einstürzten und Trümmer die Umgebung verwüsteten. Manipulationen an einem Gasboiler ermittelte die Staatsanwaltschaft später als Ursache des Unglücks, bei dem zwei Personen getötet und fünf verletzt wurden und ein Sachschaden in Millionenhöhe entstand. Bei dem Rettungseinsatz gingen Feuerwehr und THW gemeinsam Hand in Hand vor.

Gegen 7.30 Uhr wurde die Leitfunkstelle Rhein-Main der Berufsfeuerwehr alarmiert, im Frankfurter Nordend sei ein vierstöckiges Wohnhaus durch eine Explosion schwer zerstört worden. Noch im Umkreis von einigen hundert Metern klirrten Fensterscheiben, und herumfliegende Steine beschädigten in der Nähe parkende Autos. Vor allem aber an den beiden benachbarten Häusern richtete die Druckwelle erheblichen Schaden an. Glück hatten verschiedene Hausbewohner, die zur Zeit der Explosion verweilt waren.

Fünf Rettungszüge setzte die Berufsfeuerwehr in Marsch. Alarmiert wurden außerdem das THW und mehrere Freiwillige Feuerwehren. Vor Ort koordinierten Feuerwehrdezernent Professor Dr. Peter Rhein sowie Ltd. Branddirektor Prof. Dipl.-Ing. Ernst Achilles den Einsatz und wiesen die Hilfskräfte in die verschiedenen Schadensgebiete ein. „Maschinenarbeit kommt nicht in Frage“, erläuterte Frankfurts Feuerwehrchef das Vorgehen der Rettungstrupps auf einer Pressekonferenz.

Die linke Hälfte des Gebäudes war bis zur zweiten Etage ein Trümmerhaufen. Im ersten Obergeschoß hingen Decken herab und drohten, in der Mitte ausein-

anderzubrechen. Die rechte Seite des Hauses war zum großen Teil zerstört, Trennwände umgestürzt. Auch im Treppenhaus sah es katastrophal aus, die Stufen trugen nur bis zur ersten Etage.

Nachdem die Berufsfeuerwehr Verletzte und die beiden Toten geborgen hatte, blieb lange Zeit ungewiß, ob noch weitere Personen zwischen Steinen, Beton oder Hausrat eingeschlossen waren. Ltd. Branddirektor Achilles vor der Presse: „Wir müssen Rücksicht auf jene Menschen nehmen, die unter den Trümmern möglicherweise noch am Leben sind. Nur besonnenes Handeln sichert den Erfolg.“

Es bestand Einsturzgefahr und somit auch für die Hilfskräfte ein erhebliches Risiko. Daher galt es als erste Aufgabe, akute Gefährdungen zu beseitigen und erforderlichen Arbeitsraum zu schaffen, indem zerstörte Autos vor dem Gebäude abgeschleppt und Teile des Dachgebälks abgetragen wurden. Polizeiposten hielten die Einsatzzone von Neugierigen frei.

Vier Züge hatte das Frankfurter THW im Einsatz. Sie gingen überaus behutsam vor und schufen zwei Mauerdurchbrüche vom Nachbarhaus aus, durch die ein Gruppenführer in das eingestürzte Anwesen gelangte, um nach weiteren Verschütteten zu suchen. Maschinen und Geräte schwiegen für Minuten ungewissen Wartens. „Hier ruft die Bergung!“ Auch Hunde der Rettungsstaffel Wiesbaden unterstützten die Suche. Die anfänglich geäußerte Vermutung, es seien Klopfzeichen zu hören, erwies sich jedoch – zum Glück – als falsch.

Gemeinsam dichteten dann Feuerwehr und THW-Helfer Fenster der umliegenden Häuser behelfsmäßig mit Folie ab und sicherten größere Fenster mit Hartfaserplatten. Am Nachmittag seilten sie Mobiliar aus den oberen Etagen nach unten ab, verstaute Hab und Gut der Familien, in Kartons verpackt, auf dem Gelände einer benachbarten Schule.

Für 62 Frankfurter THW-Helfer war dies ein langer, zehnstündiger Einsatztag zu Weihnachten 1986. 15 Fahrzeuge hatte das THW am Unglücksort. Mit einer großen Lichtgiraffe half der THW-OV Bad Homburg aus.

Vier Tage später wurde das Frankfurter THW erneut zum Unglücksort gerufen. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft bemühten sich nun, in die zerstörte Wohnung der zweiten Etage zu kommen; um die Ursache der Explosion herauszufinden. Da die Ermittlungsbehörden nicht ausschließen konnten, daß dabei weitere Teile des Hauses einstürzen, baten sie das THW um Unterstützung.

Die THW-Helfer legten zunächst das Treppenhaus frei und trennten eine her-

abgefallene Bodenplatte in der zweiten Etage auf. Nach mühevoller und stundenlangender Arbeit war schließlich ein Teil der Wohnung von Trümmern befreit. Zugleich sicherten sie Wertobjekte aus dem Schutt; darunter auch wichtige Dokumente.

Abermals waren 25 THW-Helfer rund siebeneinhalb Stunden im Einsatz, bis alles sortiert und verstaut war und die Behörden Indizien gesammelt hatten, die die Unglücksursache zweifelsfrei erkennen ließen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte eine Begebenheit am Rande: Ein junges Paar aus dem Unglückshaus war derart glücklich über ein wiedergefundenes Erbstück der Großeltern, daß der Mann spontan in den fast unversehrten Keller stieg und jedem THW-Helfer zum Dank eine Flasche Wein spendierte. Die Geste und der Händedruck, der offensichtlich von Herzen kam, waren der schönste Dank für die THW-Helfer.

Nach den Einsätzen schickte der Direktor der Branddirektion Frankfurt, Prof. Dipl.-Ing. Achilles, dem THW Frankfurt ein Dankschreiben mit folgendem Wortlaut:

„Am 2. Weihnachtsfeiertag 1986 wurde die Frankfurter Feuerwehr über Notruf von einem folgenschweren Gasunglück in Kenntnis gesetzt. Das Ausmaß des Schadens veranlaßte uns sofort, das in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit uns stehende Technische Hilfswerk Frankfurt zu alarmieren.

Trotz der ungewöhnlichen Zeit stand bereits nach einer relativ kurzen Zeit eine leistungsstarke Einheit des Technischen Hilfswerks Frankfurt unter ihrem Einsatzleiter, Dipl.-Ing. Jürgen Maier, zur Verfügung.

Die Umsicht, das persönliche Engagement und die Leistungsbereitschaft der Kameraden des Technischen Hilfswerks haben beispielhaft und maßgeblich zur schnellen Rettung von Personen und zur Schadensminderung beigetragen.

Die freundschaftliche und überaus erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Kameraden des Technischen Hilfswerks hat in weiten Kreisen der Frankfurter Bevölkerung Lob und Anerkennung gefunden.

Es ist uns ein aufrichtiges Bedürfnis, den Kameraden des Technischen Hilfswerks für diese hervorragende und erfolgreiche Zusammenarbeit zu danken.

Wir sind sicher, daß wir mit Ihrer Unterstützung zuversichtlich Probleme der Gefahrenabwehr, der Katastrophenschutzplanung und des gemeinsamen Einsatzes erfolgreich auch in der Zukunft bewältigen können.“ H. E.

Führungswechsel beim THW-OV Frankfurt

Frankfurt. Alle 225 Helfer des THW-OV Frankfurt standen Spalier, als Damen aus der CDU- und SPD-Stadtverordnetenfraktionen sowie der Freiwilligen Feuerwehr der Mainmetropole die neuen Einsatzfahrzeuge des Ortsverbandes symbolisch mit „Äppelwoi“ taufeten.

Mit einer eindrucksvollen Fahrzeugschau hatte der Ortsverband zuvor den Gästen aus Politik sowie befreundeter Hilfsorganisationen sein Einsatzpotential vorgestellt.

In seinem Jahresbericht 1986 erläuterte Einsatzleiter Maier einige Daten. So summierte sich die Zahl der Dienststunden sämtlicher Helfer während des Jahres 1986 auf 27 037. Nicht berücksichtigt seien in dieser Rechnung Stunden, die Helfer und Führungskräfte außerhalb der regulären Ausbildungen, Übungen oder Einsätze geleistet hätten. Alarmiert wurde das THW beispielsweise nach einem Sturm, der Mitte 1986 über Frankfurt hinwegfegte, wobei bis zu 80 Helfer in zwei Schichten zusammen mit der Feuerwehr Aufräumarbeiten vorgenommen hatten.

Auf dem Dienstplan stand ebenfalls ein gemeinsames Treffen mit den partnerschaftlich verbundenen Freunden der Freiwilligen Feuerwehren Frankfurts.

Mit dem Jahr 1986 endete auch ein entscheidender Abschnitt für den THW-OV Frankfurt: Nach 15 Jahren hatte der bisherige Ortsbeauftragte, Dipl.-Ing. Hellmuth Daniel, sein Amt niedergelegt. THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen dankte dem Scheidenden, der auch die Arbeit des THW-Bundesausschusses in Bonn entscheidend mitgeprägt habe. Anschließend stellte Lossen Jürgen Maier als Nachfolger vor. H. E.

Einsatz des THW-OV Offenbach

Offenbach. In den frühen Nachmittagsstunden des 16. Dezembers 1986 kam es in der Lagerhalle eines fellverarbeitenden Unternehmens zu einem Großfeuer. Verursacht durch Schweißarbeiten gerietes Abfälle in Brand. Schnell breitete sich das Feuer aus. Die Hitzeentwicklung war so stark, daß sich die an der Decke befindlichen Stahlträger verzogen. In den über der Brandstelle gelegenen Wohnungen zeigten sich Risse im Mauerwerk, teilweise fiel der Putz von den Wänden.

Da die Stabilität der Decke nicht mehr gewährleistet war, wurden Einheiten des THW-OV Offenbach alarmiert, um bei der Abstützung der Decke zu helfen. Unter Führung von THW-Einsatzleiter Heiko Rehwagen galt es zunächst, lange Hölzer mit Hilfe eines Kranwagens der Berufsfeuerwehr in die im zweiten Obergeschoß gelegene Halle zu transportieren. Mit Unterstützung der Feuerwehr wurde dann der Brandraum geräumt, das Material zurechtgeschnitten und an die Träger angesetzt. Neben dem Ausleuchten der Einsatzstelle übernahm das THW auch die Versorgung aller eingesetzten Kräfte. H. R.

Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden und Ortsbeauftragten

Karl-Heinz Roßmann

der nach schwerer Krankheit im Alter von 49 Jahren verstarb. Er war Mitbegründer des THW-OV Pfungstadt im Jahr 1962 und seit März 1977 Ortsbeauftragter.

Durch seinen unermüdlichen Einsatz für das THW hat er maßgeblich dazu bei-



Mit „Äppelwoi“ werden die neuen THW-Fahrzeuge von den Patinnen eingeweiht. (Foto: Hartmann)

getragen, den Ortsverband Pfungstadt zur heutigen Einsatzfähigkeit aufzubauen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Saarland



Staatssekretär Dr. Waffenschmidt zu Besuch in Merzig

Merzig. Im Rahmen eines Aufenthaltes im Saarland besuchte Dr. Waffenschmidt, Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, in Begleitung von Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Müller den THW-OV Merzig, um die Lie-

genschaften zu besichtigen und Gespräche mit Ortsbeauftragten Diwersy sowie Führungskräften und Helfern zu führen.

Auf Einladung des Ortsbeauftragten waren auch Bürgermeister Manfred Zimmer, Mettlach, der Kreisbeauftragte des THW für den Kreis Merzig und Präsident der THW-Helfervereinigung im Saarland, Alfred Becker, sowie THW-Landesbeauftragter Günter Faß anwesend.

Nach der Begrüßung und Vorstellung des Ortsverbandes durch Diwersy sprach Dr. Waffenschmidt über den Zivil- und Katastrophenschutz im allgemeinen sowie über die Situation des THW im besonderen.

In der anschließenden Diskussion stand im Vordergrund die Wiederaufnahme ei-

nes Kippers oder Lkw in die STAN oder Einrichtungsnachweisung der THW-Ortsverbände. Es habe sich bei vielen Einsätzen gezeigt, so z. B. beim Fischsterben in der Saar, bei dem neun THW-Ortsverbände eingesetzt waren, daß ein Lkw dringend erforderlich ist.

Zum Abschluß des Besuches im Ortsverband Merzig führte die Jugendgruppe eine Übung durch, die von den Gästen mit viel Beifall aufgenommen wurde.

G. F.

Baden-Württemberg



THW-Landesverband Baden-Württemberg jetzt mit 99 Ortsverbänden

Stuttgart. Durch organisatorische Veränderungen wuchs 1986 die Zahl der THW-Ortsverbände im Landesverband Baden-Württemberg von 95 auf insgesamt 99. Zum 1. Januar 1986 wurde der Ortsverband Stuttgart in die Ortsverbände Stuttgart I, II, III neu gegliedert. Die drei Stuttgarter Ortsverbände werden vom GFB Stuttgart betreut. Der Stützpunkt Pfullendorf des THW-OV Sigmaringen wurde zum 1. Mai 1986 zum eigenständigen Ortsverband erhoben. Pfullendorf wird vom GFB Tübingen betreut. Seit dem 1. August 1986 ist der ehemalige Stützpunkt Stockach des THW-OV Radolfzell zum Ortsverband aufgestuft. Der GFB Konstanz ist für diesen neuen Ortsverband zuständig. Zum 1. Juli 1986 wurde der Stützpunkt Salem des THW-OV Überlingen wiederrichtet. Zuständig ist der GFB Friedrichshafen.

A. S.



Staatssekretär Dr. Waffenschmidt bedankt sich bei der Jugendgruppe für die gelungene Vorführung. (Foto: Ewerhardy)

Warndienst



Warndienstübungen 1987

Im Jahre 1987 sind Warndienstübungen zu folgenden Terminen geplant:

Vom 4. April, 8.00 Uhr, bis 5. April 1987, 10.00 Uhr, die internationale Warndienstübung „INTEX' 87“; Übungsziele sind u. a. die Durchführung von Warmmaßnahmen sowie die Führung einer Dienststelle im Einsatz.

Übungszweck ist insbesondere die Erprobung und Überprüfung internationaler Meldeverfahren auf internationalen Meldewegen.

Am 23. Mai 1987 die Übung „MAY-EX' 87“ und am 19. September 1987 die Übung „SEPEX' 87“, jeweils in der Zeit von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr; entsprechend dem Ausbildungsbedarf werden warndienstspezifische Verfahren erprobt und geübt.

Am 7. November 1987 zwischen 8.00 Uhr und 20.00 Uhr die nationale Warndienstübung „NATEX' 87“; vorrangiges Übungsziel ist das Zusammenwirken des gesamten nationalen Umfeldes des Warndienstes; Übungszweck ist das Erproben und Überprüfen gemeinsamer Verfahren.

Durchführungsbestimmungen

Grundlage für die Durchführung der Übungen sind die WD-Dv 1000, 1001 und 1002.

Übungsunterlagen

Zur zentralen Vorbereitung, Erstellung und Auswertung von Übungsunterlagen ist eine Projektgruppe eingesetzt.

Einspielfertige Übungsunterlagen werden jeweils unmittelbar an die für die Einspielung vorgesehene Stelle über das zuständige Warnamt geleitet.



Der Führungsplatz im Warnamt.

Leitungsdienst

Für die Durchführung von Übungen werden in den dafür vorgesehenen Räumen in den Warnämtern Leitungsdienste eingerichtet. Sie handeln im Auftrag der zentralen Übungsleitung und haben folgende Aufgaben:

- Überwachen des Übungsablaufs,
- Einspielen der in den Einlagenlisten aufgeführten Einlagen,
- Steuern der Übung durch Leitungsmaßnahmen, wenn die Übung vom gedachten Verlauf abzuweichen droht,
- Simulieren von Entscheidungen, Stellungnahmen und Maßnahmen nicht an der Übung beteiligter Stellen,
- Zusammenfassen der Übungserfahrungen.

Vor Durchführung der genannten Übungen werden künftig an dieser Stelle nähere Einzelheiten zur jeweiligen Übungsplanung veröffentlicht.

Es beginnt mit einer Übersicht über den geplanten Ablauf der internationalen WD-Übung 1987:

„INTEX' 87“

Die Übung wird für die Warnämter und lageabhängig – soweit möglich – auch für die Warndienst-Verbindungsstellen und für die Warndienst-Leitmeßstellen unter Bunkerverschluß durchgeführt.

Übungsbezeichnung

Internationale Warndienstübung „INTEX' 87“.

Übungsleitung

National BZS, Abteilung WD.

Übungsgebiet

Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Bundesrepublik Deutschland.

Luftlage

Raum zwischen 1° und 16° Ost sowie 46° und 58° Nord.

Übungszeitraum

4. April 1987, 8.00 Uhr,
bis 5. April 1987, 10.00 Uhr.

Übungsteilnehmer

National

Geschäftsbereich BZS

- Zivile A-B-C- und Luftlage-Meldesammelstelle (ZALM)
- Warnämter I-X
- WD-Verbindungsstellen 21, 51, 72 und 81
- WD-Leitmeßstellen 11-104.

International

Die Warndienstorganisationen von:

- Belgien
- Dänemark
- Frankreich
- Großbritannien
- Italien
- Luxemburg
- Niederlande
- Norwegen

Verbindungskräfte der NATO-Warndienstorganisationen beim bundeseigenen WD;

Verbindungskräfte des WD der Bundesrepublik bei NATO-Warndienstorganisationen.

Schichtbetrieb

Die Übung wird im Zwei-Schichten-Betrieb durchgeführt.

Übungszweck

Üben des Meldungs- und Informationsaustausches zwischen den Warnämtern und den Warndiensten der beteiligten NATO-Nachbarstaaten.

Einspielen der Meldungen

Einspielen der Meldungen zur Luftlage

Eine auf die Übung abgestimmte Luftlage wird von den WD-Verbindungsstellen während der Übung eingespielt.

Andere Einspielungen beinhalten Meldungen zur Lage sowie Einlagen.

Die Wetterdaten werden vom Warnamt V zeitgerecht eingespielt.

Fernmeldebereich

Nationale Fm-Verbindungen

Das Verständigungsnetz des WD wird betriebsmäßig bereitgestellt.

Internationale Fm-Verbindungen

Für den Fernmeldebetrieb mit dem Ausland werden verschiedene Fernsprecheleitungen aufgerufen.

Für die Durchführung von Leitungsproben gilt das „Verfahren für die Durchführung der Leitungsproben für den Sprech- und Fernkopierverkehr über die internationalen Fernmeldeverbindungen“.

Erste Leitungsproben auf den internationalen Leitungen werden am 3. April 1987 und vor dem internationalen Übungsbeginn am 4. April 1987 durchgeführt.

Einsatz von Fernkopiergeräten

Fernkopiergeräte werden verstärkt eingesetzt.

Zusammenarbeit mit den Warndiensten der NATO-Nachbarstaaten

Art und Umfang des Meldungs-austausches zwischen den Übermittlungs-Warnämtern und den Nachbarstaaten erfolgt gemäß „Form der Nachrichten für den Meldungs- und Informationsaustausch zwischen den Warndiensten der NATO-Nachbarländer“.

V. G.



DRK-Groß- übung im Mai in Hamburg

Das DRK veranstaltet vom 28. bis 31. Mai 1987 in Hamburg eine Großübung unter dem Titel „Springende Flut“. Dies gab der DRK-Landesverband Niedersachsen anlässlich des 25. Jahrestages der Hamburger Sturmflut bekannt. Damals war das Deutsche Rote Kreuz maßgeblich an den Hilfsmaßnahmen beteiligt.

An der Übung werden rund 1 200 Helfer aus vier Bundesländern teilnehmen. Ihre Aufgabe wird es sein, 3 000 vom Hochwasser bedrohte Menschen zu evakuieren, unterzubringen, zu verpflegen und zu betreuen.

Die Planungen für diese Einsatzübung laufen bereits seit Anfang letzten Jahres. Wolfgang von Imhoff, Leiter der Abteilung Katastrophenschutz/Rettungsdienst im DRK-Landesverband, betonte vor der Presse, aktuelle Ereignisse hätten aufgezeigt, daß diese Übung wegen der realistischen Ausgangslage für das DRK von besonderer Bedeutung sei. Er verwies dabei auf die „Beinahe-Flutkatastrophe“ im Januar dieses Jahres im Landkreis Harburg, als dort wegen Eisbarrieren auf der Elbe Katastrophenalarm ausgelöst wurde und mit der Evakuierung von rund 15 000 Menschen zu rechnen war.

Gesucht werden jetzt rund 1 000 Personen aus dem Raum Niedersachsen, die sich als „Betroffene“ an der Großübung beteiligen. Um lange Anfahrtswege zu vermeiden, wurde besonders die Bevölkerung des Raumes Harburg-Land aufgerufen, die Übung durch ihre Teilnahme zu unterstützen.

Der Weltrotkreuztag

Unter den vielen Veranstaltungen, die die nationalen Gesellschaften in aller Welt durchführen, spielt der Weltrotkreuztag eine herausragende Rolle.

Wann und wieso ist er entstanden? Er verdankt seine Entstehung jener Aufbruchstimmung, die nach dem 2. Weltkrieg durch alle Rotkreuzgesellschaften zog. Das Rote Kreuz hatte im 2. Weltkrieg bewundernswürdige Leistungen vollbracht. Nach Kriegsende herrschte ein breiter Optimismus, daß es trotz aller Leiden und Not nunmehr gelingen müsse, einen großen Schritt vorwärts zu tun. Viele Einzelschritte wurden dazu unternommen, einer der erfolgreichsten war die Einführung eines Weltrotkreuztages. Der erste offizielle war der 8. Mai 1948.

Daß man ausgerechnet den 8. Mai als Datum erkor, hat sicher seinen ersten Grund darin, weil dieser Tag der Geburtstag von Henry Dunant war. 1948 waren es gerade 120 Jahre her, so daß sich dieses Jubiläum für den ersten Rotkreuztag geradezu anbot. Die Bestimmung dieses Datums wurde begreiflicherweise dadurch wesentlich erleichtert, weil Henry Dunant uns den Gefallen erwiesen hat, ein jahreszeitlich besonders günstiges Datum zu besche-

ren. Wäre er etwa Mitte November oder Ende Februar geboren, so hätte man sicher einige Zweifel gehabt, ob das Geburtsdatum sich so sehr für den Weltrotkreuztag anbot.

Wie wurde er gefeiert? Zunächst appellierte man an die nationalen Rotkreuzgesellschaften, ihn durch große interne Feiern zu begehen, also Veranstaltungen aller Art, Ausstellungen, Herausgabe von Briefmarken, Funksendungen usw. durchzuführen. Schon sehr frühzeitig wurde aber auch auf internationaler Ebene der Rotkreuztag hervorgehoben. Insbesondere haben die Generalsekretäre der Vereinten Nationen an diesem Tag eindringlich zur Unterstützung des Roten Kreuzes aufgerufen. So hat schon 1952 der erste Generalsekretär Trygve Lie einen leidenschaftlichen Appell für das Rote Kreuz erlassen und darin folgendes gesagt:

„Es ist notwendig, daß jedes Jahr die ganze Welt den Weltrotkreuztag feiert und so eine besondere Gelegenheit darbietet, um auf das humanitäre Werk des Roten Kreuzes aufmerksam zu machen und dabei insbesondere seine Bedeutung für die Verständigung der Völker hervorzuheben.“

Das wichtigste Mittel wurden jedoch im

Dr. Anton Schlögel,
Generalsekretär a. D.



Laufe der Jahre die großen Ringsendungen, die zahlreiche europäische Gesellschaften sowie einzelne Rotkreuzgesellschaften auf anderen Kontinenten an diesem Tag durchführten. Im Jahre 1950 wurde die erste Ringsendung mit sechs teilnehmenden nationalen Rotkreuzgesellschaften gestartet, immer mehr Gesellschaften schlossen sich an. Damit wuchsen allerdings auch die technischen und programmatischen Schwierigkeiten, so daß sie in manchen Jahren nicht durchführbar war.

Diesen Ringsendungen ist wohl auch die Tatsache zu verdanken, daß bald für

jeden Weltrotkreuztag ein bestimmtes Thema als Leitwort gewählt wurde. Alle wichtigen Aspekte und Aufgaben des Roten Kreuzes, wie insbesondere der freiwillige Dienst, die Jugend, die Gesundheit und vieles andere waren im Laufe der Jahre Gegenstand des Mottos des Roten Kreuzes geworden. Daher liegt das Thema des Jahres 1987 „Helfen ohne Grenzen“ genau in der historischen Entwicklungslinie und entspricht gleichzeitig einer dringlichen Notwendigkeit unserer heutigen Zeit.

Dr. Anton Schlögel
– Generalsekretär a. D. –

Weltweite Hilfen

Der diesjährige Weltrotkreuztag (8. Mai) steht unter dem Motto „Helfen ohne Grenzen“. Dieses wird unter anderem bestätigt durch den Jahresbericht 1986 der Koordinierungsstelle für die Altkleidersammlungen des Deutschen Roten Kreuzes bei dessen Landesverband Oldenburg.

Rund 343 Tonnen haushaltsreiner Oberbekleidung und Textilien wurden in alle Welt verschifft. Schwerpunkte der Versorgung notleidender Menschen lagen auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch Lieferungen nach Südamerika und nach Asien wurden verzeichnet.

Um die Textilien in die Flüchtlingslager und Elendsgebiete der Welt zu transportieren, mußten 270 717,50 DM aufgewendet werden. Das bedeutet im Durchschnitt einen Aufwand von rund DM 790,- pro Tonne Bekleidung allein an Transportkosten. Zum Teil konnten die Transportkosten bezahlt werden aus Erlösen des Verkaufs von Textilien, die das Rote Kreuz für seine Betreuungsarbeit in den über 800 Kleiderkammern im

Bundesgebiet und für die geschilderten internationalen Hilfsmaßnahmen nicht benötigte oder die den Qualitätsanforderungen nicht genügten. Bei Hilfsgütersendungen sind viele Faktoren zu berücksichtigen, z. B. religiös-kulturelle Traditionen und natürlich ebenso klimatische Bedingungen. Besondere Probleme bereiten die Wünsche nach Kinderkleidung, die im Sammelgut des Roten Kreuzes entsprechend unserer Bevölkerungsentwicklung nur zu drei bis fünf Prozent zu finden ist. In den Ländern der 3. und 4. Welt jedoch werden häufig Lieferungen gewünscht, die bis zu 80 Prozent aus Kinderkleidung bestehen sollen. Bisher war es dem Deutschen Roten Kreuz möglich, alle Wünsche zu erfüllen, denn die großen Mengen gespendeter Bekleidung konnten durchsortiert werden, und es fand sich genug Kinderkleidung, um den Bedarf zu befriedigen. Vermehrt ist festzustellen, daß den Rotkreuzdienststellen wieder verwendbare Textilien ins Haus gebracht werden.

Uwe Schwarz

IKRK nimmt Tätigkeit in Afghanistan wieder auf

Ende Januar 1987 wurde mit der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan ein Übereinkommen getroffen, das dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) erlaubt, Schutz- und Hilfstätigkeiten zugunsten der Kriegsoffer in diesem Land zu entwickeln.

Das Übereinkommen sieht vor, daß das IKRK nach seinen Kriterien sämtliche Gefangenen besuchen kann. Die Besuche sollen im Gefängnis Pul-I-Charki in Kabul beginnen.

Im Bereich der Nothilfe wurde mit dem Afghanischen Roten Halbmond ein Abkommen zur Aufnahme von orthopädischen Hilfsmaßnahmen zugunsten von Kriegsversehrten unterzeichnet. Diese Aktion ist in Kabul bereits angelaufen. Drei Spezialisten des IKRK werden das Projekt gemeinsam mit dem Afghanischen Roten Halbmond durchführen.

• Weiterhin soll ein Hilfsprogramm die chirurgische Versorgung von Kriegsverletzten sicherstellen.

Schließlich ist ein Programm zur Verbreitung des humanitären Völkerrechts und der Grundsätze des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes vorgesehen. Erste Zielgruppe werden die Streit- und Sicherheitskräfte sein.

Das IKRK wird seine Hilfsaktionen an der afghanischen Grenze zu Pakistan zugunsten der Konfliktopfer fortsetzen.

So hat das Deutsche Rote Kreuz im Verbund mit dem Internationalen Roten Kreuz im Flüchtlingsdorf Adezai bereits im Jahr 1985 eine Basisgesundheitsstation eingerichtet und finanziert, in der über 6 000 Afghanen medizinisch betreut werden, die dort seit fünf Jahren leben. Erheblichen Anteil am Aufbau dieser Station hatten Bürger und Rat der Stadt Osnabrück, die dieses Vorhaben großzügig unterstützten. Um die medizinische Versorgung dieser Flüchtlinge weiterhin fortsetzen zu können, erbittet das DRK die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland um Spenden auf das Sonderkonto 41 41 41, Kennwort „Afghanistanhilfe“, bei allen Banken und Sparkassen sowie dem Postscheckamt Köln.

Viele Sendungen mit Altbekleidung gehen per Schiff in Notstandsgebiete.

(Foto: Hohmann)



Rettungs- sanitäter als Beruf bald an- erkannt?

Der hohe Ausbildungsstand beim ASB sowie dessen Leistungsfähigkeit wird auch von politischer Seite oft gelobt – mit Sicherheit zu recht.

Doch ganz unproblematisch ist das alles nicht. Darüber ließen sich jetzt auch die beiden SPD-Politiker Günter Kiehm (MdB) und Heinrich Aller während eines Besuches beim ASB in Seelze informieren.

Die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes sowie das Berufsbild des Rettungssanitäters standen dabei im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem stellvertretenden ASB-Landesvorsitzenden Hartmut Jamm, Rettungswachtleiter Ulrich Knothe und Jugendleiter Benno Blings.

Die ASB'ler machten ihren Gästen gegenüber deutlich, daß sich diejenigen, die Krankentransport und Rettungsdienst „rund um die Uhr“ und zu angemessenen finanziellen Bedingungen sichern wollen, mit dem Vordringen privater Konkurrenz in dem Bereich der Krankenfahrten kritisch auseinandersetzen müssen. „Gerade die Krankenfahrten helfen uns, den Rettungsdienst auszulasten und mitzuzufinanzieren“, erklärte Hartmut Jamm.

Auch die beiden Politiker meinten, daß ein konkurrierendes Nebeneinander von privaten und nicht-privaten Unternehmen die Kosten deutlich ansteigen lassen werden. Um dem entgegenzutreten, seien nun die Politiker gefordert. „Das Personenbeförderungsgesetz muß dahingehend geändert werden, daß die Zulassung privater Unternehmen zur Durchführung von Krankentransporten einer gesonderten Regelung unterliegt“, stellte Günter Kiehm dazu fest. Die Aus-

Bewährungsprobe für Rettungshunde

Großeinsatz für die Helfer des ASB Nürnberg und Altdorf: Am 21. Januar 1987 ereignet sich kurz nach Mitternacht im Nürnberger Norden ein schweres Gasexplosionsunglück; dabei stürzt ein mehrstöckiges Mietshaus in sich zusammen. Kurz darauf sind bereits die Nürnberger ASB-Helfer vor Ort, gegen 5.00 Uhr trifft auch die Suchhundestaffel des ASB Altdorf ein. Drei Stunden später wird eine Verschüttete, die das Unglück wie durch ein Wunder nur leicht verletzt überlebt hat, von einem ASB-

Hund unter meterhohen Trümmern ausgemacht und gerettet.

Die Suchhunde bleiben bis zum Abend im Einsatz; die Helfer des ASB Nürnberg sind bis zum Ende der Sucharbeiten noch 40 Stunden mit einem Rettungs- und Krankenwagen sowie ihrer mobilen Hilfsstelle dabei. Für die Helfer vom ASB Altdorf und ihre Hunde war der Einsatz in Nürnberg eine erste, harte Bewährungsprobe. mt

Unten: Manchmal geht es ohne Rettungshunde nicht.



bildung nimmt beim Arbeiter-Samariter-Bund, wie bei anderen Rettungsorganisationen natürlich auch, einen breiten Raum ein. Dabei wird unter „Ausbildung“ allerdings zumeist das Erlernen von Erste-Hilfe-Maßnahmen verstanden. „Nur wenigen ist bekannt, daß bei der Ausbildung zum Rettungs-Sanitäter immer noch einiges im argen liegt“, beklagten sich Hartmut Jamm, Ulrich Knothe und Benno Blings übereinstimmend. Hier sei es ebenfalls Sache der Politiker, für Abhilfe zu sorgen. Sowohl Günter Kiehm als auch Heinrich Aller schlossen sich der Meinung des ASB an, daß die Arbeit des Rettungs-Sanitäters endlich als Beruf anerkannt werden muß und betonten: „Es geht nicht an, einerseits Ausbildungsstand und Leistungsfähigkeit in den höchsten Tönen zu loben und andererseits untätig zuzusehen, wie dieser Standard gefährdet wird. Letztlich geht es immerhin um Gesundheit und Leben von Menschen.“ Die beiden SPD-Politiker wollen sich nun verstärkt um die in Seelze erörterten Probleme kümmern. Frank Herrmann

Humanitäre Auslandshilfe ist fester Bestandteil des ASB

Die humanitäre Auslandshilfe ist zu einem festen Bestandteil der ASB-Aufgaben geworden und besteht im wesentlichen in der engen Zusammenarbeit mit Parität International (PI), dem Internationalen Arbeiterhilfswerk (IAH) und allen wichtigen Stellen wie zum Beispiel dem Auswärtigen Amt, der EG und dem Katastrophenhilfswerk der Vereinten Nationen.

Die Arbeitsgemeinschaft Parität International wurde auf Anregung des ASB im Juni 1981 im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWW) gegründet.

Den Vorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft hat der ASB übernommen. Parität International leistet humanitäre Hilfe in aller Welt, unabhängig von den politischen oder religiösen Verhältnissen in den betroffenen Ländern. Durch Zusammenschluß mit Partnerorganisationen und durch Nutzen der vielfältigen Möglichkeiten innerhalb des DPWW werden Bereitschaft und Einsatz zu Soforthilfen gesichert und Hilfen zur Lebenserhaltung so zielführend und wirksam wie möglich geleistet. Grundsätzlich hilft der ASB überall da, wo Hilfe erforderlich ist – außer wenn kriegerische Handlungen stattfinden.

Im Internationalen Arbeiterhilfswerk ist der ASB schon seit Anfang der 60er Jahre vertreten. Dort arbeitet er auch in einem besonderen Arbeitsausschuß des IAH mit, nämlich im Ausschuß für Solidaritäts- und Katastrophenhilfe. Die vom ASB erstellte Konzeption zur humanitären Soforthilfe bei Katastrophen fand dort große Zustimmung. Ziel dieser Konzeption ist es, die beim ASB-Bundesverband errichtete Einsatzzentrale für humanitäre Auslandshilfe auch für IAH-Zwecke zu nutzen. Bei Auslandskatastrophen wird ein Krisenstab eingerichtet, der rasche Entscheidungen für die Katastrophenhilfe trifft. Schon bisher klappte die Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen des IAH recht gut, so führte der ASB gemeinsam mit der belgischen Partnerorganisation Solidarité Socialiste, der Norwegischen Volkshilfe, der Österreichischen Volkshilfe und der Dänischen Volkshilfe Gemeinschaftsprojekte durch.

Die ASB-Einsatzzentrale hat ihren Sitz in der Bundesgeschäftsstelle Köln und untersteht dem Bundesvorstand. Sie setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Bundesgeschäftsführer,
- hauptamtlicher Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, Abt. Auslandshilfe und Technisches Referat,
- mindestens ein Mitglied des Bundesvorstandes,
- je nach Bedarf ein oder mehrere Vertreter der Landesverbände bzw. ein Verbindungsmann der Landesverbände.

Entscheidungen bei der Soforthilfe bei Katastrophen aller Art werden im Einzelfall von Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstands getroffen.

Die ASB-Einsatzzentrale hat folgende Aufgabenschwerpunkte:

Sie ist Logistikzentrum, betreibt Kurzwellensender, verfügt über Fernschreiber, Teletex, Telefax, Bildschirmtext, organisiert Transporte von Gerät, Material, Verpflegung und Lastkraftwagen, hat Flugplatzkontakte und Firmenkontakte

zu Lieferanten von Arzneimitteln und Sanitätsausstattungen, Betten, Woldecken, Verpflegung usw.

Die Einsatzzentrale koordiniert alle Dateien, Ausrüstungen, Ausbildung und Vorbereitungen im Vorfeld und veranlaßt die notwendige Helferschulung bei der Bundesschule.

Des Weiteren stellt sie die Kontakte zu Bundesregierung, UNDRO, UNHCR, IAH, Botschaften, Bundeswehr, Konsulaten her, führt die Pressearbeit durch, koordiniert die verschiedenen Hilfsmöglichkeiten der ASB-Gliederungen, führt die verwaltungstechnische Abwicklung des Auslandshilfeeinsatzes, zum Beispiel Abschluß von Versicherungen, Bereitstellung von Geldmitteln, Genehmigungen, Zoll- und Grenzformalitäten im Vorfeld sowie Dolmetschervermittlung durch.

Auf Beschluß der 12. ASB-Bundeskonferenz vom Oktober 1986 wurde die Einsatzzentrale des ASB-Bundesverbandes erweitert um folgende Aufgaben:

- Organisation der Luftrückholung für alle ASB-Mitglieder und Vermittlung von bodengebundenen Rückholeinsätzen an die Ortsverbände,
- Einsatzzentrale der im DPWW zusammengeschlossenen Organisationen,
- Einsatzzentrale des Internationalen Arbeiterhilfswerks (IAH),
- Einsatzzentrale für EDV-gesteuerte Gesamtmaterialefassung im ASB einschließlich der bundeszentralen Mitgliederdatei und
- Zentralstelle des ASB für Information der UNDRO (Katastrophenhilfswerk der Vereinten Nationen). W. M.

ASB stellte sich im International Club of Cooperation in Genf vor

Der Arbeiter-Samariter-Bund war als einzige deutsche Organisation vom Präsidenten des Internationalen Club of Cooperation zu einem internationalen Forum vom 9. bis 10. Januar 1987 in Genf eingeladen. Dort diskutierten Vertreter aller Länder aus Ost und West über die internationale Zusammenarbeit.

Der ASB hatte Gelegenheit, vor diesen angesehenen internationalen Experten seine Arbeit und hier insbesondere die Auslandsarbeit vorzustellen.

Berlin: ASB-Wasserrettungsdienst zog Bilanz

Eine richtige „Wasserstadt“ – das ist Berlin-West. Zwischen Spandauer Schleuse und Niedermueendorfer See geht es im Sommer zur Sache. Helmut Pohl, in seiner Freizeit Leiter des Fachdienstes Wasserrettung im ASB, kann ein Lied davon singen. Allein im vergangenen Jahr kamen 23 337 Dienststunden zusammen – man rechne sich aus, was diese ehrenamtliche Leistung pro Jahr kosten würde! Dennoch: Pohl bezeichnet die vergangene Saison als „ruhig“. Als die Badezeit vorbei war, war es auch mit dem Wind vorbei, Regatten verliefen daher ruhig. Arbeit gab es dennoch für die Samariter sowie die Rettungsschwimmer der DLRG.

Die Statistik nennt 213 Erste-Hilfe-Leistungen in Saatwinkel und den sechs Außenstationen. 24 Menschen kamen per Rettungswagen ins Krankenhaus, 99 Boote kenterten, 132 Insassen wurden aus dem Wasser gefischt, drei davon vor dem sicheren Ertrinken bewahrt.

Als gefährlich erwiesen sich – für die ASB'ler nichts Neues – die motorbootfreien Tage. Da zog es so manche Wasserratte (oft auf der Luftmatratze) mitten in die Fahrrinnen der Dampfer und Schleppkähne. Man kann sich lebhaft vorstellen, daß die Rettungsboote des ASB da einiges zu tun hatten.

Über 800 Bootsbesitzer wurden in Schlepp genommen, um wieder frei oder in den sicheren Hafen zu kommen. Partner der Samariter sind seit über dreißig Jahren die Schwimmer der DLRG Reinickendorf: Gemeinsam geht's eben noch besser.

Inzwischen verfügt der ASB in Saatwinkel über ein neues Haus, das an einem „Tag der offenen Tür“ am 13. Juni 1987 der Bevölkerung vorgestellt werden soll.

Ob sich an diesem Tag auch einige neue Mitglieder vorstellen werden? Der ASB hofft darauf, denn immer noch werden Aktive gebraucht. KM

Der entscheidende Durchbruch

Berufsbild Rettungssanitäter

Neue gesetzliche Regelung in Sicht

Die Bestrebungen zur Schaffung von Berufsbildern für das im Rettungsdienst tätige nichtärztliche Personal sind einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Anlässlich einer Besprechung im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) mit Vertretern der Bundesländer und der Hilfsorganisationen wurde am 14. 1. 1987 der entscheidende Durchbruch erzielt.

Zur Vorbereitung der Besprechung hatten die Hilfsorganisationen allen Beteiligten ein Positionspapier übersandt, in dem die gemeinsam getragenen Eckpunkte noch einmal zusammengefaßt wurden. Sie sollen hier – auszugsweise – noch einmal verdeutlicht werden:

Unsere Position

1. Die Hilfsorganisationen unterstützen grundsätzlich und nachdrücklich die Bestrebungen, ein Gesetz über den Beruf der Rettungssanitäterin/des Rettungssanitäters zu schaffen. Sie sehen die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes vor allem aus Gründen des beruflichen Schutzes und der sozialen Absicherung des im Rettungsdienst hauptberuflich tätigen nichtärztlichen Personals sowie in dem Bestreben nach bestmöglicher Gesundheitsfürsorge für den Patienten.

Letzteres erfordert eine ständige Verbesserung der Ausbildung des im Rettungsdienst tätigen Personals in Anpassung an den medizinisch-technischen

Fortschritt, darf aber keine erweiterte Befugnis für das Tätigwerden dieses Personals beinhalten.

2. Es muß sichergestellt werden, daß auch zukünftig der ehrenamtliche Helfer qualifiziert im Rettungsdienst (Notfallrettung und Krankentransport) mitwirken kann. Dies setzt voraus, daß ein dreistufiger Ausbildungsgang, wie im bekannten Modellvorschlag des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) vorgesehen, künftig der Ausbildung des Rettungsdienstpersonals zugrunde gelegt wird. Sie soll wie bisher in der Verantwortung und Durchführung bei den im Rettungsdienst tätigen Organisationen liegen.

3. Als Folge eines Gesetzes über den Beruf der Rettungssanitäterin/des Rettungssanitäters darf nicht aufgrund struktureller Veränderungen am Rettungsdienstsystem eine Minderversorgung der Bevölkerung eintreten.

Sollte die Besetzung der Rettungsmittel zukünftig mit mindestens einem gesetzlich anerkannten Rettungssanitäter vorgeschrieben werden, dann muß neben einander gewährleistet sein:

a) daß im Rahmen einer Übergangsregelung die bisher im Rettungsdienst tätigen Rettungssanitäter in den uneingeschränkten Genuß der gesetzlichen Anerkennung kommen und dementsprechend auch nach Inkrafttreten des Gesetzes eingesetzt werden können,

b) daß die zukünftigen gesetzlichen Ausbildungsanforderungen des im Rettungsdienst ehrenamtlich tätigen Personals die Möglichkeit eröffnen, in angemessener Zeit die Qualifikation zur/m

staatlich anerkannten Rettungssanitäterin/Rettungssanitäter auf der Grundlage des DRK-Modells zu erreichen,

c) daß hierfür zusätzlich ausreichende Mittel auf Dauer rechtsverbindlich bereitgestellt werden, die weder zu Lasten bisheriger Staatszuschüsse, des ehrenamtlichen Personals noch der Rettungsdienst-Organisation gehen dürfen.

4. Es muß sichergestellt werden, daß die Mehrkosten, die im Falle eines gesetzlichen Berufsbildes zu erwarten sind, von den Bundesländern und ggf. den Kommunen sowie den Kostenträgern in vollem Umfang getragen werden und weder praktisch noch psychologisch (Kostendämpfung) zu Lasten der Rettungsdienst-Organisationen gehen.

Dies um so mehr, als die von den Rettungsdienst-Organisationen angestrebte Beibehaltung eines möglichst hohen Anteils ehrenamtlicher Rettungssanitäter auf lange Sicht einen entscheidenden Kostendämpfungsbeitrag darstellt.

5. Die Erfüllung aller Gesichtspunkte nebeneinander ist Voraussetzung für die Akzeptanz der Rettungsdienstorganisationen, weil nur dadurch die Interessen der Rettungssanitäterinnen/der Rettungssanitäter, das Funktionieren des Rettungsdienstes, dessen Ökonomie sowie schließlich das Selbstverständnis der im Rettungsdienst tätigen Organisationen auf Dauer gewährleistet sind.

Betrachtet man das Ergebnis der Besprechung am 14. 1. 1987 im BMJFFG, so zeigt sich, daß die o. g. Grundpositionen der Hilfsorganisationen im weiteren Verlauf der Schaffung des Berufsbil-



Oben: Abschlußprüfung im Rahmen der 520stündigen Ausbildung: Freihalten der Atemwege durch die stabile Seitenlage.

Unten: Hier die Einweisung durch einen Fachprüfer in das Fallbeispiel „Thoraxtrauma“.



des – und hier besonders im zweiten Gesetzentwurf – ihren Niederschlag finden werden. Es kristallisiert sich ein für die im Rettungsdienst eingebundenen Hilfsorganisationen praktikables Verfahren heraus, das die Qualität des bundesdeutschen Rettungsdienstes nicht in Frage stellen wird; im Gegenteil.

Der Kompromiß

1. Die Vertreter der Bundesländer signalisierten, daß nach Inkrafttreten des o. g. Gesetzes und nach einer Über-

gangszeit nur eine Person auf dem Notarztwagen/Rettungswagen über die neue (im gen. Gesetz geregelte) Qualifikation verfügen muß.

2. Die bisherige 520stündige Ausbildung bleibt erhalten; sie qualifiziert zukünftig zum „2. Mann“ auf dem Rettungswagen.

3. Bei der Besetzung des Krankentransportwagens ist nicht daran gedacht, hier eine Person mit der neuen (im gen. Gesetz geregelten) Qualifikation vorzuschreiben.

4. Der über 520 Stunden ausgebildete

Mitarbeiter wird sich auch zukünftig RETTUNGSSANITÄTER nennen dürfen, während der über zwei Jahre ausgebildete Mitarbeiter RETTUNGSASSISTENT heißen wird (was natürlich auch eine Umbenennung des o. g. Gesetzes sowie Neuformulierungen in den Ländergesetzen nach sich zieht).

5. Die Ausbildung beider o. g. Mitarbeiter bleibt auch zukünftig in der Hand und der Verantwortung der im Rettungsdienst tätigen Organisationen.

6. Die auf mehrere Jahre ausgelegte Übergangsregelung wird besagen, daß die heute über 520 Stunden ausgebildeten Rettungssanitäter als Rettungsassistenten im Sinne des o. g. Gesetzes anerkannt werden können.

7. Dem ehrenamtlichen Mitarbeiter wird es in seiner Freizeit möglich sein, die Qualifikation des Rettungsassistenten zu erwerben; es ist zunächst an max. 1 200 Stunden Theorie und 1 600 Stunden Praxis, verteilt auf mehrere Jahre, gedacht; die genannten Stundenzahlen werden sich im Rahmen weiterer Verhandlungen mit großer Wahrscheinlichkeit noch weiter nach unten reduzieren (Orientierung am bekannten Modellvorschlag des DRK).

8. An der endgültigen Ausarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung werden die Organisationen maßgeblich beteiligt werden.

Wir können zufrieden sein

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß

- dem Element des Ehrenamtes auch zukünftig mit der für die Organisation erforderlichen Gewichtung Rechnung getragen wird;
- den Organisationen ein angemessener Zeitrahmen verbleibt, evtl. erforderliche innerverbandliche Strukturveränderungen herbeizuführen.

Das zuständige BMJFFG ist bestrebt, die erzielten Übereinstimmungen in einen neu zu formulierenden Gesetzentwurf einzubringen. Dieser Entwurf soll im Februar/März 1987 versandt, im April in einem weiteren Anhörungsverfahren (Bundes- und Länderressorts, Berufsverbände, Organisationen) erörtert und bis Mai 1987 zur Kabinettsreife vorbereitet werden. Nach Zuleitung an den Bundesrat könnte dann nach der Sommerpause mit der Aufnahme der parlamentarischen Beratung gerechnet werden.

Es sieht also ganz so aus, als würde ein seit Jahren bestehendes und kontrovers diskutiertes Problem vor einem – für alle – befriedigenden Abschluß stehen.

Werner Franzen

Erste Tagung der Malteser- Apotheker

Ein umfangreiches Arbeitspensum hatten die Apotheker auf ihrer ersten Informationstagung auf Bundesebene zu bewältigen, die vom 22. bis 23. November 1986 in Friedrichsdorf/Taunus stattfand.

Wolfgang Wagner, Chefapotheker in einem Düsseldorfer Krankenhaus und ehrenamtlich mit dem Aufbau des Fachbereichs Arzneimittelwesen betraut, hatte die schwierige Aufgabe, ein für altgediente MHD-Mitglieder und für Apotheker, die anlässlich dieser Tagung erstmals Kontakt mit der Hilfsorganisation hatten, gleichermaßen attraktives Programm zu erstellen. So entstand eine Mischung aus Informationen und gemeinsamer Arbeit des noch jungen Fachbereichs.

Einen Überblick über Geschichte, Entwicklung, Aufgaben und Arbeit des MHD gab stellvertretender Generalsekretär Heinz Himmels.

Die Arbeit und Aufgaben der Apotheker im MHD werden primär im örtlichen Bereich angesiedelt sein. Hierzu zählt die Aus- und Fortbildung der Helferschaft in der Arzneimittellehre, für die als Arbeitsgrundlage das Handbuch „Arzneimittelkunde für den Unterricht im MHD“ erstellt wurde. Verantwortlich werden die Apotheker für die Überprüfung der vorgehaltenen Arzneimittel sein, die sich an der Dienstweisung „Umgang mit Arzneimitteln im MHD“ orientiert.

Ein weiterer Schwerpunkt soll in der Be-

ratung bei der Beschaffung von Arzneimitteln liegen. Aus diesem Grund informierte Prof. Dr. med. Peter Sefrin, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Notärzte Deutschlands (BAND), die Apotheker in einem Referat über die Infusionstherapie in der Notfallmedizin aus notärztlicher Sicht.

Großen Raum nahm die Diskussion über die Probleme ein, die das derzeit gültige Arzneimittelrecht für den Rettungsdienst bietet. Als Ergebnis wurde die Empfehlung erzielt, daß der MHD gemeinsam mit den Notarztverbänden

und den Ärztekammern sowie den anderen Hilfsorganisationen in der nächsten Legislaturperiode die Initiative zur Verbesserung dieser schwierigen Situation ergreifen soll.

Derzeit sind noch nicht in allen Diözesen Apotheker für den Malteser-Hilfsdienst tätig. Daher stand am Schluß der Tagung die Bitte an die Anwesenden, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen, damit der Aufbau des Fachbereichs Arzneimittelwesen im MHD zügig fortgesetzt werden kann.

Gerda Saxler

Prof. Dr. med. Peter Sefrin (2. v. l.) im Gespräch mit Tagungsteilnehmern.



Lepraprojekt Thailand:

Moderne Behandlungsmethoden bringen Heilung

Der Malteser-Hilfsdienst stellt das einzige deutsche Team an der thailändisch-kambodschanischen Grenze. Für die rund 250 000 Flüchtlinge aus Kambodscha gibt es auch weiterhin keine Hoffnung auf eine Aufnahme in westliche Länder oder eine Rückkehr in ihre Heimat.

Der MHD wird daher die Betreuung der Leprakranken unter den Flüchtlingen in Khao-I-Dang und in den Lagern an der kambodschanischen Grenze fortsetzen.

Während noch Ende Januar die südostasiatischen Zeitungen von der Verhandlungsbereitschaft der Vietnamesen in

Kambodscha mit der im Exil lebenden Koalitionsregierung der Widerstandsgruppen berichteten, folgte wenige Tage darauf ein eindrucksvolles Dementi. Die Vietnamesen sprachen von Falschmeldungen und beschossen das Lager Site 2, in dem rund 150 000 Flüchtlinge leben. Fünf Granaten schlugen ein, es gab acht Schwerverletzte.

Das vierköpfige MHD-Team hielt sich zu diesem Zeitpunkt glücklicherweise nicht in diesem MHD-Lager auf.

Indes ist für die Flüchtlinge die Lage schwieriger geworden. Die Grenze wurde in den letzten Jahren von den Viet-

namesen stark vermindert. Damit wollen sie einerseits die Operationen der von den Exilparteien geführten Guerillagruppen unterbinden, andererseits legt das Besatzungsregime in Kambodscha unter Heng Samrin keinen großen Wert auf die Rückkehr der Flüchtlinge. Sie sind Abtrünnige, die dem Regime den Rücken gekehrt haben, obwohl es die Kambodschaner aus der fünfjährigen Tyrannei Pol Pots „befreite“. Viele Flüchtlinge versuchen dennoch – oftmals nach jahrelangem Lageraufenthalt – in ihre Heimat zurückzukehren. Viele werden dabei von Minen zerrissen oder schwer verletzt. Der Anteil amputierter Flüchtlinge in den Lagern ist erheblich. Es gibt Hinweise darauf, daß an der Grenze alte Holzminen verwendet werden, die von Minendetektoren nicht gefunden werden.

Diese Umstände sind für das Team des MHD nur Rahmenbedingungen, mit denen sie fertig werden müssen. Ihre Arbeit gilt den 210 Leprapatienten in Khao-I-Dang, Site 2 und Site 8. Der Großteil von ihnen kann ambulant behandelt werden. Mehr als 30 befinden sich jedoch wegen Komplikationen oder nach operativen Eingriffen in stationärer Behandlung.

Die Lepra ist heute grundsätzlich heilbar. Wir die Krankheit im Frühstadium erkannt, bestehen gute Aussichten auf eine spurlose Ausheilung. Dazu Dr. Peter Hartmann, 32, Teamleiter in Aranyapathret:

„Moderne Behandlungsmethoden nach den Richtlinien der WHO haben die Heilungschancen erheblich verbessert. Die Behandlungsdauer kann im Schnitt auf ein Drittel der früheren Zeit vermindert werden.“

Das Team, zu dem eine deutsche Krankenschwester, eine Thai-Krankenschwester sowie ein deutscher Praktikant gehören, wendet eine Mehrmedikamententherapie an, die durch Bewegungsübungen und wiederherstellende Operationen zur Verbesserung der Beweglichkeit ergänzt wird. Die guten Aussichten



Der Anteil der beinamputierten Flüchtlinge ist in den Grenzlagern sehr hoch. Deshalb wurden Werkstätten eingerichtet, in denen Prothesen hergestellt werden.

auf eine erfolgreiche Behandlung werden jedoch allzuoft beeinträchtigt. Einige Patienten kehren vorübergehend nach Kambodscha zurück. Die kontinuierliche Behandlung wird unterbrochen, und nicht selten müssen bei der Rückkehr der Patienten in die Lager akute Lepra-Reaktionen mit einer vollkommen neuen Therapie behandelt werden.

Die Malteser gelten als Spezialisten für Hautkrankheiten. Es kommt oft vor, daß die Ärzte der Lagerhospitaler das deutsche Team aufsuchen, weil helle oder rötliche Flecken ihrer Patienten nicht zu behandeln waren und sich statt dessen Knoten und Nervenentzündungen einstellten. Unser Team diagnostiziert gründlich, ordnet Laboruntersuchungen an und nimmt Sensibilitätstests vor. Ist die Krankheit eindeutig als Lepra identifiziert, beginnt eine oft mehrjährige Behandlung. Doch schon nach sechs Wochen hat das Team die Krankheit soweit

unter Kontrolle, daß sie nicht mehr ansteckend ist.

Bei einem unserer Lagerbesuche werde ich Zeuge, wie unser Team arbeitet und welche Bedeutung unsere Arbeit für die Patienten hat. Bei einem Besuch des Lagers Site 8, in dem mehr als 30 000 Anhänger des ehemaligen Diktators Pol Pot untergebracht sind, besuchten Dr. Hartmann und ich einen 14jährigen Patienten. Bei ihm wurde eine Vielzahl von Leprabakterien mikroskopisch festgestellt. Seine Erkrankung gilt als schwerwiegend, es besteht Ansteckungsgefahr.

In der schachbrettartigen Anlage der Tausenden von Bambushütten finden wir endlich jene, in der unser Patient wohnen soll. Wir treffen seine Mutter mit einem ca. zweijährigen Kind auf dem Arm. Ich merke, wie Dr. Hartmann sogleich mit prüfendem Blick den kleinen Jungen mustert, jedoch dann zunächst der Mutter rückhaltlos Aufklärung über den Krankheitszustand ihres Sohnes gibt. Der 14jährige selbst war zur Reiseverteilung unterwegs. Die UNO schafft monatlich 4 500 t Nahrungsmittel in die Lager. Als unser Dolmetscher die Diagnose des Malteser-Arzt übersetzt, kommen immer mehr neugierige Nachbarn hinzu. Es überrascht, daß die sonst so verhaltenen, ausgeglichenen und scheinbar wenig Regung zeigenden Khmer schier drei Schritte zurückweichen, als das Wort „Lepra“ fällt. Die Diagnose schlägt ein wie ein Geschoß.

Angst und Entsetzen stehen in den sonst so verschlossenen Gesichtern. Dr. Hartmann fängt die Situation geschickt auf. Er berichtet laut und deutlich, daß die Lepra innerhalb sechs Wochen unter Kontrolle sein kann und keine Ansteckung zu befürchten ist. Auch unser assistierender Khmer muß laut und deutlich übersetzen, damit alle Umstehenden von den Möglichkeiten der Heilung erfahren. Dr. Hartmann ordnet die stationäre Aufnahme des 14jährigen in ein Hospital in Site 8 an. Die Mutter des Jungen wird tags darauf von der Krankenschwester Hermine Winkler untersucht. Denn es ist durchaus möglich, daß noch weitere Familienmitglieder sich im Anfangsstadium der Krankheit befinden – auch wenn rein statistisch gesehen nur 15% aller Menschen Lepra bekommen können.

Die Arbeit des deutschen Teams wird hoch geschätzt. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und die United Nations Border Relief Operation, aber auch die Bundesregierung haben sehr starkes Interesse an der Fortführung des MHD-Projektes. Es wurde bisher mit erheblicher Unterstützung durch das Auswärtige Amt finanziert.

Martin Pfeifer



Dr. Hartmann betreut 210 Leprapatienten.

Hauptbrandmeister Erich Geyer,
Feuerwehr Ulm

Millionen- schaden durch Großbrand

Brandbekämpfung und Patienten-
evakuierung in Ulm



Am Montag, dem 20. Oktober 1986, wurde die Feuerwehr Ulm zu einem Laborbrand gerufen, der fünf verletzte Personen sowie einen Sachschaden von mehr als 20 Millionen Mark forderte.

Das Brandobjekt

Brandobjekt ist ein dreigeschossiger Flachdachbau der Inneren Medizin, der 1968 als erster Neubau auf dem Klinikgelände entstanden ist. In diesem Gebäude sind verschiedene Räume für die ambulante Versorgung von Patienten sowie zahlreiche Labors der klinischen Chemie, Pathologie, Neurologie, Hämatologie und Nuklearmedizin untergebracht. In südlicher Richtung ist das Ambulanz- und Laborgebäude an den Haupttrakt der Patientengebäude, der unter anderem im 3. OG die Intensivstation enthält, angebaut.

Brandschutztechnisch sind diese beiden Gebäude durch zugelassene Profiltürteile zur Herstellung rauchdichter Türen mit G-60-Verglasung voneinander getrennt. Diese Türelemente sind den vorhandenen Flurbreiten und Deckenformen des Altbaus sowie den Betriebsbedingungen angepaßt worden.

In westlicher Richtung befindet sich in ca. 15 m Entfernung die Isolierstation, welche über einen ca. 2,5 m breiten Verbindungsgang mit dem UG des Brandobjekts verbunden ist. In diesen Gang ist eine Drehtüre, bestehend aus Stahlrahmen mit Drahtglaseinsatz eingebaut. Die Türe ist in offenem Zustand arretierbar und nicht selbstschließend.

Am Brandtag war sie glücklicherweise geschlossen.

Von einem unter dem Laborgebäude liegenden Kriechkeller, der eine „Technische Zentrale“ enthält, führen Heizkanäle zu Haus 3, Haus 2 und Haus 5. In senkrechter Richtung durchbrechen zwei Lüftungs- und Installationsschächte die Geschoßdecken des Laborgebäudes von der „Technischen Zentrale“ im Kriechkeller bis in die „Dachzentrale“, die sich als Aufbau auf dem Flachdach befindet und verschiedene Gebläse und Filteranlagen beinhaltet. Diese zwei

Schächte sind hinten und seitlich aus Beton gefertigt, die Vorderseite ist mit Asbestzementplatten verblendet. In ihnen verlaufen die Zu- und Abluftleitungen, Abwasserleitungen sowie die Elektroinstallationen des gesamten Gebäudes.

Je Stockwerk sind in die Betonrückwände Schaltkästen für die Elektroverteilung eingebaut. Die Lüftungs- und Elektroinstallation verläuft dann unter abgehängten Decken zu den einzelnen Räumen. Die Abtrennung der einzelnen Labors und Untersuchungsräume unter-



Der vollkommen ausgebrannte Laborraum im UG, in dem das Feuer gelegt wurde.

einander besteht aus beschichteten Wandelementen.

Das Ambulanz- und Laborgebäude ist über eine Brandmeldeanlage direkt mit der Feuerwehr verbunden.

Das Wetter

Zur Zeit des Brandausbruches herrschten Temperaturen von +6 bis +7 °C. Der Wind kam konstant aus südwestlicher Richtung mit einer Geschwindigkeit von 12–19 km/h. Die Bewölkung betrug ca. 5/8.

Die Brandmeldung

Um 2.02 läuft auf der Einsatzleitzentrale der Hauptfeuerwache die Feuermeldung der automatischen BMA der Uni-Klinik Safranberg ein. Kurze Zeit später wird der Brand von mehreren Klinikbediensteten über Notruf 112 gemeldet.

Eine Laborantin, die zur Zeit des Brandausbruches Nachtdienst in einem Notfalllabor im 1. OG versehen hat, macht später folgende Aussage: „Als die Hupe der BMA losging, war auf dem Gang des 1. OG noch nichts Außergewöhnliches zu sehen. Ich habe die Tür wegen des Lärms zugemacht und weitergearbeitet. Als es im Raum unheimlich warm wurde, habe ich das Fenster geöffnet und unter mir nur noch Rauch und Flammen gesehen. Als ich die Tür zum Flur öffnete, war da nur noch schwarzer Qualm.“

Der Einsatzablauf

Nachdem ein TLF 16 kurz vor dem Meldeeingang aus der Uni-Klinik von einem Pkw-Brand zurückkommt, kann dieses voll besetzte Fahrzeug bereits während der Alarmauslösung um 2.03 Uhr für den zuständigen LZ 1 ausrücken.

Es kommt um 2.06 Uhr an der Einsatzstelle an und nimmt mit zwei Trupps unter PA zwei C-Rohre von der östlichen Seite über das Treppenhaus ins UG zur Brandbekämpfung vor. Um 2.09 Uhr rückt der LZ 1 mit 1 ELW, 1 LF 16 TS, 1 weiteren TLF 16, 1 RW 2 und der DL 30 zur Uni-Klinik aus.

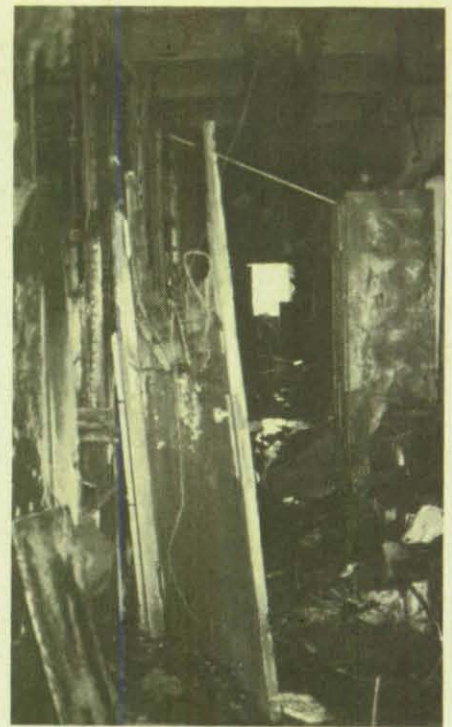
Die um 2.13 Uhr ankommenden Fahrzeuge nehmen an der nördlichen FW-Zufahrt entlang des Brandobjekts Aufstellung und beginnen mit der Brandbekämpfung von der Westseite aus. Ein Trupp dringt mit einem C-Rohr unter PA über den Eingang ins UG ein. Ein Vorwärtskommen ist wegen der starken Rauch- und Hitzeentwicklung nur sehr schwer möglich.

Ein weiterer Trupp nimmt von der südli-

chen Seite von außen an der geborstenen Fensterfront ein C-Rohr vor. Gleichzeitig werden zwei Trupps mit PA und zwei C-Rohren zur Überprüfung ins EG beordert. Nach Auskunft des befragten Klinikpersonals befindet sich niemand mehr im Laborgebäude.

Nachdem sich die Rauchentwicklung immer mehr ausbreitet, fordert der Einsatzleiter weitere Verstärkung an. Dies führt zur Alarmierung des LZ 2. „Über den Verbindungsgang im UG dringt durch die Drehtüre Rauch in die Isolierstation ein!“ wird aus diesem Bereich gemeldet. Es wird sofort das Be- und Entlüftungsgerät des RW 2 in Stellung gebracht. Dadurch kann eine in diesem Bereich nur unter schwierigsten Bedingungen durchführbare Evakuierung verhindert werden.

Zur Betreuung der Einsatzkräfte wird vom DRK um 2.20 Uhr vorsorglich ein RTW zur Einsatzstelle beordert. Um 2.27 Uhr kommt es zu einem plötzlichen



Oben: Der total zerstörte Flur zu den Labors im UG, Südseite.

Links: Die durch Hitzeentwicklung geschmolzene Scheibe eines Abzugkastens in einem Labor im EG.

Unten: Einer der durch Hitze- und Raucheinwirkung beschädigten Räume.

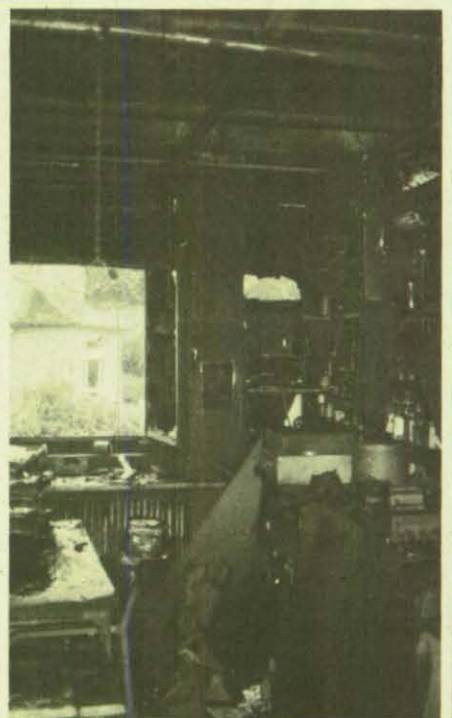


Übergreifen des Feuers ins 1. OG – wie sich später herausstellt, über den Installationsschacht –, was das sofortige Vorgehen weiterer Trupps nötig macht. Ein Trupp nimmt über eine Steckleiter ein C-Rohr unter PA über das westliche Flurfenster ins 1. OG vor und beginnt dort mit der Brandbekämpfung.

Ein weiterer Trupp steigt über die Schiebleiter von der Südseite ins OG ein. Parallel dazu wird von der Besatzung des zweiten TLF zur Absicherung der Dachzentrale ein C-Rohr über die DL 30 auf das Flachdach vorgenommen.

Zwei weitere Trupps mit C-Rohren übernehmen die Brandbekämpfung im UG vom Lichtschacht und im OG vom Korb der DL 30 aus. Da die Rauchentwicklung immer stärker wird, werden weitere Be- und Entlüftungsgeräte sowie der GW-A angefordert.

Von der DRK-Leitstelle werden die Führungsgruppen von DRK und ASB in



Alarmbereitschaft versetzt. Das dienstfreie Klinikpersonal wird laut Alarmkartei vom Pförtner über eine im Personalwohnheim installierte Klingelanlage alarmiert und bereitet eine eventuelle Verlegung von Patienten vor.

Der LZ 2 mit 1 TLF 16, 1 GW 2 und 1 LF 16 TS sowie der GW-A der Wache 1 treffen um 2.32 Uhr an der Einsatzstelle ein. Die Brandausbreitung macht die Bildung von zwei Einsatzabschnitten erforderlich. Einsatzabschnitt I umfaßt den Bereich des Innenhofs an der Ostseite, Einsatzabschnitt II den westlichen Gebäudeteil.

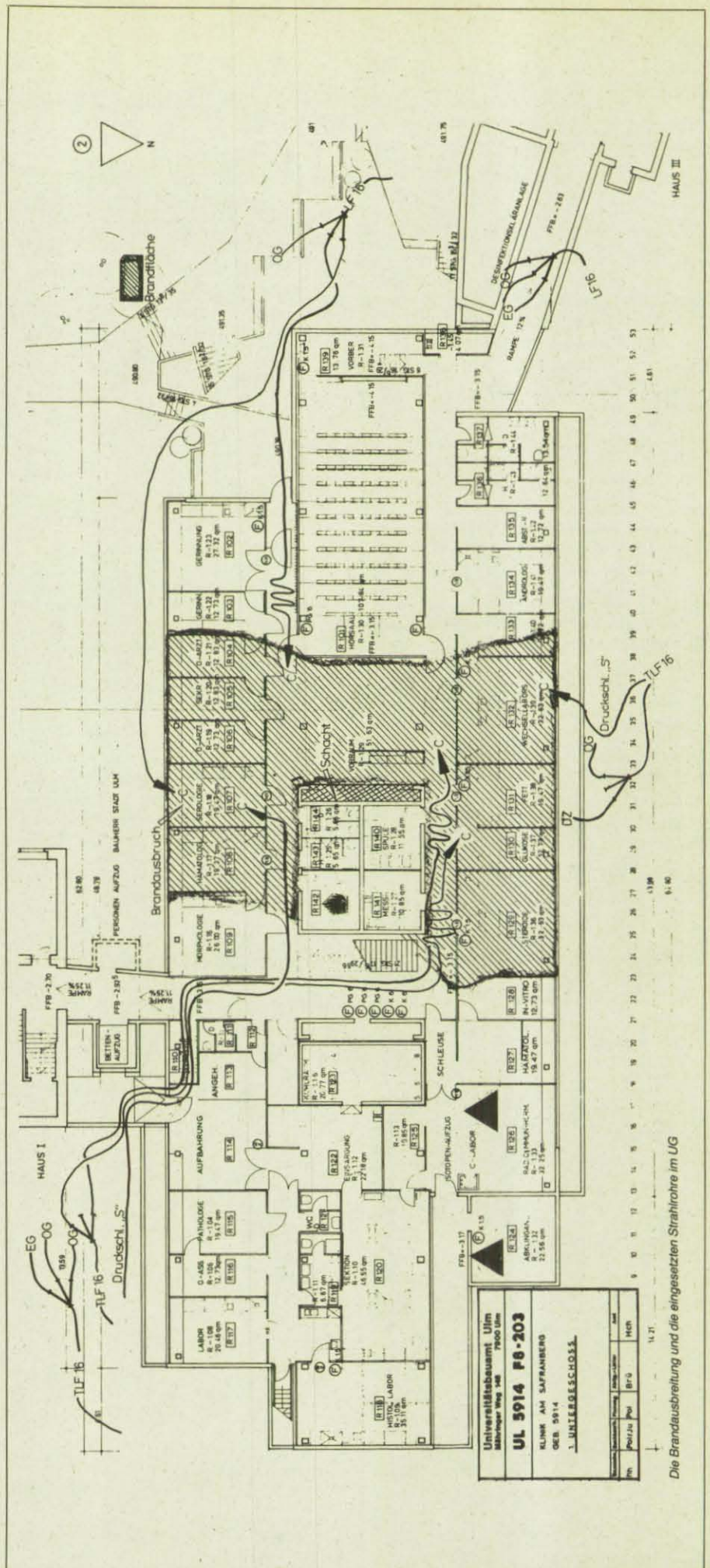
Die ankommenden Kräfte des LZ 2 werden dem Einsatzabschnitt I zugeteilt und dringen mit zwei Trupps über das Treppenhaus ins OG zur Brandbekämpfung unter Atemschutz mit zwei C-Rohren vor. Ein Trupp wird zur Sicherung mit einem C-Rohr ins EG vorgeschickt. Die restliche Mannschaft baut im Innenhof zwei Be- und Entlüftungsgeräte auf, um im Bereich des UG sowie des EG den Brandrauch abzusaugen.

Um 2.35 Uhr wird eine TEL, bestehend aus Feuerwehr, Klinikvorstand, Klinikverwaltung sowie dem Betriebspersonal, gebildet. Eine um 2.37 Uhr gebrochene Wasserhauptleitung führt zu einer Beeinträchtigung der Löscharbeiten durch erheblichen Druckabfall. Der gebrochene Teil kann jedoch vom Betriebspersonal abgeschiebert werden, so daß die Wasserzufuhr nicht umgebaut werden muß und die Löscharbeiten innerhalb kurzer Zeit in vollem Umfang weitergeführt werden können.

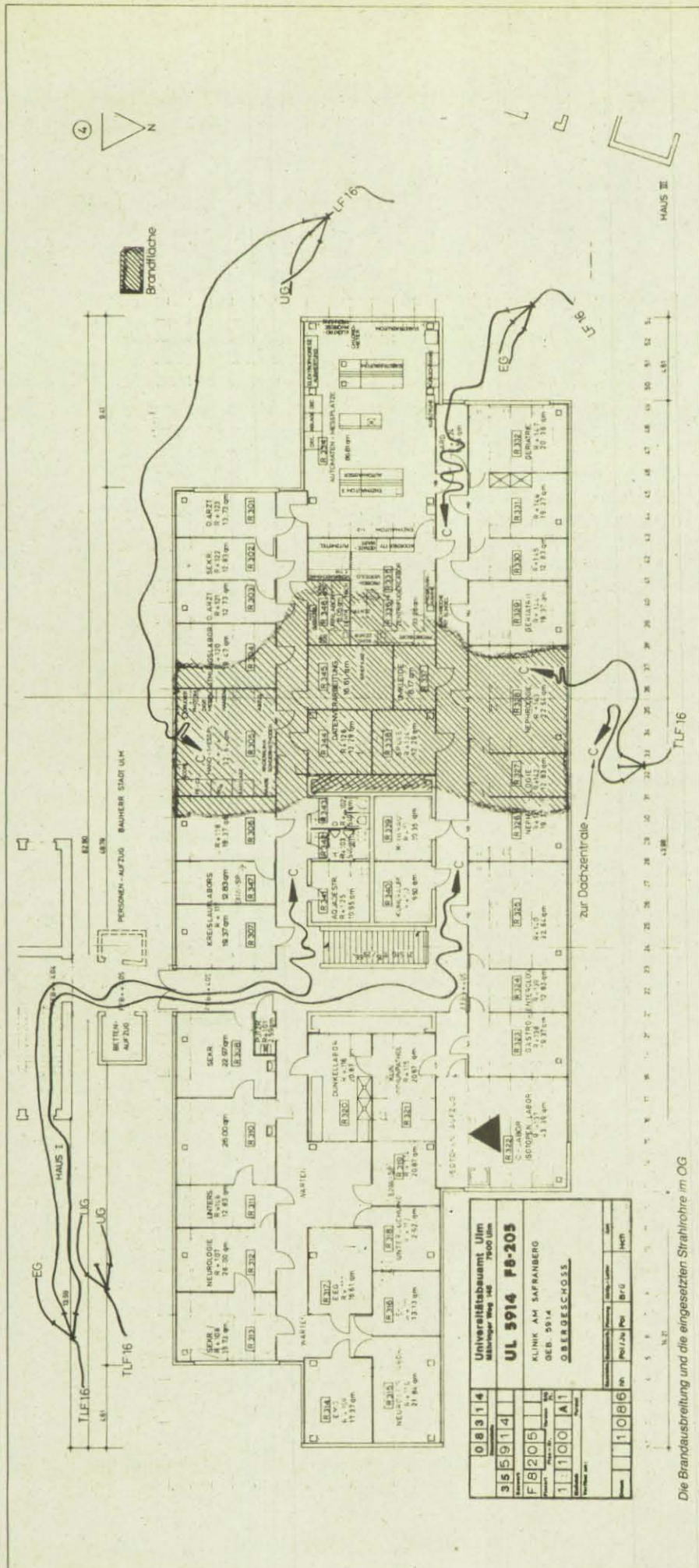
Um bei einer eventuellen Evakuierung vor Ort zu sein, werden um 2.40 Uhr die DRK- und ASB-Schnelleinsatzgruppen alarmiert. Diese treffen nacheinander mit 3 RTW's, 1 NEF und 9 KTW's gegen 2.55 Uhr an der Einsatzstelle ein und errichten im Bereich des Ärzteparkplatzes eine Sammelstelle. Die leitenden Notärzte und der FW-Arzt werden um 2.58 Uhr alarmiert.

Zur Ablösung der unter Atemschutz eingesetzten Feuerwehrtrupps sowie zur Bildung einer Einsatzreserve auf der Hauptwache wird um 3.18 Uhr der LZ 3 alarmiert.

Nachdem sich im Innenhof immer mehr Brandrauch sammelt und dieser von außen über undichte Fenster sowie im Treppenhaus über eine vermutlich nicht ganz geschlossene Brandschutztüre in den Patiententrakt einzudringen droht, findet um 3.27 Uhr in Verbindung mit der TEL, den Notärzten und Sanitätsdiensten eine Lagebesprechung statt, bei der festgelegt wird, den gefährdeten Westflügel zu räumen, um bei den Patienten keine Panik aufkommen zu lassen.



Die Brandausbreitung und die eingesetzten Strahlrohre im UG



Die Brandausbreitung und die eingesetzten Strahlrohre im OG

Bereich der Intensivstation werden neun Patienten unter Notarztbegleitung in andere Krankenhäuser überführt.

Um 4.38 Uhr ist der Brand unter Kontrolle. Zwei Trupps kühlen vier im Laborbereich gefundene Acetylenflaschen ab. In diesem Bereich durchgeführte Messungen ergeben, daß die Flaschen durch die Brandeinwirkung nicht undicht geworden sind. Nach einem kurzen erneuten Aufflackern des Feuers ist dies um 5.24 Uhr schwarz.

Die Fahrzeuge der Rettungsdienste rücken um 5.30 Uhr bis auf 1 RTW von der Einsatzstelle ab. Als Vorbeugemaßnahme vor weiterer Sachbeschädigung wird um 5.33 Uhr das Löschwasser mit Wassergaugern abgesaugt und verschiedene Apparaturen mit PVC-Folie abgedeckt.

Die noch handwarmen Acetylenflaschen werden aus dem Gebäude gebracht und an einem gesicherten Ort mit einem tragbaren Monitor weitergekühlt. Über die FW-Leitstelle wird mit der Gaslieferfirma wegen des Flaschentransports Verbindung aufgenommen. Diese ist jedoch nicht im Besitz von Transportbehältern, will jedoch sofort einen Sachverständigen zur Einsatzstelle entsenden.

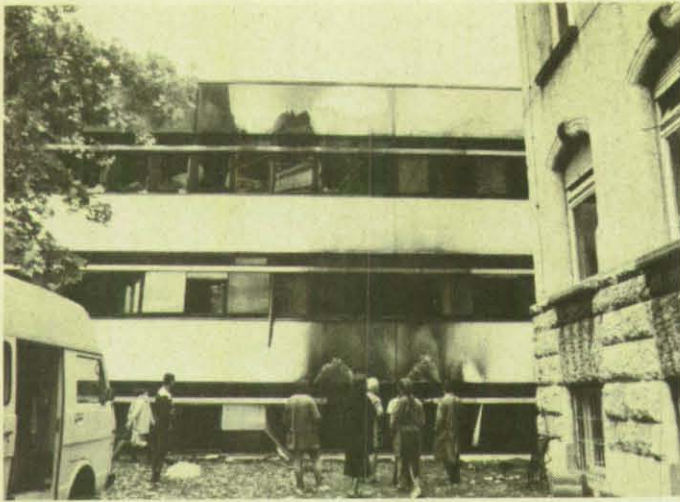
Zwischenzeitlich wird von einer ortsansässigen Firma ein Containerfahrzeug angefordert. Nachdem dieses Fahrzeug sowie der Sachverständige eingetroffen sind, werden um 8.35 Uhr die vier Flaschen in dem mit Wasser gefüllten Container unter Begleitschutz zur Lieferfirma transportiert.

Die übrigen in den Labsors stehenden Gasflaschen – hauptsächlich O₂, Edelmischungen, N₂ und CO₂ – werden von der Lieferfirma überprüft und abtransportiert. Der Löschzug 2 wird um 9.09 Uhr abgezogen und rückt in seine Wache ein.

Um den Betrieb von verschiedenen für den Krankenhausbetrieb wichtigen elektrischen Geräten aufnehmen zu können, wird um 9.46 Uhr vom GW-Licht mit einer Generatorleistung von 48 KVA eine Notstromversorgung hergestellt. Zwischen 10.00 und 16.00 Uhr rücken die eingesetzten Fahrzeuge nach und nach zu ihren Standorten ab. Von 16.00 bis 7.30 Uhr übernehmen vier Mann mit 1 TLF 16 die Brandwache.

Schlußbetrachtung

Durch den massiven, umfassenden Innenangriff konnte das Übergreifen des Brandes auf den Bereich der Nuklearmedizin, des Isotopenlabors und das Lager für brennbare Flüssigkeiten verhindert werden, so daß das Gefähr-



Blick auf die Südseite des Brandobjektes.

dungspotential für Personen und die Umgebung wesentlich herabgesetzt werden konnte.

Nachdem ein Vorhandensein radioaktiver Stoffe im Bereich der vom Brand betroffenen Labors nicht auszuschließen war, wurden von Einsatzbeginn bis Einsetzende laufend Messungen auf Dosisleistung und Kontamination durchgeführt, die jedoch alle negativ verliefen.

Das Brennen von Kunststoffen, zahlreichen Chemikalien und leicht entflammaren Flüssigkeiten verursacht eine extreme Hitzeentwicklung, so daß es zu einer rasanten Brandausbreitung über den brandschutztechnisch nicht ausreichend abgesicherten Installationsschacht ins 1. OG und in die Dachzentrale kam.

Außerdem kam es zu einer außergewöhnlich starken, aggressiven Rauchentwicklung. In verschiedenen Bereichen, vor allem in den OP's wurden Messungen mit Prüfröhrchen durchge-



Das Brandobjekt mit der Verbindung zum Westflügel.

führt, die jedoch keine gesundheitsschädliche Anzeige ergaben.

Die Einsatzkräfte waren nicht nur durch den Brandrauch, sondern auch durch herabfallende Kunststoffschmelze, herabfallende Deckenteile und Abluftrohre, die Explosionsgefahr durch zahlreiche Gasflaschen und Stichflambildung durch Zerknall von Gefäßen mit brennbaren Flüssigkeiten stark gefährdet, so daß es ein Wunder ist, daß nur vier Feuerwehrmänner mit leichten Verletzungen zur ambulanten Behandlung gebracht werden mußten.

Die durch die Feuerwehr geschützten Inventarteile waren durch Wärmeeinwirkung und den aggressiven Brandrauch so stark beschädigt, daß ein Wiederverwenden oder Reparieren in den meisten Fällen nicht möglich ist. Ein Großteil des Brandschutttes mußte zum Sondermüll gegeben werden. Von den insgesamt 15 im Brandbereich installierten Rauchmeldern konnten 13 Stück in 2tägiger Arbeit aufgefunden und als radioaktiver Abfall entsorgt werden.

Der Einsatz verlief reibungslos; die Zusammenarbeit aller Hilfsdienste war sehr gut! Die Unterstützung durch das Technische Betriebspersonal, insbesondere auch durch die beiden Hausmeister, erleichterten der Feuerwehr den Einsatz erheblich.

Das Verhalten und die Mitarbeit des Klinikpersonals beim Beruhigen der Patienten und der nachfolgenden Evakuierung war beispielhaft, was unter anderem auch auf die regelmäßige Schulung durch die Feuerwehr über das Verhalten im Brandfall zurückzuführen sein dürfte.

Folgende Teile und Bereiche wurden von dem durch Brandstiftung entstandenen Feuer zerstört oder beschädigt:

- technisches Mobilar für labortechnische Untersuchungen
- zahlreiche Patientenakten und wissenschaftliche Unterlagen
- insgesamt wurden 120 Räume mit 2 400 m² Nutzfläche beschädigt. Dar-

- unter Laboratorien zur Blut- und Knochenmarksuntersuchung
 - Diagnostikgeräte für Lungen-, Herz-, Magen- und Darmerkrankungen sowie Stoffwechselstörungen
 - Ultraschall- und Elektronikgeräte.
- Bei diesem – im Nachhinein betrachtet – kritischen Brandobjekt mußte ein sehr großer Aufwand an Mannschaft und technischem Gerät betrieben werden. Folgende Aufstellung soll darüber einen Einblick geben.

Von der Feuerwehr eingesetzt

Fahrzeuge

- 2 Einsatzleitwagen ELW
- 3 Tanklöschfahrzeuge TLF 16
- 1 Drehleiter DL 30
- 2 Löschgruppenfahrzeuge LF 16 TS
- 1 Löschgruppenfahrzeug LF 8
- 1 Rüstwagen RW 2
- 1 Gerätewagen GW 2
- 1 Gerätewagen Atemschutz GW-A
- 1 Gerätewagen Licht GW-L
- 1 Lastwagen
- 4 Transportfahrzeuge MTW/STW
- 1 Arztfahrzeug

Mannschaft

- 110 Feuerwehrleute vor Ort
- 30 Feuerwehrleute als Eingreifreserve
- 9 Feuerwehrleute als Brandwache
- 1 Feuerwehrarzt

Geräte

- 1 tragbarer Monitor
- 15 C-Rohre
- 105 Atemschutzgeräte PA
- 3 Be- und Entlüftungsgeräte
- 7 Wasserauger
- 6 Tauchpumpen
- 1 Ex-Meßgerät
- 1 Gasspürgerät mit Prüfröhrchen
- 1 Kontaminationsnachweisgerät
- 1 Dosisleistungsmeßgerät

Von den Sanitätsdiensten eingesetzt

Fahrzeuge

- 9 Rettungswagen RTW
- 13 Krankentransportwagen KTW
- 2 Notarzteinsetzfahrzeuge NEF
- 3 Mannschaftstransportfahrzeuge MTW
- 5 Viertragerwagen
- 3 Sonderfahrzeuge

Mannschaft

- 75 Rettungssanitäter, Sanitäter und sonstige Kräfte
- 7 Ärzte

Quelle: Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion „Brandhilfe“.

DLRG auf der größten Wassersportausstellung der Welt

„boot '87“: Fragen zur Sicherheit im und am Wasser

Alt-Bundespräsident und DLRG-Ehrenmitglied Prof. Dr. Karl Carstens war prominentester Gast beim traditionellen „DLRG-Treff“

Mit einem Rekordergebnis endete die 18. Internationale „boot '87“ in Düsseldorf. Am letzten Tag, drei Stunden vor Messeschluß, konnte der 400 000. Besucher begrüßt werden. Damit wurden selbst die kühnsten Träume der Düsseldorfer Messegesellschaft NOWEA übertroffen. Sie konnte damit erneut den Beweis erbringen, daß die „boot“-Düsseldorf die größte Wassersportausstellung der Welt ist. Der Messebedeutung entsprechend, war unter den 1 250 Ausstellern auch mit großem Auf-

gebot die DLRG vertreten. Der Landesverband Nordrhein vertrat traditionsgemäß die Interessen der Gesamt-DLRG. Mehr als 100 qm groß war der Informationsstand in der Aktionshalle und erfreulich stark war der Besucherandrang.

Schwierig waren die Vorbereitungen für das Organisationsteam. Durch die überaus starke Messebeteiligung war die Verlegung des Aktionsbeckens und der Standplätze der Organisationen in eine neue, kleinere Halle notwendig gewor-

den. Deshalb konnte die Planung für den Messestand und für die Vorführungen im Regattabecken erst Ende Dezember konkrete Formen annehmen. Dennoch, zu Beginn der Messe präsentierte sich die DLRG mit einem, dank professioneller Hilfe ansprechenden, hervorragend gestalteten Ausstellungsstand.

Die messee erfahrene „boot“-Crew, an ihrer Spitze LV-Ehrenpräsident Jan Schmitz, Beauftragter des Landesverbandes, und der bewährte Standleiter

Die Ruhe vor dem Sturm: Auf über 100 Quadratmeter Standfläche informierten sich viele zehntausend Besucher über Aufgaben und Arbeit der DLRG



Alfred Linnemann, steuerte einen sicheren, erfolgreichen Kurs durch die neun Messtage.

Kaffeebar: Messeservice für Mitglieder und Freunde

Erstmals lud die DLRG Mitglieder und Freunde zu einer Rast an einer Kaffeebar ein. Hier ergaben sich Möglichkeiten zu Gesprächen und zur Information, die von vielen Besuchern und DLRG-Mitgliedern gern genutzt wurden.

Neu waren auch Formulare, die von Interessenten ausgefüllt werden konnten. Wer genaueres über die DLRG seines Heimatortes wissen wollte, trug seine Wünsche und seinen Namen ein. Die Bögen werden durch den Landesverband Nordrhein an die zuständige Gliederung weitergegeben, so daß diese mit dem Interessenten Kontakt aufnehmen kann.

Dicht umlagert waren die DLRG-Mitarbeiter ständig an den besonderen Anziehungspunkten auf dem Messestand: das neue Vierer-Shadow-Rettungsboot, das schon auf der Interbad einiges Aufsehen erregt hatte, und eine komplett ausgerüstete Taucherpuppe.

Die jüngeren Besucher konnten für einen kleinen Obulus an einem „Flipper“ ihr Glück versuchen. Elektronisch gesteuert, leuchteten auf einer quadratischen Wand im Wechsel neun Großbilddias mit Motiven aus der DLRG-Arbeit auf. Trafen die Spieler das mittlere Feld mit dem DLRG-Emblem, erhielten sie einen Preis.

Auch die BARMER war wieder auf dem Stand vertreten. Sie gab mit einem Computerausdruck Anregungen für ein speziell auf den Besucher abgestimmtes Fitness-Programm. Darüber hinaus lief nonstop die Tonbildschau über die Gemeinschaftsaktion von DLRG und BARMER, die „Badeparty“.

„Vier Verbände in einem Boot“

Mit einer neuen Konzeption stellten sich an den beiden Wochenenden Kanuten, Ruderer, DRK-Wasserwacht und DLRG als „Vier Verbände in einem Boot“ vor. In einer gemeinsamen Schau zeigten sie Ausschnitte aus ihren Übungs- und Freizeitprogrammen. Das Hildener DLRG-Wasserballett begeisterte wieder mit seinen perfekten Aufführungen.

Konkurrenzdenken blieb außen vor. Bei der Moderation mit Biggi Lechtermann von Radio Luxemburg und dem Schauspieler Tommy Ohmer warfen sich die beiden Sprecher der DRK-Wasserwacht und der DLRG gekonnt die Bälle zu: Die



Oben: Die DLRG als Partner und Akteur am Regattabecken. — Unten: Das Wasserballett der DLRG Hilden.



Altbundespräsident und DLRG-Ehrenmitglied Prof. Dr. Karl Carstens (2. von links) wird als wohl prominentester Gast von DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt am Stand der DLRG begrüßt.

Wasserwacht machte auf die DLRG aufmerksam, wenn Wasserwacht-Schwimmer einen Programmteil bestritten, und die DLRG wies auf die Wasserwacht hin, wenn nur DLRG-Schwimmer im Wasser waren.

Diese Gemeinschaftsaktion wurde sowohl von der Messeleitung als auch vom Publikum und den Medien besonders positiv aufgenommen. Den Abschluß des Gemeinschaftsprogramms bildete jeweils ein großes Finale mit allen Beteiligten im und am Wasser. Einen Meter hohe Buchstabenembleme, durch die Teilnehmer hochgehalten, machten noch einmal die Präsenz der vier Verbände sichtbar.

Außerhalb des Gemeinschaftsprogramms traten die DLRG-Rettungsschwimmer gegen Marine-Kampfschwimmer an. In einem „fairen“ Wettkampf gegen eine Mädchen-Riege zogen die kämpferischen Marine-Soldaten sogar den Kürzeren.

Klönsschnack mit Altbundespräsident und DLRG-Ehrenmitglied Prof. Karl Carstens

Einer der Höhepunkte des Messegeschehens war der traditionelle Klönsschnack. Prominentester Gast war Altbundespräsident Prof. Karl Carstens. Der Präsident der DLRG, Hans Joachim Bartholdt, und Landesverbandspräsident Günter Scheerer begrüßten das DLRG-Ehrenmitglied sowie zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und von befreundeten Verbänden.

Die letzte halbe Stunde vor Messeschluß war an diesem Tag einer Talk-Show vor dem Messestand vorbehalten. WDR-Redakteur Horst Kläuser interviewte den DLRG-Präsidenten und brachte den Zuhörern Ziele und Aufgaben der DLRG nahe. In einem interessanten Gespräch entlockte er Prof. Carstens dessen Jugenderlebnisse mit dem Wassersport und ließ sich über seine Erfahrungen mit der DLRG berichten. Eine Lautsprecheranlage sorgte dafür, daß die Messe-Besucher in einem großen Teil der Halle mit in das Geschehen einbezogen werden konnten.

Jan Schmitz verabschiedet

Ein „großer Bahnhof“ wurde am letzten Messetag dem Beauftragten des LV Nordrhein für die „boot“, Jan Schmitz, bereitet. Der Projektleiter der Düsseldorfer Messegesellschaft, Abdul-Rahman Adip, verabschiedete Jan Schmitz mit einem Geschenk der NO-WEA als Dank für sein Engagement für die „boot“.

14 Jahre lang hat Jan Schmitz, Ehren-

Jan Schmitz (links), langjähriger „DLRG-Messe-Manager“ der Düsseldorfer „boot“, wurde von Landesverband-Präsident Günter Scheerer für seine Verdienste geehrt.



präsident des Landesverbandes Nordrhein, die Messe betreut. Nun gab er die Verantwortung ab. Für sein Engagement und seine Erfolge, die auch in die Zukunft reichen, bedankten sich anläßlich des Klönsschnacks der Präsident der

DLRG, Hans Joachim Bartholdt, und der Präsident des LV-Nordrhein, Günter Scheerer. Er überreichte Jan Schmitz zur Erinnerung einen alten Stich mit einem maritimen Motiv. Günter Jagenburg

Hubschrauber-Ladeschlitten von DLRG entwickelt

Im letzten Sommer war's, als zwei Rettungstaucher des Kreisverbandes Kaufbeuren per Hubschrauber zu einem Einsatz geflogen wurden, bei dem es um die Rettung von zwei verunglückten Mädchen ging. Dabei stellte sich heraus, daß es nicht unproblematisch ist, zugleich mit den Tauchern auch deren Material im Hubschrauber mitzutransportieren. Dies war für die Techniker des KV Kaufbeuren Anlaß genug, sich Gedanken darüber zu machen, wie Taucher und Rettungsausrüstung notwendigerweise gleichzeitig per Lufttransport zum Einsatzort gebracht werden können. Das Ergebnis: Die Kaufbeurer entwickelten einen sogenannten „Hubschrauber-Ladeschlitten“. Darin findet die komplette Ausrüstung der Rettungstaucher Platz. Der Ladeschlitten besteht aus einem Unterteil, das einer

Krankentrage entspricht, und einem aufgesetzten Kasten mit mehreren Unterteilungen.

Beim Einsatz braucht dieser Ladeschlitten nur in die für die Krankentrage vorgesehene Schiene geschoben zu werden und ist dann fest arretiert. Zu den Vorteilen des schnellen Einsatzes kommt die sichere und unverrutschbare Lagerung während des Fluges, was auch den Sicherheitsvorschriften entspricht.

Eine erste Vorstellung des Ladeschlittens beim Kemptener Hubschrauberstandplatz brachte einhellige Zustimmung sowohl beim Piloten als auch beim Sanitätspersonal. Der Ladeschlitten wurde jüngst in Dienst gestellt. Finanzielle Unterstützung für die Ausrüstung leistete eine Bank.

Neuer DLRG- Einsatz- zug in Hessisch- Neckartal jetzt komplett

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten zum „25jährigen Bestehen der DLRG Hessisches Neckartal“ ging ein langersehnter Wunsch in Erfüllung. Ein neuer, moderner Rettungszug war für die Lebensretter das schönste Geschenk.

Die vor über 15 Jahren beschaffte Einseinheit, ein VW-Bus mit Boot und Hänger, hatte sich in den vergangenen Jahren bei mannigfachen Einsätzen bestens bewährt und nunmehr ausgedient.

Mit viel Mühe und großer Opferbereitschaft hat es nun doch geklappt, diese neue „Katastrophenschutz-Einheit“ in Dienst zu stellen. Ohne „Finanzspritzen“ der Stadt Neckarsteinach, des DLRG-Bezirks Starkenburg, Spenden der Neckarsteinacher Firmen und der Bürgerschaft und schließlich eines Eigenanteils der DLRG Hessisches Neckartal wäre diese große Anschaffung unmöglich gewesen.

Das neue Einsatzfahrzeug ist ein Fiat-Dukado mit Allrad-Antrieb und einer dementsprechend hohen PS-Zahl. Für den fachgerechten Umbau sorgten DLRG-Kameraden aus eigenen Reihen. So hat das neue Mehrzweckfahrzeug nicht nur eine Anzahl modernster Rettungsgeräte und eine Flutlichtanlage für den Nachteinsatz, sondern ist mit zwei Funkgeräten im 2- und 4-m-Band ausgestattet. Eine Blaulichtanlage sowie ein Außenlautsprecher wurden ebenfalls montiert. Ein zweiachsiger Spezialhänger dient zur Aufnahme eines Bootes, das eine Länge von 5,10 m hat und aus



Der neue Einsatz-Zug in Hessisch-Neckartal.

Kunststoff gebaut wurde. Für den Antrieb sorgt hier ein 115 PS starker Außenbordmotor. Das Boot kann schnellstens zu Wasser gelassen werden. Eine Innen-Lenkradvorrichtung mit den erforderlichen Armaturen sorgt für eine optimale Wendigkeit. Das geräumige Fahrzeug kann auf einmal ein oder zwei Verunglückte transportieren. Für die Erste

Hilfe stehen Wiederbelebungsgeräte und Krankentragen zur Verfügung. Das komplette Rettungsboot wurde aus Mitteln der hessischen Landesregierung finanziert. Mit Sicherheit ist der neue Rettungszug einer der modernsten am Neckar und fügt sich in das Netz der Rettungsdienste bestens ein.

Paul Smyrek

Hinweise zur Eisrettung

Auf die Gefahren, die mit dem Betreten zugefrorener Wasserflächen verbunden sind, wiesen auch in diesem Jahr wieder zahlreiche DLRG-Gliederungen im gesamten Bundesgebiet hin. Neben der Verteilung von Informations- und Aufklärungsschriften, mit denen Hinweise zur Rettung ins Eis eingebrochener Menschen gegeben wurden, demonstrierten

viele DLRG-Gliederungen die Eisrettung auch in Form praxisnaher Übungen. Vielen Bürgern wurde so verdeutlicht, daß es oft nur weniger geübter Handgriffe bedarf, um Menschen vor einem möglichen Ertrinkungstod zu bewahren.

Unten: Demonstration einer Eisrettung durch die DLRG.



Presseschau des Inlands

Notküche liegt 18 Meter unter der Erdoberfläche

„Wieviel leisten die Notstromaggregate, wie groß ist der Vorratsbehälter für Trinkwasser, wieviele Personen können untergebracht werden?“ Als sehr wißbegierig und zugleich fachkundig erwies sich eine japanische Fachdelegation, die sich gestern beim Amt für Feuer- und Katastrophenschutz der Stadt Bonn über die Zivilschutzräume im Stadtgebiet informierte.

Auf Einladung des Bundesbauministeriums besichtigte die 15köpfige Gruppe aus Vertretern des Japanischen Zivilschutzamts und japanischer Industrieunternehmen unter anderem den Schutzbunker in der Theaterstraße, das Hilfskrankenhaus für Zivilschutz Zwecke unter der Gesamtschule Beuel und den Großschutzraum im unterirdischen Haltepunkt der U-Bahn am Hauptbahnhof.

„Eine besonders wirtschaftliche Lösung“, umschrieb Otto Schaible, Baudirektor im Bauministerium, den wesentlichen Vorteil einer Mehrzweckanlage wie am Hauptbahnhof, die in Friedenszeiten ein normaler U-Bahnhof ist und in Spannungs- oder Krisenzeiten als ziviler Schutzraum benutzt werden kann. Auf drei Ebenen sind alle Vorkehrungen getroffen, um im Ernstfall bis zu 4 500 Menschen einen gesicherten Daueraufenthalt zu ermöglichen.

So können auf den Bahnsteigflächen 3 000 Betten aufgestellt, in acht Doppelzügen darüber hinaus 1 500 Personen auf den Gleisen untergebracht werden. Unter dieser Ebene liegen die verschiedensten technischen Einrichtungen, die zur eigenständigen Versorgung notwendig sind. So demonstrierte Diplom-Ingenieur Hans-Georg Grommes von der Bonner Feuerwehr den japanischen Fachleuten die beiden Stromgeneratoren, die Notstrom-Diesel mit 300 kw Leistung, die Lüftung mit Aktivkohle- und Sandfilter sowie die Wasserversorgung, die neben einem großen Trinkwasserbehälter von 960 000 Litern Inhalt auch über einen eigenen Brunnen für die Brauchwasserversorgung verfügt.

In der dritten Ebene, 18 Meter unter der Erdoberfläche, liegen Waschräume, Notküche und Vorratsräume. Von Einmalhandtüchern und Windeln über Küchengeschirr aller Art bis zu Handfeger und Schaufel ist dort alles gelagert, was zum Überleben im Schutzraum notwendig erscheint. Nur eines vermißten die japanischen Fachleute: „Wo haben Sie denn die Lebensmittel gelagert?“, hielten sie vergeblich Ausschau nach eingelagerten Konserven oder anderen Arten von Nahrungsmitteln, die nicht schnell verderben. „Lebensmittelvorräte haben wir mehr als genug in den Lagern mit den Überschüssen der Europäischen Gemeinschaft“, verwies Schaible sie in diesem Punkt auf europäische Besonderheiten.

(Aus: Bonner Rundschau)

Für den Notfall ist die Wasserschutzpolizei schlecht gerüstet

Jahr für Jahr werden auf dem Rhein rund 130 Millionen Güter transportiert, davon sind etwa 22 Millionen Tonnen Mineralölprodukte und acht Millionen Tonnen chemische Erzeugnisse. Doch bei Unfällen scheint die Wasserschutzpolizei hilflos. Sie weiß nicht, was transportiert wird, und selbst wenn sie es erfährt, kann sie kaum etwas tun.

„Durch Explosion, Austritt von Gasen und chemischen Verbindungen können bei Schiffshavarien eine Unzahl von Unfällen entstehen, die wir nicht im Griff haben, weil wir sie gar nicht kennen. Hier ist ein echter Notstand“, beschreibt der Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, Reinhard Schmidt-Künzel, die Situation auf Deutschlands meistbefahrener Wasserstraße. Die internationalen Vorschriften sind nach Ansicht des Düsseldorfer Ministeriums „nur Stück- und Flickwerk“. Seit Jahren gelten sie als erneuerungsbedürftig.

Tatsächlich liegt die Schifffahrt nach Ansicht der Fachleute um Jahre hinter dem Sicherheitsstandard zurück, der inzwischen auf Schiene und Straße Vorschritt ist. Dort müssen Transporte von gefährlichen Gütern mit orangefarbenen Schildern gekennzeichnet werden. Eine am Transporter angebrachte Nummer soll außerdem Aufschluß über den transportierten Stoff geben und erlaubt bei einem Unfall, umgehend Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Was dagegen an chemischen Erzeugnissen auf dem Rhein transportiert wird, wissen die Behörden nicht. „Das weiß niemand, jedenfalls nicht die Wasserschutzpolizei. Das ist ein Skandal“, sagt der Sprecher des nordrhein-westfälischen

Innenministeriums. Deshalb vergehe im Unglücksfall wertvolle Zeit, bis wirkungsvolle Gegenmaßnahmen ergriffen werden könnten. Nur Zufälle hätten bisher Katastrophen verhindert.

Etwa 1980, als das Tankmotorschiff „Liguria“ auf dem Rhein bei Wesel auf einen gesunkenen Leichter auflief. Zwei Räume schlugen leck, 96 Tonnen Styrol gelangten ins Rheinwasser. Wegen der gesundheitsgefährdenden Dämpfe wurde die Bevölkerung in Windrichtung per Rundfunk gewarnt. Dennoch erlitten sechs Personen Verletzungen. Daß überhaupt schnell gewarnt werden konnte, verdankte die Bevölkerung nur einem Zufall. Da die Wasserschutzpolizei mit einem Streifenboot an dem gesunkenen Schiff zur Stelle war, war rasches Reagieren möglich.

Um die Sicherheit auf dem Transportweg Rhein zu verbessern, fordert der Düsseldorfer Innenminister Herbert Schnoor deshalb, die auf Schiene und Straße längst gängige Kennzeichnung gefährlicher Güter auch auf Wasserstraßen einzuführen. Gescheitert sei dies bisher vor allem am Widerspruch der Schweizer, aber auch am Einspruch des Deutschen Schifffahrtsgewerbes, kritisiert der Minister. „Soweit es um gefährliche Güter auf Vater Rhein geht, rangieren wirtschaftliche Erwägungen immer noch vor Belangen des Umweltschutzes“, urteilt Schnoor.

Er fordert außerdem eine Transportdatei für gefährliche Güter, in der jedes Schiff mit seiner Ladung und möglichen Notmaßnahmen registriert ist. Zu überlegen sei auch, ob die Befugnisse der Wasserschutzpolizei erweitert werden müßten. Zur Zeit könne die Wasserschutzpolizei immer erst eingreifen, „wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, nicht um vorzubeugen, oder zu kontrollieren“.

„Wenn erst einmal eine Chemikalie in den Rhein gelangt ist, können wir nur noch die Bevölkerung warnen und die Wasserwerke stilllegen. Ein Wundermittel, um die in den Fluß gelangten Chemikalien zu neutralisieren, gibt es nicht. Wir können wegen der starken Strömung des Rheins nicht einmal ausgetretenes Öl aufhalten“, schildert Schmidt-Künzel die Gefahren. Als einzige Möglichkeit bleibe den Behörden, das Schiff schnell zu bergen oder leckgeschlagene Laderäume auszupumpen.

Doch nicht immer funktioniert dieses Vorgehen: Gehen doch einige Chemikalien, wie etwa Natrium, bei der Berührung mit Wasser sofort in Flammen auf. Beweise, daß auch derart gefährliche Güter auf dem Rhein transportiert werden, fehlen im Düsseldorfer Ministerium.

(Aus: Frankfurter Rundschau)

Presseschau des Auslands

Strahlenschutzraum für jeden größeren Neubau

Tschernobyl ist doch nicht völlig spurlos an den Franzosen vorbeigegangen. Zumindest nicht, was André Sousi betrifft, den Bürgermeister der Kleinstadt Bron im unmittelbaren Einzugsgebiet von Lyon. Auf sein Betreiben hin hat der Stadtrat gerade eine Verordnung erlassen, der zufolge künftig alle privaten und öffentlichen Neubauten von mehr als 1 000 Quadratmetern mit einem Strahlenschutz bunker ausgerüstet werden müssen.

Von ungefähr kommt es nicht, daß die Initiative von einem Städtchen wie Bron ausgeht. In der Region Lyon sind beinahe 70 Prozent der französischen Nuklearindustrie und fünf Atomkraftwerke angesiedelt. Große chemische Unternehmen runden das Bild ab.

„Wenn es im Kraftwerk Creys-Malville oder beim Chemiegiganten Rhône-Poulenc zu einem schweren Störfall kommt, überlebt hier niemand“, meint André Sousi. Bestehende Notstandspläne, so die Überzeugung des Bürgermeisters, sind das Papier nicht wert, auf dem sie niedergeschrieben wurden. Sein Mißtrauen ist verständlich. Nach wie vor überwiegt in Frankreich ein blindes Vertrauen in die Beherrschung nuklearer Technik.

Unverhohlen übt André Sousi Kritik am Gesetzgeber. In puncto Zivilschutzmaßnahmen bei nuklearen oder chemischen Katastrophen hinkt Frankreich 20 Jahre hinter Ländern wie Israel, Schweden oder der Schweiz her. Monsieur Sousi muß eigentlich wissen, wovon er spricht. Er ist Mitglied des Hohen Rates für den französischen Zivilschutz, dessen Präsidentschaft Maurice Schumann innehat.

Bevor die Stadt Bron die neue Verordnung erließ, war eine Kommission der ortsansässigen Architekten zusammengetreten. Sie sollte errechnen, welche Erhöhung der Baukosten die Einrichtung von Atombunkern in Neubauten und die Verwandlung der öffentlichen Tiefgaragen in strahlengeschützte Räume ko-

sten würde. Vorgabe: Zwischen 70 und 100 Personen müssen sich 48 Stunden lang in den Bunkern voll versorgt aufhalten können.

Als Mindestanforderungen einigten sich die Experten auf 20 Zentimeter dicke Betonmauern, hermetisch schließende Türschleusen, Ventilationsanlagen mit Spezialfiltersystem, sanitäre Einrichtungen sowie eine großzügige Trinkwasserreserve. Die Kosten für diese Einrichtungen überschreiten, so das Gutachten, dennoch kaum ein Prozent des Finanzvolumens eines Neubaus; vier Prozent erfordert hingegen die Nachrüstung bestehender Gebäude.

Es handelt sich um die erste Studie dieser Art, die in Frankreich angefertigt wurde. Inzwischen wird in Bron bereits gehandelt. Ende des Jahres werden die ersten drei öffentlichen Strahlenschutz bunker fertiggestellt sein. Sie können allerdings nur 600 der 42 000 Einwohner Zuflucht gewähren.

Drei Monate später dann soll ein Mietbau für 70 Personen bezugsfertig sein, dessen Bewohner die ersten Zivilpersonen in Frankreich sein werden, die zumindest theoretisch die Chance haben, eine nukleare oder chemische Katastrophe im Keller des eigenen Hauses zu überleben.

Alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Bürgern könnten zu vernünftigen Kosten ähnliche Schutzmaßnahmen treffen, meint Maurice Schumann. Ein entsprechendes Schreiben mit der Broner Stadtverordnung als Beigabe läßt er momentan den Bürgermeistern im ganzen Land zukommen.

(Aus: „Kölnische Rundschau“)

Unglück am Nios-See könnte sich wiederholen

Der Gasausbruch, durch den am 21. August vergangenen Jahres 1 746 Menschen am Nios-See im nordwestlichen Kamerun getötet wurden, war nicht durch Vulkanismus verursacht. Zu diesem Schluß gelangt ein Bericht britischer Experten in der Forschungszeitschrift „Nature“. Offenbar ging es um eine jähe Freisetzung von Kohlendioxid, das sich am Boden des Sees, vielleicht zum Teil im Untergrund angesammelt hatte. Der eigentliche Vorgang ist dem beim Öffnen vorher nicht angebrochener Mineralwasserflaschen vergleichbar: Kohlendioxid ist in Wasser löslich. Die Sättigung steigt mit dem Umgebungsdruck. Sinkt er, wird überschüssiges Kohlendioxid freigesetzt.

Dergleichen kann schon durch einen Erdbeben oder ein sehr schwaches Be-

ben ausgelöst werden. Es ist auch nicht auszuschließen, daß ein relativ kleiner Austritt von Kohlendioxid aus dem Untergrund die Ursache der Naturkatastrophe war. Messungen der Isotopenzusammensetzung des noch gefundenen Kohlendioxids scheinen dafür zu sprechen.

Tatsächlich genügt als auslösendes Moment jedes Ereignis, das etwas Bewegung in die bodennahen Wasserschichten bringt. Sinkt dabei der Umgebungsdruck, wird Kohlendioxid freigesetzt. Das aufsteigende Gas reißt Wasser mit. Dadurch kommt eine aufwärts gerichtete Strömung von mit Kohlendioxid gesättigtem Wasser in Gang. Da das Wasser durch den beim Aufsteigen sinkenden Umgebungsdruck wiederum Kohlendioxid freisetzt, bildet sich eine Art von Kettenreaktion, durch die der See einen großen Teil des in ihm gelösten Gases ausstößt. Es ist allerdings nicht wahrscheinlich, daß der Nios-See im vergangenen August alles in ihm gelöste Kohlendioxid verloren hat. Schon deswegen lassen sich Wiederholungen nicht ausschließen.

Das Aufschäumen rief eine starke Welle auf dem Nios-See hervor. An den Hängen um den See lief sie 22 bis 75 Meter hoch hinauf. Laut „Nature“ müssen etwa 200 000 Tonnen Wasser in dieser Art über die Ufer getreten sein. Zugleich bildete sich eine Wolke aus Wassertropfen, die mit dem Kohlendioxid in die Täler nördlich des Sees eindrang.

(Aus: Frankfurter Rundschau)

Japaner bauen Haus auf Gummifundament

Im ständig erdbebengefährdeten Japan soll in diesem Frühjahr zum erstenmal ein fünfstöckiges Haus auf Gummifundamente gebaut werden. Nach den Berechnungen der Test-Ingenieure und nach den bisherigen Erprobungen kann das neue Verfahren bis zu fünf Sechstel der Erdbebenenergie „schlucken“, berichtete die Zeitung „Asahi Evening News“ jetzt.

Nach den bisher ermittelten Abständen steht die Wiederholung starker Erschütterungen, die 1923 in Tokio und der Nachbarstadt Yokohama zum Tod von mehr als 100 000 Menschen führten, schon in den nächsten Jahren bevor. Das geplante Gebäude erhält neben 20 Gummisäulen 108 stählerne „Stoßdämpfer“ im Fundament, die vor allem nach dem Beben die Schwingungen auffangen sollen. Das neue Verfahren erhöht die Baukosten nach Angaben der Firma um etwa zehn Prozent.

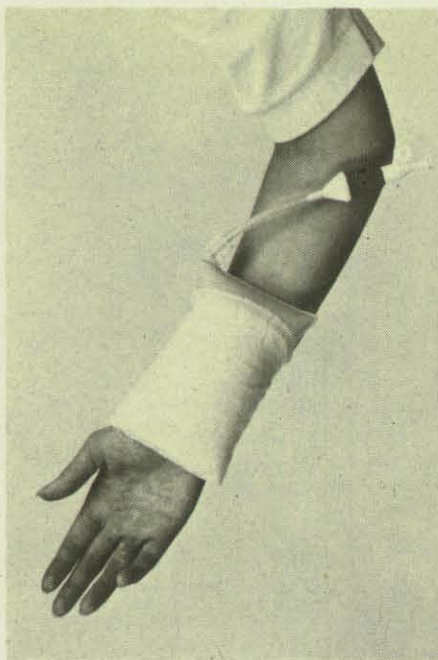
(Aus: Frankfurter Rundschau)

Wissenschaft & Technik

Druckverband für stark blutende Wunden

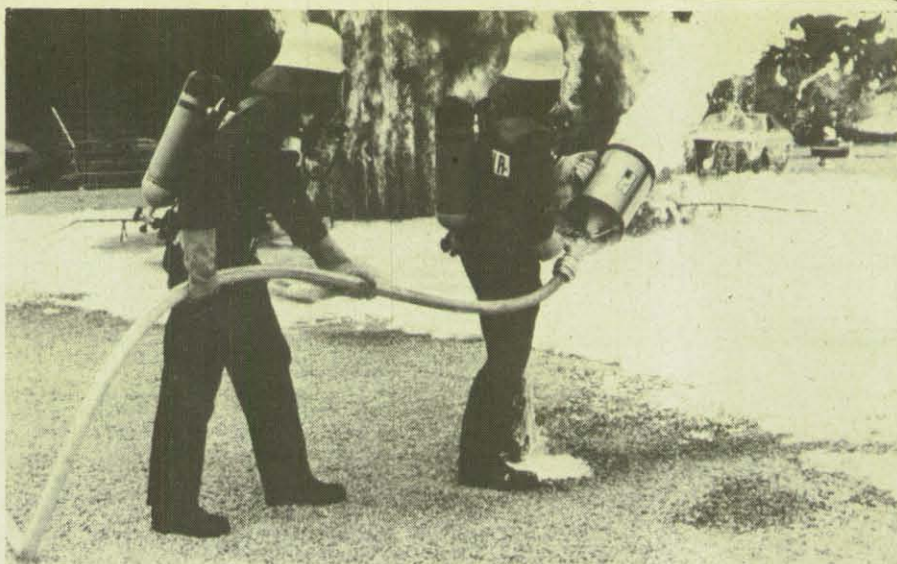
Die Neuentwicklung im Bereich der Ersten Hilfe ersetzt den herkömmlichen Druckverband. Der größte Vorteil besteht darin, daß das Abschnüren oberer Extremitäten mit den entsprechenden Folgeschäden vermieden wird.

Der neue Druckverband ist auch für den ungeübten Helfer ohne Probleme anwendbar: Der Verband, ein rechteckiges Luftkissen, wird mit der sterilen Wundauflagefläche auf die blutende Wunde gelegt, mit einer Binde oder anderem Hilfsmittel fixiert und dann stramm aufgeblasen. Die Anlegezeit kann auf einer Marke am Ventil markiert werden, durch das Ventil kann der Druck des Verbandes jederzeit reduziert werden.



Der Druckverband stellt eine sinnvolle Ergänzung des Verbandkastens in Auto, Haus oder Betrieb dar. In einer speziellen Ausführung wird der Verband auch als Stumpfdruckverband zur Anwendung bei abgetrennten Gliedmaßen und stark blutenden Wunden für Arm, Unter- und Oberschenkel angeboten.

(Foto: LEM Matuschke GmbH)



Neue Schaumgeräte

Konstruktiv überarbeitet und der DIN angepaßt hat ein Hersteller seine Baureihe von Schaumgeräten.

Alle Schwertschaumrohre sind nun in Nirosta-Ausführung lieferbar. Alternativ zum DIN-Schaumrohr S4 wird eine neue Schaumpistole angeboten, die mit Pistolen-Absperrorgan und in drei Stellungen arretierbarem Doppeldeflektor ausgerüstet ist. Dieser kann entweder Voll- oder Breitstrahl erzeugen.

Auch die Mittelschaumrohre gibt es in Nirosta-Ausführung. Sie gehören zu den kleinsten Geräten ihrer Art am Markt, die aber den DIN-Anforderungen voll entsprechen.

Die bestehende Baureihe von Kombinations-Handschaumrohren wurde um ein neues Gerät erweitert. Damit sind drei Durchsatzmengen von 200, 400 und 800 l/min verfügbar. Diese Schaumrohre erfüllen die Vorschriften der DIN 14 366, Absatz 3.2, für Mittel- und Schwertschaum. Die verbesserte Baureihe wird ebenfalls in Edelstahl geliefert.

(Foto: Krupp)

Atemspende ohne Infektionsgefahr

Die Mund-zu-Mund- oder Mund-zu-Nase-Beatmung birgt die Gefahr, daß sich der Helfer infiziert. Dieses Risiko, aber auch der natürliche Ekel, hindern manchen daran, helfend einzugreifen.

Mit der neuen Beatmungshilfe wird ein direkter Kontakt mit dem Verletzten vermieden. Ein spezielles Sicherheitsventil im Gerät verhindert, daß rückströmende Luft, Sekret etc. des Verletzten bis an das Mundstück vordringen können. Das schützt den Helfer vor Infektionserregern wie Aids- oder Hepatitis-B-Viren.

Das Gerät besteht aus dem Einblasmündstück mit dem Sicherheitsventil, einer Mundabschluß-Kappe und dem gekrümmten Tubus sowie einer anhängenden Nasenklemme.

Zur Beatmung wird der Tubus so weit in den Mund-Rachen-Raum des Verletzten eingeführt, bis die Mundabschluß-Kappe die Lippen bedeckt. Der gekrümmte Tubus faßt dabei über die Zunge und hindert sie am Zurückfallen, da sonst die Atemwege verlegt werden. Nachdem die Nase des Verletzten mit der Nasenklemme verschlossen ist, kann der Helfer über das Mundstück mit der Beatmung beginnen.

Die Beatmungshilfe läßt sich bei Erwachsenen und Kindern über neun Jahren einsetzen. Nach dem Gebrauch wird das Gerät desinfiziert und kann danach wieder verwendet werden.

(Foto: Weinmann)



Neue Bücher

Notruf 112 – Feuerwehren im Einsatz

Band 7
EFB-Verlagsgesellschaft mbH,
6450 Hanau

Weltweit werden Feuerwehren immer wieder vor extrem schwierige Aufgaben gestellt. Drei solcher Beispiele enthält der neue Band der Buchserie: Die Dammbrechungskatastrophe im Stava-Tal/Italien, die schwere Gasexplosion in einer Vorstadt von Mexiko-City mit rund 600 Toten und über 2 000 Schwerverletzten sowie den Brand im Summit-Eisenbahntunnel/Großbritannien.

Aber auch andere Schadensfälle können höhere Anforderungen an die Einsatzkräfte stellen, wie die Beiträge über den Turmbrand in Bad Wimpfen, den Hochhausbrand in Innsbruck oder den Lagerschuppenbrand im Hamburger Hafen zeigen.

Hinzu kommen noch die Risiken, die durch den Transport gefährlicher Stoffe auf unseren Straßen entstehen. Auch für diesen Einsatzbereich enthält dieser Band Beispiele.

Medikamente, die helfen, die nichts nützen, die töten

Von L. S. Dereskey
Ariston Verlag, CH 1211 Genf 6

Der Verfasser, selbst jahrelang wissenschaftlicher Leiter eines pharmazeutischen Forschungslabors und Fachmann für Kreislauf-, Atmungs- und Ernährungsfragen, bietet in seinem neuen Buch dem Leser fachkundig Einblick in Anwendung, Funktionsweise und Wirkung der Produkte der pharmazeutischen Industrie. Anhand der Erklärung der wichtigsten Funktionen des menschlichen Organismus und gestützt auf die neuesten Ergebnisse der Forschung, beschreibt er den Charakter und die diversen Wirkungsweisen der verschiedenen Medikamentengruppen.

Zugleich schildert er die Nebenwirkungen der einzelnen Wirkstoffe und die

Wechselwirkungen, in die sie miteinander und auch in Verbindung mit Nahrungsmitteln treten können. Für alle, die wissen wollen, welche Reaktionen die verschiedenen Medikamente im Körper auslösen und wie sich pharmazeutische Präparate mit dem größten Nutzen anwenden lassen, liegt mit diesem Buch ein überschaubar gegliederter Ratgeber vor.

Der Seenotkreuzer

Technik-Report einer entscheidenden Epoche

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, 2800 Bremen

Die Entwicklung und der Bau moderner, schneller Seenotkreuzer sind eine entscheidende Epoche in der Geschichte des deutschen Seenotrettungswerkes. Auf rund hundert Seiten beschreibt der ehemalige Inspektor der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), Kapitän John Schumacher, in sachlicher und kompakter Form diese entscheidende Epoche. Vom ersten Strich des Technikers auf dem Reißbrett, von der Idee zur Konzeption und von den zahlreichen Verfeinerungen und Veränderungen im Detail berichtet der Autor, der diesen technischen Report mit klaren Worten auch dem Laien vermittelt.

In den Händen der Rettungsmänner werden die Errungenschaften der Technik sinnvoll eingesetzt gegen die stets drohende Gefahr der See. Eine spannende technische Entwicklungsgeschichte des Seenotrettungsdienstes mit zahlreichen Abbildungen.

Umweltschutz beim Technischen Hilfswerk

Dr. Richard Walbrodt,
5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Mit der vorliegenden Schrift bemüht sich der Verfasser, bereits Praktizierendes beim THW aufzuzeigen und Anregungen für künftige Arbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes in möglichst gedrängter Form zu geben.

Es hätte den Umfang der 14seitigen Schrift gesprengt, wäre auf sämtliche Bereiche des Umweltschutzes eingegangen worden. Der Themenkreis der Schrift reicht von den Aufgaben und Aufbau des THW über praktizierte und denkbare Möglichkeiten zum Schutze der Umwelt bis zu den Grenzen und den Kosten des Umweltschutzes. Ein Literaturverzeichnis schließt das Heft ab.

Ernährungssicherstellung

Eine Einführung in die Vorsorge- maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland

**Von Rolf Solmecke und Dr. Hans-J.
Wolter**
Walhalla u. Praetoria Verlag,
9400 Regensburg 1

Das Handbuch geht ausführlich auf die Vielfalt von Problemen der Ernährungssicherstellung im Falle einer Krise ein. Um diese Probleme bewältigen zu können, sind umfangreiche Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die bereits im Frieden vorbereitet und erprobt werden müssen.

Das Werk, das bereits in der 2. Auflage vorliegt, informiert die Ernährungs- und Landwirtschaft über die im Bewirtschaftungsfall vorgesehenen Maßnahmen und ist zugleich Handbuch für Sachbearbeiter der Behörden, die Vorsorgemaßnahmen planen, vorbereiten und gegebenenfalls auch durchführen müssen.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Lüttgen
Handbuch des Rettungswesens
33. Ergänzungslieferung
Verlag v. d. Linnepe, 5800 Hagen

Töpfer/Lind
**Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland**
94. und 95. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha

Roeber/Goeckel
Katastrophenschutzgesetz (KatSG)
14. Ergänzungslieferung
Verlag für Verwaltungspraxis
Franz Rehm, 8000 München 80

Gerdemann/Korbmann/Kutter
**Krankentransport und Rettungs-
wesen**
31. und 32. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag GmbH
4800 Bielefeld 1

Müller
Druckgase
43. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun & Co. KG, 6200 Wiesbaden 1

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Der WDE — die Modelle DH-2 und DH-2 HW — sind mobile Wasserdurchlauferhitzer und werden im ABC-Dienst wie folgt angewendet:

— auf dem Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF)

und

— in der Heißwasser-Dekontaminations-Anlage (HDA)

Aufgabenbereich

Die beiden WDE-Modelle werden für die Warm- und Heißwasserbereitung für Personen-, Geräte-, Gelände- und Bekleidungsdekontamination eingesetzt. Die Geräte arbeiten im 2-Stufenbetrieb und erbringen eine Wärmeleistung im Wasser von 68 KW bis 105 KW. Der DH-2 ist mit einer thermostatischen Mischbatterie ausgestattet und ermöglicht damit eine direkte Wasserabgabe von max. 3 000 l/h, aufgeheizt auf 38 °C. Der DH-2 HW ist als kleiner Dampfkessel ausgebildet und ermöglicht eine Heißwassererzeugung bis max. 100 °C.

Geräteaufbau

Der WDE besteht aus folgenden Hauptteilen:

- 2-Stufen-Brenner mit Brennmotor und Gebläse
- Wärmetauscher mit Brennkammer und Heizschlange
- Betriebspumpe
- Betriebsstoffvorwärmung (nur beim DH-2)
- Elektrische Schaltplatine
- Thermostatische Mischbatterie (nur beim DH-2)
- vorgeschriebene Regel- und Sicherheitselemente

Anlagen und Geräte des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

Wasserdurchlauferhitzer (WDE)

Technische Daten:

Wärmeleistung: 251 MJ/h (68 KW) — 377 MJ/h (105 KW)

Abmessungen: Länge 550, Breite 550, Höhe 1 300 mm

Gewicht: 150 kg

Wasserdurchlauf: 600—3 000 l/h

Temperaturerhöhung: 30 °C bei 3 000 l/h

Verbrauch an Betriebsstoff: Stufe 1 9 l/h, Stufe 2 12,5 l/h Heizöl EL

Elektro-Anschluß: 220 V/max. 600 Watt

Stromanschluß: Stromaggregat/öffentl. Netz

Wasserversorgung: Pumpe/öffentl. Versorgungsleitung

Funktionsweise

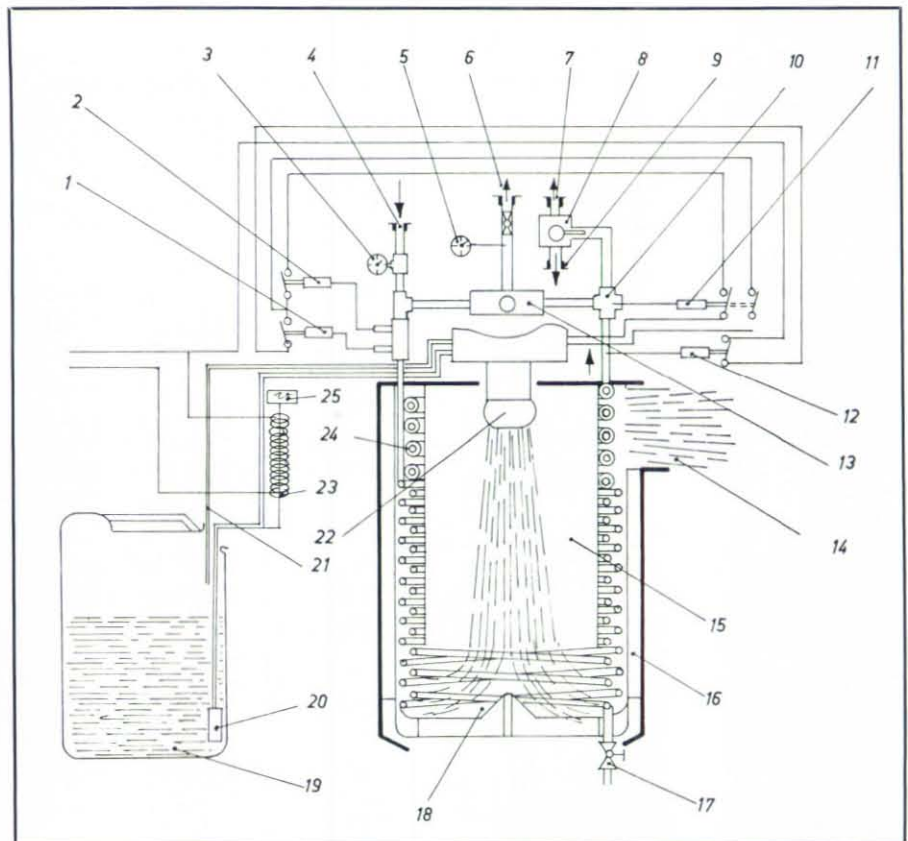
Nach Anschluß der Wasserleitung (Zu- und Abgang) an Pumpe oder öffentl. Versorgungsleitung und an die Verbraucherstelle (Dusche, Umlauftank) sowie nach dem Anschließen der Saug- und Rücklaufleitung an den Betriebsstoffbehälter und nach Anlegen der Versorgungsspannung 220 V ist der WDE betriebsbereit. Nach Vorhandensein einer Mindestfließmenge von ca. 600 l/h wird über den Ölfeuerungsautomaten die Zündung 6 sec. lang ohne Zufuhr von Öl in Betrieb gesetzt (Vorspülzeit). Nach Ablauf dieser Vorspülzeit öffnet das Magnetventil für die Brennstufe 1 und das in die Brennkammer einströmende Öl-Luftgemisch wird gezündet. Bei einer Fließmenge Wasser von 1 200 l/h wird nach 15 sec. (Sicherheitszeit) der Einschaltimpuls für die 2. Brennerstufe gegeben. Der weitere Funktionsablauf ist aus dem Funktionsschema zu erkennen.

Anmerkung

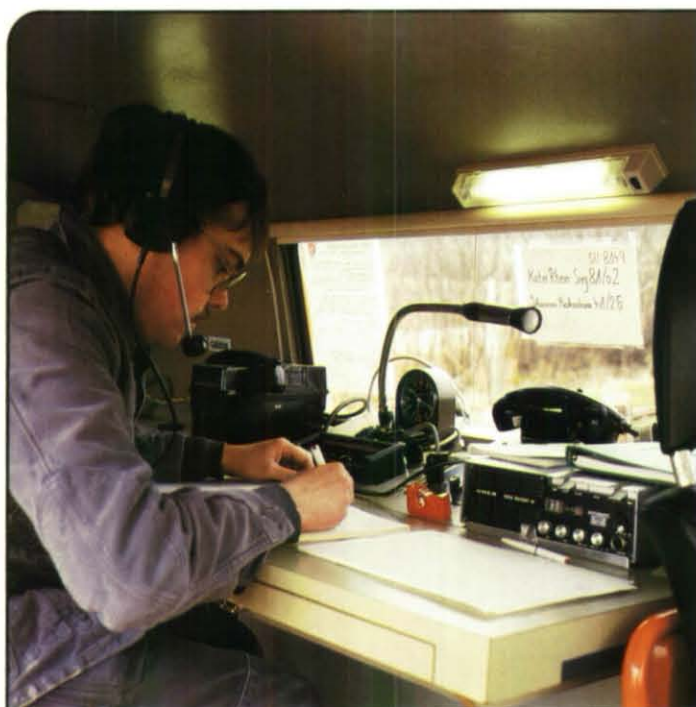
Bei dem Modell DH-2 HW entfällt die Thermostatische Mischbatterie. Das heiße Wasser wird hier direkt abgegeben. Die Temperaturregelung erfolgt stufenlos über den Thermostat Pos. 11. Weiterhin wurde beim DH-2 HW auf die elektrische Kraftstoffvorwärmung Pos. 23 verzichtet. Die Rohrschlange Pos. 24 ist bei dem DH-2 aus Kupfer und wegen der hohen Wärmebelastung bis max. 120 °C beim DH-2 HW aus Edelstahl. Aus sicherheitstechnischen Gründen ist der DH-2 HW mit einem Dampfsicherheitsventil ausgestattet.

Funktionsschema des WDE

- 1 Strömungsschalter II
- 2 Strömungsschalter I
- 3 Glycerinmanometer
- 4 Kaltwasserzulauf
- 5 Thermometer
- 6 Abgang Mischbatterie
- 7 u. 9 Abgang WDE direkt
- 8 Dreiwegehahn
- 10 Kreuzverteilerstück
- 11 Thermostat 2stufig
- 12 Sicherheitsthermostat
- 13 Thermostatische Mischbatterie
- 14 Abgasstutzen
- 15 Brennkammer
- 16 Isoliermaterial
- 17 Sicherheitsventil-Ablashahn
- 18 Umlenkblech
- 19 Kraftstoffbehälter
- 20 Kraftstoff-Ansaugleitung
- 21 Kraftstoff-Rücklaufleitung
- 22 Brenner
- 23 elektr. Kraftstoffvorwärmung
- 24 Rohrschlinge
- 25 Thermostat



Kommunikationssystem Fernmeldedienst



Die Einheiten des Katastrophenschutzes sind in neun Fachdienste mit abgegrenzten Aufgabenbereichen eingeteilt. Eine wichtige Aufgabenstellung in diesem umfangreichen Hilffssystem hat dabei der Fernmeldedienst.

Seine taktische Einheit ist der Fernmeldezug mit einer Personalstärke von 25 Helfern. Die materielle Ausstattung des Zuges ermöglicht es, ausgefallene Fernmeldeeinrichtungen zu ersetzen und zu betreiben sowie zusätzliche Fernmeldeverbindungen herzustellen, zu betreiben und zu unterhalten. Regelmäßige Ausbildungsveranstaltungen und Übungen sollen die Leistungsfähigkeit der Einheit sicherstellen. Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite zeigen den 2. Fernmeldezug des Rhein-Sieg-Kreises (NRW) während einer Übung. Der Zug ist in der Trägerschaft des Malteser-Hilfsdienstes und in Wormersdorf bei Meckenheim stationiert. Wie wichtig solche Übungen für die Einsatzbereitschaft des Fernmeldezuges sind, zeigte sich bei der als „Nebelkatastrophe“ bezeichneten schweren Unfallserie auf der Autobahn A 61 in Höhe von Swistal-Miel am 11. Januar 1985. Hier verlegte der MHD-Fernmeldezug eine Fernsprechleitung im Feldkabelbau von einem Wohnhaus in Miel zur Technischen Einsatzleitung (TEL).